

Silvio Berlusconi, Abraham Lincoln, Paolo Bernasconi, Oprah Winfrey

Nummer 4 – 24. Januar 2013 – 81. Jahrgang – Fr. 6,50 (inkl. MwSt.) – Euro 4,90

DIE WELTWOCH

80 JAHRE QUALITÄT



Quentin Tarantino

Der Hollywood-Regisseur spricht über Western, Rassismus und den Nutzen von Schusswaffen. *Von Claas Relotius*

Was gehen uns eigentlich die Löhne der Manager an?

Nichts. *Von Christian Mundt und Urs Paul Engeler*

«Abt-Zocker» Werlen

Der Kirchenfürst aus Einsiedeln misst am liebsten mit doppelter Moral.

Von Markus Schär





Ariella Kaeslin
Dreifache Sportlerin
des Jahres

Meine Welt.
Meine Karte.



Auch als Visa Karte
und in CHF, EUR
sowie USD erhältlich.

Der Spezialist für Kredit- und Prepaidkarten. comercard.ch

comercard
you first

Intern

Vor knapp einem Jahr sagte eine Mehrheit der Stimmbürger ja zur Zweitwohnungsinitiative. Seither sagen Politiker von links bis rechts, der Verschandelung des Landes müsse Einhalt geboten werden. Steht es wirklich so schlecht um die Schweizer Landschaft? Andreas Kunz und Rico Bandle sind mit der Fotografin Angelika Annen vor der anstehenden Abstimmung über das revidierte Raumplanungsgesetz zwölf Stunden lang durch die Schweiz gefahren und haben Ausschau gehalten nach Bausünden und vorbildlichen Siedlungsgebieten. Auf ihrer Tour wurden sie begleitet von Hans Weiss, dem Pionier des Schweizer Landschaftsschut-



«Heimatgefühl»: Courgevaux FR.

zes, der sich seit über fünfzig Jahren für eine striktere Raumplanung einsetzt und sein «Heimatgefühl» nicht verlieren will. **Seite 32**

Quentin Tarantino gilt nicht nur als genialer Regisseur, sondern auch als Meister darin, seine Fans und Kritiker immer wieder aufs Neue zu überraschen. Mit seinem aktuellen Film «Django Unchained» hat er nun seinen ersten Western gedreht und sich darüber hinaus eines Themas angenommen, das in Hollywood bislang kaum berücksichtigt wurde – der Geschichte der Sklaverei. Claas Relotius traf den 49-Jährigen in Berlin und sprach mit ihm über amerikanische Geschichtsblindheit, deutsche Heldensagen und Gewalt, die Spass machen soll. **Seite 56**

Als Alex Baur den zum «Schweizer des Jahres» nominierten Luganeser Anwalt Paolo Bernasconi um ein Treffen bat, gab sich dieser jovial:

«Ich wollte Sie schon lange kennenlernen – willkommen im *bel Ticino*». Als sich die beiden gegenüber sass und Baur den *avvocato* mit seinen Recherchen konfrontierte, verflog die gute Stimmung schnell. Bernasconi vertritt die finanziellen Interessen eines amerikanischen Unternehmers, der zusammen mit dem italie-



Ende der guten Stimmung: Anwalt Bernasconi.

nischen Ex-Premier Berlusconi wegen Steuerbetrugs verurteilt wurde – was für einen unerbittlichen Kämpfer gegen Rechtspopulisten und Geldwäscher eher seltsam anmutet. Bernasconi verbat sich jeden Kommentar und drohte mit einer Klage. Das Porträt über den Tessiner blieb dennoch unzensuriert. **Seite 36**

Steven Spielberg hat sich an den Giganten der amerikanischen Geschichte gewagt: Abraham Lincoln – und wurde prompt für zwölf Oscars nominiert. Die Grundlage zum Film hat Doris Kearns Goodwin («Team of Rivals») geschrieben. Kein lebender Mensch kennt «Honest Abe» besser als die Historikerin aus Massachusetts. Selbst US-Präsident Barack Obama hat sie wiederholt zu Nachhilfestunden über Lincoln ins Weisse Haus eingeladen. Logisch, dass Goodwin die Erste war, der Spielberg seinen «Lincoln» vorspielte. «Während der Vorführung hat er Blut geschwitzt», erzählte Goodwin im Gespräch mit Urs Gehrig. Jeder Tropfen habe sich gelohnt. «Mein Lincoln ist im Film zum Leben erwacht.» **Seite 56**

Eine Information für unsere Abonentinnen und Abonenten: Die *Weltwoche* ist jetzt auch im iKiosk verfügbar. Leser können mit Eingabe ihrer Kundennummer die Zeitung kostenlos aufs iPad oder auf Android-Tablets herunterladen. *Ihre Weltwoche*



Wissen Sie, was morgen ist?

Wir wissen es nicht. Deshalb denken wir in Szenarien, um Ihr Vermögen zu schützen.

Erfahren Sie mehr zu den Notenstein Szenarien unter www.notenstein.ch/szenarien.



NOTENSTEIN
PRIVATBANK



Perle der Seidenstrasse und russische Raketen Usbekistan und Baikonur

Expertenreise für Weltwoche-Leser: Folgen Sie mit Auslands-Korrespondent Michael Wrase vom 17. bis 31. Mai 2013 dem historischen Handelsweg.

Ist der Registan in der antiken Stadt Samarkand wirklich der schönste Platz der Welt, wie sieht eigentlich ein Weltraumbahnhof aus und woher kommen die Schiffwracks in der Wüste? Folgen Sie dem sagenhaften Ruf der Seidenstrasse und entdecken Sie zwei Länder, die erst seit kurzem auf der «touristischen Weltkarte» stehen. Die Gastfreundschaft der Einheimischen, die wir in einem Kindergarten und beim gemeinsamen Kochen erfahren, gehört sicherlich zu den Höhepunkten dieser Reise durch eine Region, wo sich Jahrtausende alte Kultur und westliche Moderne begegnen.

Der Besucher spürt noch heute den Geist des Karawanenhandels, welcher nicht nur Waren, sondern auch Wissen, Philosophie und Religionen zwischen Orient und Okzident transportierte. Schon die Namen der mittelalterlichen Oasenstädte klingen wie aus 1001 Nacht. Sie schlendern durch die engen Gassen von Buchara, Samarkand und Chiwa, die schon einst Dschingis Khan faszinierten, feilschen auf dem Orientbasar um Seide und Gewürze, schlafen in einer traditionellen Jurte und schauen sich bei einem Meister die Tricks der Keramik-Bemalung ab. Vor der skurrilen Kulisse gestrandeter Wracks am ausgetrockneten Aralsee erfahren Sie die dramatischen Hintergründe des gespenstigen «Schiffsfriedhofs». Und beim Besuch des grössten Raketenstartplatzes der Welt im kasachischen Baikonur staunen Sie über die gigantischen Dimensionen des sowjetischen Raumfahrtprogramms. Nahost-Korrespondent Michael Wrase begleitet Sie auf eine besondere Reise und versorgt Sie in Usbekistan mit Hintergrundwissen zu Politik, Gesellschaft, Geschichte und Literatur des Landes.



Von 1982 bis 1987 arbeitete Michael Wrase als Nahostkorrespondent in Beirut und Damaskus. Seit 1988 lebt er im ruhigen Zypern. Von dort aus bereist er regelmässig die Länder des Mittleren Ostens, unter anderem Usbekistan, das er beruflich und privat oft besucht hat. Der Korrespondent verschiedener Zeitungen im In- und Ausland begleitet die Reisenden in Usbekistan, teilt mit ihnen sein profundes Wissen über Land und Leute, sorgt für spannende Begegnungen und ist unterwegs auch immer wieder für Zweiergespräche offen.

respondent verschiedener Zeitungen im In- und Ausland begleitet die Reisenden in Usbekistan, teilt mit ihnen sein profundes Wissen über Land und Leute, sorgt für spannende Begegnungen und ist unterwegs auch immer wieder für Zweiergespräche offen.

Reise-Highlights und Themen:

- **Samarkand:** «Die Perle der östlichen islamischen Welt» mit der schönsten Moschee des Orients und dem imposanten Registan-Platz.
- **Aralsee:** Erforschung durch zaristische Offiziere und Ausnutzung der Natur
- **Wüstenromantik:** Kamelritt und Übernachtung in einem landestypischen Nomadenzelt in der Wüste. Ein lokaler Musiker sorgt für romantische Stimmung am Lagerfeuer.
- **Sputnik, Leika und Gagarin:** Ein Abstecher zum Testgelände und Startplatz von Interkontinentalraketen in Kasachstan bringt uns fast den Sternen näher.
- **Islam:** Bedeutung in Usbekistan und islamischer Fundamentalismus in Zentralasien
- **Andächtig:** Der Leiter einer Koranschule empfängt die Leser und berichtet über den Alltag in der Ausbildungsstätte.
- **Baumwolle:** Wirtschaftsfaktoren und Güter auf der Seidenstrasse.

- **Buchara:** Die Stadt der Moscheen, Minarette und Mosaik mit dem einzigartigen Wüstenleuchtturm. Geniessen Sie usbekische Spezialitäten und folkloristischen Gesang beim stimmungsvollen Abendessen in einer Medrese.

Weltwoche-Spezialangebote

Expertenreisen für Weltwoche-Leser

Seidenstrasse

Mit Michael Wrase
17. bis 31. Mai 2013

Reisearrangement

Für Abonnenten: Fr. 6450.—
Für Nichtabonnenten: Fr. 6800.—

Detailprogramm/Anmeldeformular

Weitere Informationen zur Reise finden Sie auf www.weltwoche.ch/platinclub.

Veranstalter

Reiseveranstalter ist die auf Expertenreisen spezialisierte Reiseagentur cotravel in Allschwil BL (www.cotravel.ch)

Telefon: 061 308 33 00
E-Mail: cotravel@cotravel.ch

Familienpolitik

Die beste Familienpolitik ist, wenn Familien von der Politik möglichst in Ruhe gelassen werden. *Von Roger Köppel*

Vor einigen Jahren ergab sich am Rande einer Redaktionskonferenz in Deutschland eine interessante Diskussion. Das Thema des Tages war die drohende Überalterung der Gesellschaft. Mit Sorge wurde über die nachlassenden Geburtenraten diskutiert. Die Wortführer der Redaktion waren sich einig: Die «staatlichen Infrastrukturen» seien ungenügend, die deutsche Gesellschaft insgesamt sei «kinderfeindlich», und es müsse endlich wirksam gegengesteuert werden. Der Einwand eines Anwesenden, die Diagnose sei absurd, weil Deutschland noch nie «kinderfreundlicher» gewesen sei, auf jeden Fall unendlich weniger «kinderfeindlich» als zu Zeiten von Reichskanzler Otto von Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts, als die deutschen Geburtenraten mehr als doppelt so hoch gewesen seien als heute, löste in der Runde Fassungslosigkeit, ja Abscheu aus.

Die Debatte wiederholt sich in der Schweiz. Am 3. März stimmen wir über einen «Bundesbeschluss über die Familienpolitik» ab, der dem Staat die Aufgabe zuweisen will, «Massnahmen zum Schutz der Familie» zu «unterstützen». Was das heisst, lesen wir auf weiteren sechs knappen Zeilen. Wird der Artikel angenommen, müssen «Bund und Kantone [...] die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit» fördern. Sie haben für ein «bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen» zu sorgen. Sollten die «Bestrebungen der Kantone oder Dritter» nicht ausreichen, müsse der Bund «Grundsätze» festlegen, denen die Kantone familienpolitisch zu gehorchen haben. Bundesrat Alain Berset sah sich an einer Pressekonzferenz letzte Woche ausserstande, die Kosten zu beziffern, die der Verfassungsartikel der Schweiz aufbürden könnte.

Der von links geförderte und von rechts mit Ausnahme der SVP kaum bekämpfte Vorschlag setzt ein Grundprinzip des liberalen Staats ausser Kraft: Eltern sollen künftig nicht mehr die volle finanzielle Verantwortung für ihre Familie tragen müssen, sondern der Staat hat ihnen durch Angebote aller Art die Lasten abzunehmen, die heute einem Kinderwunsch angeblich entgegenstehen. So formulierte es gemäss NZZ kürzlich die Präsidentin der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen, Thérèse Meyer-Kaelin. Es sei bedenklich, sagte sie, dass Paare aufgrund der



«Sozial ist, wer nicht auf Kosten anderer lebt.»

finanziellen Belastung oder der Berufstätigkeit auf Kinder verzichteten. Anders ausgedrückt: Künftig sollen auch Paare Kinder haben können, die sich keine Kinder leisten können oder – weil beide Elternteile gezwungenermassen oder freiwillig beruflich tätig sind – nicht die Zeit haben oder aufbringen wollen, sich um ihre Kinder zu kümmern.

Welch ein Unsinn. Der freiheitliche Rechtsstaat liefert einen Rahmen, in dem die Menschen für sich selber sorgen. Er hilft und unterstützt, wo einer ohne eigenes Verschulden in Schwierigkeiten gerät. Er sorgt

Künftig sollen auch Paare Kinder haben können, die sich keine Kinder leisten können.

dafür, dass die Schwachen von den Starken nicht vernichtet werden. Er achtet darauf, dass seine «sozialen» Angebote nicht zu Faulheit und Nichtstun verleiten. Auf keinen Fall aber sollte ein freiheitlicher Staat damit anfangen, seinen Bürgern die Lebenslasten abzunehmen. Der Sozialismus ist daran zugrunde gegangen, dass er die Menschen vom Zwang befreien wollte, selber für ihren Lebensunterhalt aufkommen zu müssen. Sozialistische Staaten gehen immer an den enormen Kosten ihrer Politik kaputt, die zudem dazu führt, dass niemand mehr richtig arbeitet.

Liberalen Gesellschaften sind anstrengender, aber erfolgreicher, weil jeder gezwungen ist, für sich und seine Familie zu sorgen. Es ist also keineswegs bedenklich, wie Frau Meyer-Kaelin behauptet, dass Paare «aufgrund der finanziellen Belastung» auf Kinder verzichten

müssen. Sondern es ist die notwendige Konsequenz einer freiheitlichen Gesellschaft, dass man immer erst dann eine Familie gründet, wenn man sich das leisten kann. Entscheidend ist die Frage, wer die Kosten trägt. Im liberalen Verständnis kann es darauf nur eine Antwort geben: die Eltern. Und sonst niemand.

Sozial ist, wer nicht auf Kosten anderer lebt. Dieser Grundsatz wird im geplanten Familienartikel beerdigt. Der unselige Paragraph schafft die Grundlage für unabsehbare Begehrlichkeiten, die von der aktuell herrschenden Mitte-links-Mehrheit in Bern mit Sicherheit kreativ genutzt wird. Das trügerische Gesetz suggeriert «Massnahmen zum Schutz der Familie». In Wahrheit bewirkt es das Gegenteil. Die Familie wird nicht geschützt, sie wird quersubventioniert und damit zum Teil ihrer Unabhängigkeit und ihrer Würde beraubt. Wer eine Familie gründen will, muss sie ernähren können. Wer es nicht kann, sollte darauf verzichten. Staatlicher Beistand kann nicht Teil dieser Entscheidung sein.

Mehr noch: Man muss dem Staat verbieten, künstlich verbilligte Kinderkrippen und andere querfinanzierte «bedarfsgerechte» Angebote an «familienergänzenden Strukturen» zur Verfügung zu stellen. Da es eine Nachfrage danach gibt, werden private Unternehmen die entsprechenden Leistungen erbringen. Solange sich der Staat in die Kindererziehung einmischt, werden private Anbieter verdrängt. Und: Eltern, die solche Strukturen für ihre Kinder in Anspruch nehmen wollen, sollen selber dafür bezahlen. Interessanterweise ist es allen klar, dass der Staat nicht die Aufgabe hat, den Bürgern eine «bedarfsgerechte Infrastruktur» an günstigen Villen mit Seeblick oder Ferienchalets in Gstaad zur Verfügung zu stellen. Ebenso wenig allerdings hat der Staat die Aufgabe, Paaren, die es sich nicht leisten können, zur Gründung von Familien zu verhelfen.

Die beste Familienpolitik ist eine möglichst liberale Politik, welche die Staatsausgaben gering hält und den Schutz des Eigentums gross schreibt. Liberale Staaten sind erfolgreicher als andere, weil sie in einem Rechtsstaat auf die Triebkräfte von Eigennutz, Ehrgeiz und persönlicher Initiative setzen. Liberale Politik bedeutet, dass sich Menschen entfalten und Unternehmen prosperieren können. Gute Familienpolitik heisst auch, dass den Familien keine übertriebenen Lasten durch Steuern und Abgaben aufgebürdet werden. Wir sollten einfach dafür sorgen, dass auch in Zukunft die Schweiz ein Land bleibt, in dem sich die Tüchtigen und Fleissigen entfalten können. Das ist die beste Familienpolitik, wobei liberale Familienpolitik vor allem darin besteht, dass Familien erst gar nicht zum Gegenstand von Politik gemacht werden.



«Wir werden sehen»: Silvio Berlusconi. Seite 40



Vorbild: Abraham Lincoln, 1862. Seite 48



Falscher Weg: Thomas Minder. Seite 22



Beichtmutter: Oprah Winfrey. Seite 44

Kommentare & Analysen

5 Editorial

9 Kommentar Fortsetzung in der «Waldau»-Affäre

9 Im Auge Sergei Filin, Ballett-Direktor

10 Klima Die Fieberkurve stagniert

11 Personenkontrolle Sigg, Kleeb, Schwab, Cotti, Schmidheiny, Gaillard, Maurer, Blocher, Mörgeli

11 Nachruf Jörg Steiner, Schriftsteller

12 Der Abt, der die doppelte Moral liebt

Abt Martin vom Kloster Einsiedeln wehrt sich gegen die Sonntagsarbeit – und macht an Festtagen das beste Geschäft

14 Die Deutschen «Dany le Rouge» über Europa

14 Wirtschaft Das unheimliche Staatswachstum

17 Ausland Cameron flirtet mit dem «Brexite»

18 Mörgeli Einmal so, einmal anders

18 Bodenmann Matt, matter und Matter

19 Medien Intellektuelle Zeitenwende

19 Gesellschaft Das letzte Tabu

20 Leserbriefe/Darf man das?

Hintergrund

22 Was gehen uns die Löhne der Manager an?

Die Debatte um die «Abzocker»-Initiative kocht. Doch die Gehälter sind nur Sache des Eigentümers einer Firma

23 Manager Die Topverdiener der Schweiz

24 Spitzensaläre Niemand profitiert von der Gesetzesflut

25 Abstimmung Der Bürger hat keine echte Wahl

26 Gelegenheit macht IV-Rentner

Der Fall von zwei wegen Veruntreuung entlassenen Mitarbeiterinnen und das Versagen des Sozialsystems

28 Fall Wegelin Die USA bedrängen den Schweizer Finanzplatz

29 Mieten CVP-Nationalrätin Kathy Riklins günstige Wohnung

30 Stanser Spione über der Sahara

Bei geheimen Aufklärungsmissionen setzen die Amerikaner auf Schweizer Technik aus den Pilatus-Flugzeugwerken

32 Die Verschandelung der Schweiz

Eine Erkundungstour von der Innerschweiz ins Welschland

36 Der integrierte Rebell

Bekannt wurde Paolo Bernasconi als rabiater Kämpfer gegen Geldwäscher. Bei der eigenen Klientel ist er weniger streng

38 Wenn Eltern ihre Kinder anlügen

Die Erziehungslügen der Eltern schaden den Kindern

40 «Wir sind zum Siegen verurteilt»

Silvio Berlusconi über seine Rückkehr in die Politik

44 Weinen mit Oprah

Wie Oprah Winfreys zur Beichtmutter Amerikas wurde

46 Sport Die Krise der Schweizer im alpinen Skisport

47 Ernährung Spekulation mit Lebensmitteln wirkt positiv

48 Übervater Abraham

Abraham Lincoln beendete die Sklaverei und einte Amerika. Nun hat ihm Steven Spielberg ein Monument errichtet



«Es gibt viele seelisch kranke Menschen»: Filmemacher Tarantino. Seite 56

Interview

56 «Ich liebe es immer opernhaft»

Quentin Tarantino hat seinen ersten Western gedreht. Der US-Regisseur über Sklaverei, verdrängte Geschichte und den Reiz der Gewalt

Stil & Kultur

52 **Stil & Kultur** David Drebin, Fotograf

54 **Bestseller**

54 **Literatur** Der neue Essay-Band des US-Grossschriftstellers Jonathan Franzen

55 **Kunst** Thomas Hirschhorns neuste Collagen

55 **Jazz** Jan Garbarek, Egberto Gismonti, Charlie Haden

60 **Top 10**

60 **Kino** «Lincoln»

61 **Fernseh-Kritik** «Der Bestatter»

62 **Namen** Schawinski, Haussener, Jacobs, Dreher, Fielding, Fruithof etc.

63 **Hochzeit** Ramona Spielmann und Sven König

63 **Thiel** Gruppenbild

64 **Wein** Vinfox 2013

64 **Die Besten** Zeit für den Bleistift

65 **Auto** Hyundai Santa Fe 2.2 CRDi 4WD Premium

66 **MvH trifft** Fawaz Gruosi, Juwelier

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehriger,

Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Lucien Scherrer,

Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Hostenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Nadja Schmid (*Assistentin*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rügger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Christine Lesnik (*Leitung WW-Magazin*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Aextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@aextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone Weltwoche-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



präsentieren

Sport, Wirtschaft und Ethik – eine Standortbestimmung

Freitag, 5. April 2013, 9.30 bis ca. 18.00 Uhr

Stadion Letzigrund Zürich
Badenerstrasse 500, CH-8048 Zürich

Gesamtmoderation Marcel Reif

Es wirken u.a. mit

- FIFA-Präsident Joseph S. Blatter
- Finanzfachmann Oswald Grübel
- Wirtschaftsjournalist Jens Korte
- Verleger Roger Köppel
- Rechtsethiker Prof. Mark Pieth
- Michael Ballack (Fussball)
- Reiner Calmund (Fussball)

Detailinformationen und Anmeldung unter:

www.fifa-ews.com

www.swissportforum.ch



Hauptsponsoren

CREDIT SUISSE 

 Basler
Versicherungen

Co-Sponsoren

Baldehyarini
BALDESSARINI
www.tanner-sa.ch

HIRSLANDEN
KLINIK HIRSLANDEN

 JAGUAR

Mercuri Urval

Schulthess 

Supporter

EXPOformer
SIMPLIFIED SUCCESS.

 schoch
werkhaus. switzerland.

 SECURITAS

ZWEIFEL
WEINE

Medienpartner

DIE WELTWOCHEN  EUROSOCCKER

Handelszeitung

SPONSORS

TV-Partner

 TELECLUB

Broadcast

 Mediatec

Bern bleibt Bern

Von Urs Paul Engeler — Die falsche Professorin in der Klinik «Waldau» ist enttarnt und entlassen. Das muffige Treibhaus, in dem sie aufsteigen konnte, wird noch geschützt.



Unvertrautes Gelände: Regierungsrat Perrenoud, Klinikdirektorin Mader (beide SP).

Ein gescheitertes Forscherteam, das die Schrittlänge und -frequenz der Schweizer gemessen hatte, kam vor Jahren schon zum Schluss, dass in den Berner Lauben diesbezüglich nationale Spitzenwerte erreicht werden. Wenn vieles etwas länger dauert in der Zähringerstadt und im Kanton drum herum, so liegt dies nicht an der regionalen Gehgeschwindigkeit; dann hat dies politische Gründe.

Genau 109 Tage oder fast 16 Wochen brauchten die Berner Amtsstellen, bis sie am letzten Montag endlich bestätigten, was die *Weltwoche* ihnen bereits Anfang Oktober 2012 schlüssig präsentiert hatte: Die Frau Prof. Dr. med. Dr. Indira Lütolf-Junicic, 41, die in der Psychiatrischen Universitätsklinik «Waldau» mit über 1300 Mitarbeitern als oberste Qualitätsmanagerin agierte, ist weder «Prof.» noch «Dr. med.» noch «Dr.», sondern eine Hochstaplerin. Zur Begründung der langen Frist führt die verantwortliche Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) an, man habe die gefälschten Ausweise und Diplome der Kaderfrau zuerst an der Universität Tuzla prüfen und die Antworten dann übersetzen lassen müssen.

Der beschwerliche Umweg über Nordbosnien wäre allerdings gar nicht nötig gewesen, um die fristlose Kündigung auszusprechen, die perplexen Öffentlichkeit zu informieren und ein Strafverfahren einzuleiten. Er diente

vor allem der Verschleierung von internen Fakten, die wesentlich peinlicher sind als der Betrug der Dame aus Ex-Jugoslawien.

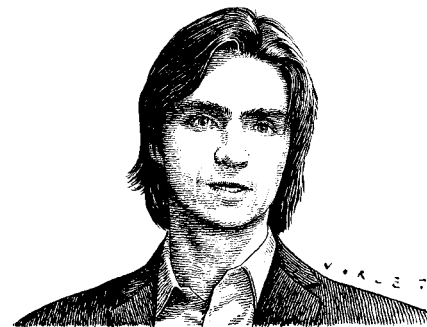
Die Schwindlerin hatte nicht nur mit akademischen Titeln aus dem Balkan jongliert, sondern auch mit einer achtseitigen (!) «Habilitation» der Universität Liverpool, die sie – ein Mausclick schafft sekundenschnell Einblick – nicht einmal selbst geschrieben hat. Gemäss Protokoll gab sie sich offiziell zudem als «assoziierte Professorin der Universität Bern» aus. Diese schriftlich festgehaltene und von der Klinikleitung abgesegnete Lüge hätte mit einem einzigen und kurzen Telefon entlarvt werden können. Rasch zu verifizieren gewesen wären auch die Tatsachen, dass die Krankenschwester und Controllerin Lütolf bereits früher am Berner Inselspital zum Erstaunen vieler sich laufend mit neuen Titeln und Verdiensten geschmückt hatte, die nicht echt sein konnten – bis das Arbeitsverhältnis im November 2011 offenbar abrupt beendet wurde.

Eine hochpolitische Affäre

Die Selbstdekorierte war also stellenlos, als sie zwei Monate später, im Januar 2012, in die neugeschaffene Schlüsselposition der «Waldau» berufen wurde. Damit wird die Geschichte einer krankhaften Angeberin zu einer hoch-

»» Fortsetzung auf Seite 10

Tanz der Vipern



Sergei Filin, Ballett-Direktor.

Den schwarzen Tag verhiessen früher tote Katzen auf der Bühne und Glassplitter im Ballettschuh. Am Morgen seines Schicksalstages waren Sergei Filins Autoreifen aufgeschlitzt. Seit Wochen erhielt er anonyme Drohanrufe, seine E-Mails und seine Facebook-Adresse wurden gehackt. Als Filin, 42, der Direktor und frühere Solotänzer des Bolschoi-Theaters, spätabends von einem Empfang zu seiner Moskauer Wohnung zurückkehrte, ohne Personenschutz, den er abgelehnt hatte, spielte sich auf dem Trottoir dieses makabre Aggressionsballett ab, festgehalten von einer Überwachungskamera. Ein Vermummter tänzelte neben Filin her und bespritzte sein Gesicht mit Schwefelsäure. Seither kämpfen die Ärzte um das Augenlicht des mächtigsten Mannes der russischen Tanzszene, die sich in Glaubenskriegen zwischen Traditionalisten und Modernisierern wie Filin zerfleischt.

Einer seiner Nebenbuhler war mit verhänglichen Sexfotos erledigt worden. Zwei männliche Stars gingen nach Filins Wahl, sein Vorgänger emigrierte in die USA. In siebzehn Jahren hatten sich sechs Direktoren auf dem Schleudersitz abgelöst. Das prachtvolle Bolschoi-Theater, auf Pfählen im Sumpf unweit des Kreml gebaut und 1780 eröffnet, war jahrelang wegen eines milliardenteuren Umbaus geschlossen, die Tanzkompanie meistens auf Tournee. Filin, der einen integren Ruf hat, könnte korrupte Machenschaften aufgedeckt haben. Er ist Freund von Politikern, Oligarchen und Künstlern, aber auch Zar und Scharfrichter über Karrieren in einem Unternehmen mit 1500 Angestellten, davon 200 Tänzerinnen und Tänzer – auf einem Parkett der Vipern. Das Gift-Attentat als Fortsetzung einer Intrige? Kein Mord, sondern, grausamer und boshafter: die lebenslängliche Auslöschung. Motiv: Rache, Hass, Eifersucht?

Der Kreis der Verdächtigen reicht von abgehalfterten Rivalen, ausgebooteten Stars, halb-irren Sektierern und der Mafia bis ins Liebesleben, aber Filin ist nicht schwul und glücklicher Familienvater. Das Bolschoi, sagt ein Tänzer, «ist nicht vom Unglück verfolgt, es ist die Miniatur von Russland».

Peter Hartmann

politischen Affäre. Denn bereits ein Überfliegen ihres fünfseitigen, wirren «Curriculum Vitae», das der *Weltwoche* vorliegt, genügt, um festzustellen, dass zumindest viele der Diplome, die sie zwischen Tuzla, Bern, Sarajewo, Heidelberg, Frankfurt, Basel, Liverpool, München et cetera erworben haben will, zwielichtig bis falsch sein müssen. Gleichwohl wurde die offensichtlich Unqualifizierte zur obersten Qualitätsmanagerin der Klinik gewählt, in Konkurrenz zu vier ernsthaften Mitbewerbern, wie interessanterweise noch beteuert wurde.

Der wahre Skandal ist somit nicht die Täuschung, wie mit dem Verweis auf die langwierigen Abklärungen der bosnischen Dokumente glauben gemacht wird, sondern die ganz bewusste Anstellung einer schlechten Betrügerin, die von jedem Personaldienst eines KMU durchschaut worden wäre. Diese Dimension klammert SP-Regierungsrat Philippe Perrenoud, Chef des GEF, aus. Denn die korrekte Antwort würde sein ganzes System erschüttern.

Perrenoud wollte alles wissen

Indira Lütolf-Junovic hatte zuvor die Diplomarbeit des Ehemanns der Vorsitzenden der Geschäftsleitung, SP-Politikerin und Juristin Regula Mader, betreut. Dank dieses Zertifikats, dessen Wert angesichts der Genese möglicherweise auch hinterfragt werden müsste, konnte dieser vom «Waldau»-Pfleger in der Patientenaufnahme zum «Waldau»-Controller im Umfeld der Qualitätsmanagerin aufsteigen. Die Berufung der Arbeitslosen zur Kaderfrau kann als Dank für geleistete Dienste interpretiert werden. Zugleich versetzte diese Wahl Lütolf in einen Zustand der völligen Abhängigkeit von ihrer Chefin. Mader scharte Ja-Sagerinnen um sich, um ihre Herrschaft im ihr unvertrauten Gelände zu sichern.

Überdies hat die rabiate Chefin den Arbeitsvertrag nicht alleine gegengezeichnet. Auf dem Papier findet sich auch die Unterschrift von Christine Jann Schneider, Juristin und Leiterin des Personalmanagements. Der gesamte innere, Mader verpflichtete Kern der «Waldau»-Crew hat diesen fatalen Entscheid mitgetragen und nun zu verantworten.

Es muss auch angenommen werden, dass Regierungsrat Philippe Perrenoud jederzeit bestens im Bilde war und die Anstellung der Dame wohl abgesegnet hat. Perrenoud hatte Mader installiert, um die Klinik nach seinen Wünschen personell umzukrempeln. Er sammelte über ein Netz von Vertrauten, zu denen während Jahren auch Personalchefin Jann Schneider gehörte, systematisch Informationen, mit denen er ein Geheimdossier fütterte. Er wollte alles wissen.

Ist die Politik gewillt, dieses Gebäude auszuräuchern, dann hat für Perrenoud die «Waldau»-Affäre erst begonnen.

Kommentar

Die Fieberkurve stagniert

Von Alex Reichmuth — Die Erde erwärmt sich seit fünfzehn Jahren nicht mehr. Dies haben Forscher erstmals eingestehen müssen. Gibt es den menschengemachten Klimawandel? Die Skepsis wächst.

Man reibt sich die Augen. Mehrere Institutionen, die führend sind bei der Erforschung des Klimas, haben eingestanden, dass sich die Erde seit etwa fünfzehn Jahren nicht mehr weiter erwärmt hat. Bisher haben nur sogenannte Klimaskeptiker darauf aufmerksam gemacht, dass die Temperaturen seit 1998 stagnieren.

Die amerikanische Weltraumbehörde Nasa hat nun bestätigt, dass die Fieberkurve des Planeten nicht weiter steigt. Auch der britische Wetterdienst Met Office – einer der wichtigsten Datenlieferanten für den Weltklimarat IPCC – hat seine Prognose zu den Durchschnittstemperaturen radikal geändert. Vor kurzem hat das Met Office noch vor einer weiteren Erwärmung um 0,8 Grad bis 2017 gewarnt. Nun aber stellt es ein Andauern des Temperatur-Plateaus bis 2017 in Aussicht. Trifft die neue Prognose zu, hätte sich die Erde während fast zwanzig Jahren nicht mehr weiter aufgeheizt. Selbst der amerikanische Forscher James E. Hansen, Klimawarner der ersten Stunde, hat kürzlich in einem Bericht den Stillstand bei den Temperaturen als real anerkannt.

Eingesetzt hat nun ein grosses Rätselraten unter den Klimatologen. Was ist der Grund für die Stagnation der Temperaturen? Die Forscher ziehen in Erwägung, dass die Meere einen Grossteil der zusätzlichen Wärme aufgenom-

men haben. Die Wärme wäre dann sozusagen in den Ozeanen zwischengelagert. Möglich ist auch, dass kalte Strömungen im Pazifik die weitere Erwärmung vorerst zum Verschwinden gebracht haben. Das sogenannte La-Niña-Wetter hätte in diesem Fall den Globus gekühlt. Klimaforscher ziehen weiter in Erwägung, dass sich die Stratosphäre als oberstes Geschoss der Atmosphäre abgetrocknet hat, was eine kühlende Wirkung auf tiefer liegende Luftschichten zur Folge hätte. Der Feuchtigkeitsverlust in der Stratosphäre selber könnte durch weniger Gewitter in den Tropen erfolgt sein. Selbst die zunehmenden Abgase in aufstrebenden Schwellenländern wie China oder Indien könnten dafür verantwortlich sein, warum sich die Welt vorerst nicht weiter aufheizt. Schwebeteilchen in der Luft schirmen nämlich das Sonnenlicht ab und haben somit einen kühlenden Effekt.

Rolle der Ozeane und der Atmosphäre

Gemeinsam ist allen Erklärungsmustern, dass der Klimawandel grundsätzlich nicht in Frage gestellt wird. Die Stagnation der Temperaturen ist demnach nur ein vorübergehendes Phänomen, und die Erwärmung der Erde wird früher oder später weitergehen. Es ist zwar möglich, dass dies zutrifft. Doch dass die Erderwärmung menschengemacht ist, müsste man ebenfalls in Frage stellen – zumindest in seinem Ausmass. Denn die Stagnation könnte ein Hinweis darauf sein, dass der Erwärmungseffekt des CO₂ geringer ausfällt als bisher angenommen. Ebenso könnten andere Einflüsse, wie etwa die Sonnenaktivität, stärker sein.

Den Klimawandel in Frage zu stellen, ist auch deshalb angezeigt, weil es genau vom Verhalten der Meere und der Atmosphäre abhängt, ob der immer höhere CO₂-Gehalt der Luft tatsächlich zu einer bedrohlichen Erwärmung führt oder nicht. Nur mit Rückkopplungseffekten, die den Effekt des CO₂ auf die Temperaturen verstärken, droht überhaupt eine verheerende Erhitzung. Wenn nun die gegenwärtige Stagnation der Erwärmung genau darum nicht vorausgesehen wurde, weil man die Rolle der Ozeane und der Atmosphäre eben nicht durchschaut, muss das zu denken geben.

Ein ehernes Prinzip in den Naturwissenschaften lautet, dass man eine Theorie in Frage stellen muss, wenn die realen Daten sie nicht bestätigen. Klimaforscher sollten sich daran erinnern, dass sie ebenfalls Naturwissenschaftler sind.

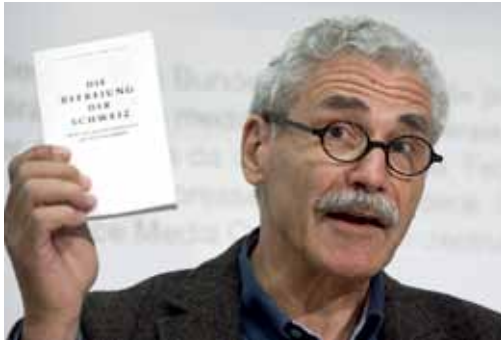


Was jetzt? Eisfjord in Grönland.

Personenkontrolle

Sigg, Kleeb, Schwab, Cotti, Schmidheiny, Gaillard, Maurer, Blocher, Mörgeli

Seine Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen sei «die Ausnahmeerscheinung in der ansonsten käuflich gewordenen Demokratie», sagt der ehemalige Vizekanzler der Schweizerischen Eidgenossenschaft, **Oswald Sigg**. Solche Parolen gab der Rentner an einer Medienkonferenz aus, an der er zusammen mit vier jungen Sympathisierenden vermelden konnte, für das Volksbegehren seien nach der Hälfte der Frist schon 70 125 Unterschriften gesammelt. Für diese News durfte der ehemalige Sprecher der Landesregierung dasselbe Podium nutzen wie vor seiner Pensionierung: den Konferenzsaal im Medienhaus



Zurück im Bundes-Konferenzsaal: Initiant Sigg.

des Bundes. In der Schweizer Demokratie ist tatsächlich alles käuflich – wenn nicht mit Geld, dann halt mit Vitamin B. (sär)

Über 900 Aktionäre hat der Zuger IT-Dienstleister Redit, und da dies «für ein KMU einen erheblichen Verwaltungsaufwand bedeutet», will die Firma ihre lästigen Besitzer auskaufen: Sie bietet pro Aktie 20 Rappen plus pauschal 20 Franken für die Umtriebe. Redit kam 2004 dank der Fusion mit Think Tools an die Schweizer Börse, liess sich aber schon 2009 wieder dekotieren: «Wir konnten die Erwartungen nicht erfüllen», sagte Hauptaktionär **Andreas Kleeb**. Das sind die Aktionäre gewohnt. Als Think Tools im Frühling 2000 den Börsengang feierte, verhiessen die Besitzer der Firma, darunter WEF-Chef **Klaus Schwab**, alt Bundesrat **Flavio Cotti** und der Industrielle **Thomas Schmidheiny**, mit Think Tools liessen sich die Probleme der Welt lösen. Der Kurs sprang deshalb beim Börsengang auf 2000 Franken. Ein Jahr später gab die Firma zu, dass sie gar kein Produkt hatte. Wer jetzt zu 20 Rappen verkauft, verbucht 99,99 Prozent Verlust. (sär)

Die Liste der hundert «wichtigsten Berner Köpfe 2012», welche die *Berner Zeitung* zusammengestellt hat, umfasst, vereinfacht gesagt,



Wichtigste Köpfe: Gaillard, Schneider-Ammann.

mehrheitlich andernorts unbekannte Berner und bekannte Auswärtige, die in Bern arbeiten. So schaffte es der in Zürich wohnhafte Zürcher **Serge Gaillard** (SP) auf Platz 26 der Berner-des-Jahres-Rangliste, weil er im Marsch durch die eidgenössischen Institutionen zum Chef der Finanzverwaltung aufgestiegen ist. Dafür fehlt der 2012 zum Bundespräsidenten gewählte **Ueli Maurer** (SVP) in der Galerie, obwohl er Bürger von Adelboden ist, in Bern nicht nur ein wichtigeres Amt bekleidet, sondern überdies in der Umgebung der Bundesstadt wohnt. Von andern Bundesräten, die Bern zumindest als Wochenaufenthalter kennen, schafften es nur die einheimischen **Simonetta Sommaruga** (SP) und **Johann Schneider-Ammann** auf die merkwürdige Liste. Besonderes Pech hatten Softrockler **Florian Ast**, der neben seiner Verflossenen **Francine Jordi** (alias Lehmann) keinen Platz fand, und die medienbewusste alt Regierungsrätin **Elisabeth Zölch** (jetzt BDP), die in der Jury sass und sich nicht wählen konnte. (upe)

Mindestens so attraktiv wie die Rede **Christoph Blochers** scheint für die SVP-Mitglieder an der Albisgütli-Tagung die grosse Tombola zu sein. Nur so ist zu erklären, dass während Blochers Rede ein grosser Teil der Besucher damit beschäftigt war, die Lose mit dem eigenen Namen auszufüllen – viele von ihnen hatten sogar einen persönlichen Stempel dabei. Zu den glücklichen Gewinnern der Hauptziehung gehörte **Christoph Mörgeli**: Er gewann ein Elektrovelo, mit dem er die fünf Kilos, die er laut *Sonntagsblick* abspecken will, bald verlieren wird – sofern er auf den Elektroantrieb verzichtet. (aku)



Tombola-Gewinn: SVP-Nationalrat Mörgeli.

Nachruf



Sätze werfen Schatten: Autor Steiner.

Jörg Steiner (1930–2013) — Sein Seelenbruder Peter Bichsel sagte von ihm, «er sei im Stillen ein grosser Autor geworden – leider nur für jene, die ihn lesen». All das stimmt. Auf Steiners gleichermassen durchsichtige und rätselhafte, einfache und komplexe Prosa muss man sich einlassen, um zu merken, wie sehr dieser Autor auf einen zählt bei der Entdeckung der eigenen Geschichte in seiner. Und ja: Wir haben einen grossen Autor verloren. Sein Format werden vielleicht andere Generationen noch entdecken (an Robert Walser darf gedacht werden).

Jeder seiner Sätze wirft nicht nur, wie jeder gute Satz, einen Schatten, sondern gleich mehrere. Im Gang über seine Prosa erfasst uns ein leiser Schwindel. Steiners Topografie ist die Stadt Biel. Oft wurde gesagt, er gebe den Sprachlosen eine Sprache. Eher gilt das Umgekehrte: Von ihnen lernt er das Verstummen. Gewichtiges verlagert er ins Beiläufige, gelegentlich auch Skurrile. (Sein Humor, den ich als sein Freund bewunderte, war oft genug Ablenkung.)

Am meisten wiegt, was er verschweigt. Von den frühen Romanen «Strafarbeit» (1962) und «Ein Messer für den ehrlichen Finder» (1966) bis zu «Weissenbach und die anderen» (1994) und den Erzählungen «Der Kollege» (1997) und «Wer tanzt schon zur Musik von Schostakowitsch» (2000) verweigert Steiner jeden Kommentar. Er nimmt weder seine Figuren bei der Hand noch seinen Leser. Schon gar nicht behelligte er sie mit seinen Befindlichkeiten. Dazu war er zu unerbittlich. Und zu rücksichtsvoll.

Peter Rüedi

Der Moralist, der am liebsten mit zwei Ellen misst

Von Markus Schär — Er wehrt sich gegen die Sonntagsarbeit und macht an den Festtagen das beste Geschäft. Er kämpft gegen das «Übel der Abzockerei» und lässt sich von Managern beraten, die Millionen verdienen. Abt Martin vom Kloster Einsiedeln liebt die Moral – vor allem jene, die man mit zweierlei Ellen misst.



«Es ist nicht Auftrag der Kirche, ihre Lehre politisch durchzusetzen»: Abt Martin an der Medienkonferenz in Bern, Anfang Januar.

Die Messe findet nicht nur in der Wallfahrtskirche statt. Drinnen zelebrieren die Mönche das Hochamt, draussen kommerzialisieren die Händler den Pilgerglauben. Um das Halbrund des Einsiedler Klosterplatzes drehen Läden den Wallfahrern allerlei Trödel an, von der Krippe mit elektrischem Flackerfeuer bis hin zu Sackmessern, Glückssteinen und Plüsch-Bernhardinern. Im Nebengebäude halten die Mönche im Klosterladen neben Weihrauch, Kerzen und Kruzifixen ihre eigenen Erzeugnisse feil, vor allem die «stolze Produktpalette» an Weinen und härteren Alkoholika.

Und auch an der Hauptstrasse stehen am Sonntag Läden offen, neben den vielen Konditoreien mit ihren klebrigen Schafböcken der Seifenshop und «Energy World» («Geistiges Heilen für Mensch und Tier»), der Buchladen und das Tourismusbüro. Sogar die UBS am Klosterplatz empfiehlt sich den Besuchern:

«Beratungen ausserhalb Öffnungszeiten nach Absprache gerne möglich.» Schliesslich muss man das Geschäft mit den Gläubigen machen, wenn es zu machen ist.

Der Mann, der für diesen Trubel die Verantwortung trägt, setzt sich für den Schutz des Sonntags vor den Interessen des Geldes ein. «Wo Leistung und Konsum im Zentrum stehen», spricht Abt Martin Werlen, «verlieren wir die Mitte.» Deshalb macht er beim Kreuzzug gegen den Parlamentsbeschluss mit, wonach Tankstellenshops, die bereits heute rund um die Uhr ihre Dienste anbieten, nachts zwischen ein und fünf Uhr nicht mehr einen Teil ihres Sortiments, wie Fertigm pizzas oder Getränkepackungen, abdecken müssen. Die Gewerkschaft Unia kämpft für diese Absage an den gesunden Menschenverstand, weil dies zum «Dammbruch im Detailhandel» führe, also zu Arbeit für alle in der Nacht oder an den

Sonn- und Feiertagen – wie in Einsiedeln halt. «Ohne freie Zeit brennt in den Menschen nichts mehr. Das führt dann zu Burnouts», fürchtet der CEO des Klosters, der an den Feiertagen das beste Geschäft macht und für seine Kampagnen im Zug von Termin zu Termin hetzt. Deshalb führt Abt Werlen die «Sonntagsallianz» an, die per Referendum gegen die Mini-Liberalisierung bei den Tankstellenshops kämpft. Es ist nicht sein einziger Widerspruch.

Seit elf Jahren leitet der 50-jährige Bergbauernsohn aus Obergesteln VS das Kloster Einsiedeln. Und seither macht der Philosoph und Psychologe auch Politik. Vor der Abstimmung über die Asylinitiative der SVP im November 2002 schleuste ihn der PR-Mann Peter Wettler in die «Arena» ein, und der Geistliche sorgte dafür, dass das Volk die Initiative knapp verworfen, wie Peter Bodenmann in der *Weltwoche* schrieb: «Abt verhinderte Totalschaden.»

Seit der Kloster-Chef vor einem Jahr nach einem Unfall beim Badminton im Koma lag, drängt er stärker in die Öffentlichkeit denn je – schliesslich läuft seine zwölfjährige Amtszeit im Dezember aus. Er schickt als Abt Martin in hoher Kadenz seine Tweets an derzeit 7032 Follower, ob Veranstaltungshinweis, «Bahngleichnis» («Schon viele Menschen waren dankbar für eine kleine Verspätung») oder Tagebucheintrag: «Lustig die Reaktion eines Mitfahrers im Zug, der beim Lesen sein Gegenüber entdeckt :-))». Er zettelt mit seinem Büchlein «Miteinander die Glut unter der Asche entdecken» eine Debatte über den Zölibat oder die Frauenordination an. Und er mischt sich als Lobbyist in die Tagespolitik ein.

«Neue Kühler- und Kultfigur»

Als der Nationalrat im letzten Juni über Verschärfungen des Asylrechts entschied, sass Abt Martin telegen auf der Tribüne. Und er machte danach aus dem komplexen Vollzugsproblem, wie sich gesetzeskonform abgewiesene Asylbewerber zurückschicken lassen, eine simple Grundsatzfrage des Menschseins: «Es ist nicht fair, wenn wir Asylbewerber auf eine Art behandeln, wie wir selber nie behandelt werden möchten», lehrte er im *Sonntag*. Und bevor der Nationalrat im Dezember über das Sparen bei der IV beriet, mahnte Abt Martin wie zahllose Interessenvertreter aus Medizin, Juristerei und Behindertenbürokratie die Parlamentarier per Brief, auf die Revision zu verzichten – obwohl die Politiker dem Volk bei der Abstimmung über die Erhöhung der Mehrwertsteuer versprochen hatten, dafür die Finanzen der IV in Ordnung zu bringen.

Abt Werlen solle doch selber für den Nationalrat kandidieren, wenn er als Kirchenmann politisieren wolle, meinte ein Leserbriefschreiber in der *Neuen Luzerner Zeitung*: «Seine Chancen, gewählt zu werden, wären gar nicht mal so schlecht.» Beflügelt vom Applaus vieler Zeitungen, die eine Schwäche zu haben scheinen für den predigenden Populisten, dürfte Martin Werlen – dann auch als einfacher Klosterbruder – die Wahl tatsächlich schaffen. Solange er nicht selber im Parlament sitzt, lässt er sich gern als Galionsfigur einspannen.

Der Abt soll einerseits den Kampf um die Seele der CVP entscheiden. Zur «neuen Kühler- und Kultfigur der Christenpartei» schrieb ihn Peter Bodenmann in der *Basler Zeitung* hoch. Und in der *Weltwoche* stiess er nach: «Die Esoterik boomt. Die katholische Kirche wird deshalb menschennäher, beweglicher und bewegender. Mit und dank Abt Martin Werlen. Die CVP müsste ihn auf den Weg in eine erfolgreiche Zukunft mitnehmen. Denn auch politisch geht es nicht ohne etwas Schmus.» Der Rat des Strategen aus Brig ist nicht ganz uneigennützig: Wenn die CVP dank dem populären Kirchenmann endgültig nach links kippt, ist die Geometrie der Schweizer Politik nachhaltig neu zu zeichnen.

Und der Abt lässt sich andererseits für allerlei linke Anliegen einsetzen. Als Verantwortlicher der Schweizer Bischöfe für die Kommission *Justitia et Pax*, betont er, müsse er sich zu Grundsatzfragen äussern (also auch zum Verbot, zwischen ein und fünf Uhr in Tankstellenshops Tiefkühlpizzas zu verkaufen).

Die Agenda der von Amtes wegen nach links neigenden Sozialethik-Kommission bestimmen aber zwei deutsche Theologen mit noch linkeren Neigungen, einerseits Wolfgang Bürgstein als Generalsekretär, andererseits Simon Spengler als Sprecher der Bischöfe. Der ehemalige Zisterziensermönch arbeitete zuvor zehn Jahre für *Sonntagsblick* und *Blick*. Da lobte er 2007 schon Abt Martin als angeblichen neuen Bischof von Chur. Und da übte er auch das Zusammenspiel mit der Gewerkschaft Unia – der ehemalige *Blick*-Journalist und jetzige Unia-Regionalsekretär Beat Jost wuchs wie der Einsiedler Abt, der damals noch Stefan Werlen hiess, in Obergesteln VS auf.

«Der Abt, der sich traut» zielt denn auch die Frontseite der Gewerkschaftszeitung *Work*. Über das Vorhaben, «den Kirchenfürsten Werlen auf die Titelseite zu stellen», hätten sich auch Gewerkschafter gewundert, räumte die

«Der Abt, der sich traut» zielt denn auch die Frontseite der Gewerkschaftszeitung *Work*.

Redaktion ein. Aber sie weiss nur zu gut, was sie am Klosterbruder hat, der keinen tiefgründelnden Gemeinplatz scheut, so jenen, der Mensch sei nicht für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft für den Menschen: «Die Medienleute sind genau für solche Sätze gekommen. Sie sind schlicht.» Und schliesslich schrieb der Abt schon in einem Text zum 1. August 2011, den er auch als Spot auf Youtube verbreitete: «Die Kirche erhebt ihre Stimme, wo Menschen sich egoistisch auf Kosten anderer bereichern.»

Eigenartig ist da nur, dass sich Abt Werlen nirgends zu den «Abzockern» äussert. Oder auch nicht – zumindest für jene, welche die Ökonomie des Klosters Einsiedeln kennen. «Es ist steinreich und hat doch kein Geld», schrieb Simon Spengler 2006 im *Blick*. Das Kloster ist mit rund 2000 Hektaren Land und Wald der zweitgrösste Grundbesitzer der Schweiz, dazu gehören ihm mehrere Schlösser, die Inseln Ufenau im Zürichsee und Werd bei Stein am Rhein, die Pferdezucht Marstall Kloster Einsiedeln GmbH und das Weingut Leutschen in der Millionärsgemeinde Freienbach SZ. Wie sich aus diesem Besitz mehr Geld machen liesse, fragte der Abt die Sanierer von McKinsey. Und er scharte um sich einen Beirat mit Rainer E. Gut, ehemaliger Credit-Suisse-Präsident und grösster Drahtzieher des Lan-

des (mit einem Einsiedler Abt als Grossonkel), Daniel Vasella, damals noch CEO und VR-Präsident von Novartis, und Franz Humer, Präsident von Roche.

Die drei Wirtschaftsbosse stehen prominent auf der Liste der 32 «Abzocker», auf welche die gleichnamige Initiative, nicht aber der sonst so kapitalismuskritische «Abt-Zocker» Martin zielt. Darauf angesprochen, flüchtete der Abt vor zwei Jahren im Gespräch mit der *Sonntagszeitung* in Gemeinplätze: «Wir tun nicht schlecht, wenn wir mit Urteilen und Verurteilen zurückhaltend sind.» Das war's. Chefredaktor Martin Spieler sitzt im Stiftungsrat des Klosters Einsiedeln, dafür schreibt Abt Werlen jetzt Kolumnen in seiner Zeitung.

Der Papst weiss es besser

Der wichtigste Mann für die Finanzen des Klosters müsste vom Business-Skeptiker Werlen ebenfalls als «Abzocker» ermahnt werden: Konrad Bächinger scheffelte viel Geld bei der LGT Group in Pfäffikon SZ, der Bank des Fürstenhauses von Liechtenstein mit ihren weltweit erfolgreichen Hedge-Fund- und Private-Equity-Vehikeln. Dank Bächingers Kontakten fand das Kloster 2007 auch endlich einen Käufer für das Schloss Sonnenberg bei Stettfurt TG: Der österreichische Hedge-Fund-Manager Christian Baha, der sich mit dem Abt «auf Anhieb sehr gut verstand», versprach, die beliebte Sehenswürdigkeit samt Gutsbetrieb mit 150 Hektaren auf Vordermann zu bringen. In einem Ausblick auf 2013 beschrieb die *Thurgauer Zeitung* das Schloss aber als «trauriges Mahnmal»: «eine verlassene Baustelle, auf der sich nur der Kran hin und wieder provozierend im Wind dreht».

Also nochmals die Frage, weshalb sich der Abt so gut mit den «Abzockern» versteht. Der Kloster-CEO verweist auf die Botschaft von Bischof Markus Büchel zum 1. August 2012 über die Ursachen der Finanzkrise: «Diesen Text empfehle ich zur Lektüre. Dann können wir gerne weiter über das Übel der Abzockerei diskutieren.» Wer die Botschaft nachliest, der findet Sätze wie: «Geld ist nicht dazu da, sich selber zu vermehren.» Oder: «Zu einem verantwortungsvollen Umgang gehört, dass mit dem Geld nicht zu riskante Geschäfte gemacht werden.» Der Bischof beschrieb (und verurteilte) damit den Job eines Hedge-Fund-Managers.

Auch dem politisierenden Abt wäre Lektüre zu empfehlen. Die katholische Soziallehre wolle nicht Einsichten und Verhaltensweisen, die dem Glauben zugehören, denen aufdrängen, die diesen Glauben nicht teilen, schrieb Papst Benedikt XVI. 2005 in seiner ersten Enzyklika, «Deus caritas est»: «Und sie weiss, dass es nicht Auftrag der Kirche ist, selbst diese Lehre politisch durchzusetzen.» ○

Wir und wirr

Von Henryk M. Broder — «Dany le Rouge» schwadroniert über Europa.



In einem Interview mit dem Berliner *Tagesspiegel* sagt der EU-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit, worauf es «in Zeiten der Globalisierung» ankommt: «Dass wir ein neues Wir-Gefühl

erlernen müssen. Unter «wir» sind dann nicht nur alle Menschen zwischen Ostfriesland und Südbayern zu verstehen, sondern die Einwohner zwischen Normandie und Elbe.»

Möglicherweise hat «Dany le Rouge», wie der Grüne seit 45 Jahren von seinen Freunden gerufen wird, nur «wir» mit «wirr» verwechselt, vielleicht wollte er aus dem «Lied der Deutschen» von Hoffmann von Fallersleben zitieren, und es fielen ihm die entscheidenden Zeilen («Von der Maas bis an die Memel, / Von der Etsch bis an den Belt») grade nicht ein. Es könnte aber auch sein, dass er es so gemeint hat, wie er es gesagt hat: Das deutsche «wir», das zwischen Ostfriesland und Südbayern siedelt, soll in ein deutsch-französisches überführt werden, das von der Normandie bis an die Elbe reicht.

Man könnte nun fragen, ob «wir» es mit einem Fall von «Globalisierung» oder «Germanisierung» zu tun haben, aber die Frage wäre reichlich unangemessen angesichts der Tatsache, dass Cohn-Bendit nur das macht, was er am besten kann: schwadronieren, heisse Luft in bunte Ballons abfüllen. Das machen alle Politiker, aber jene, die sich «Europa» verschrieben haben, tun es mit besonderer Hingabe. Denn sie müssen ein «wir» erfinden. Ein virtuelles «wir» der Eliten, die sich längst übernational organisiert haben und ihre Privilegien umso entschlossener verteidigen, je mehr Europa zu einem Selbstbedienungsladen der wenigen auf Kosten der vielen verkommt. Bei Cohn-Bendit hört sich das so an: «Wenn wir in Zukunft unser Leben selber bestimmen wollen, dann brauchen wir eine europäische Souveränität.»

Was irgendwie impliziert, dass «wir» bis jetzt «unser» Leben nicht selber bestimmt haben und es «in Zukunft» noch weniger tun werden, wenn wir nicht eine «europäische Souveränität» erschaffen. Cohn-Bendit hat das Problem für sich selbst weitgehend gelöst. Er gehört dem EU-Parlament seit 1994 an. Nächstes Jahr will er aufhören und sich nach zwanzig Jahren «wieder einmal ein bisschen anders erfinden». Irgendwo zwischen der Elbe und der Normandie.

Das unheimliche Staatswachstum

Von Silvio Borner — Schuldenbremse und Steuerwettbewerb zum Trotz: Die Politik erfindet immer neue Wege, um private Initiative durch Staatstätigkeiten zu verdrängen.

Mit zwei groben Quoten misst man, wie sehr der Staat in die Wirtschaft eingreift. Die Staatsquote – erstens – gibt an, wie hoch der Anteil der öffentlichen Leistungen am BIP ist, also wie viel von der gesamtwirtschaftlichen Produktionsleistung durch die Hände der Politiker läuft. Im 19. Jahrhundert bewegte sich dieser Wert zwischen 10 und 15 Prozent und diente der Finanzierung minimalstaatlicher Aufgaben: Sicherheit und Ordnung. Inzwischen nähern wir uns in den westlichen Demokratien dem absolut kritischen Schwellenwert von 50 Prozent (Frankreich hat ihn bereits überschritten). Das bedeutet nichts anderes, als dass die Marktwirtschaft durch die Staatswirtschaft verdrängt worden ist.

Die zweite Quote misst die Höhe der aufgelaufenen Staatsschulden im Verhältnis zum BIP und sollte etwa im Euro-Land 60 Prozent nicht überschreiten. Aber auch hier nähern sich viele westliche Länder der 100-Prozent-Marke, und einige haben sie schon überschritten.

Bei beiden Messgrössen steht die Schweiz im internationalen Vergleich sehr gut da. Die Schuldenquote liegt mit etwa 45 Prozent am untersten Rand, Tendenz sinkend. Auch die offizielle Staatsquote ist mit 34,5 Prozent signifikant niedriger als in anderen Ländern, allerdings mit dem Schönheitsfehler, dass in der Schweiz die obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge nicht dem staatlichen Sektor zugerechnet werden. Tut man dies, löst sich das «schweizerische Steuerparadies» im guten (oder besser gesagt: schlechten) europäischen Durchschnitt auf.

Dass wir in Sachen Verschuldung besser dastehen, hat verschiedene Gründe, die in der direkten Demokratie und im Föderalismus wurzeln. So können Schweizer Stimmbürgerinnen über Steuerarten und -sätze an der Urne mitbestimmen, was sicher bremsend wirkt. Oder wirken sollte. Dies ist leider deshalb immer weniger der Fall, weil auf Bundesebene bereits eine knappe Mehrheit keine oder fast keine Einkommenssteuer mehr bezahlt.

Wirksamer ist da schon der kantonale Steuerwettbewerb vor allem für Unternehmen und Bezüger hoher Einkommen. Schliesslich hat kein anderes Land eine so grosse Gemeindeautonomie wie die Schweiz. Kantone und Gemeinden verfügen im Rahmen ihrer Steuerautonomie über sage und schreibe vierzig Pro-

zent des Steuersubstrats, was vor allem im europäischen Kontext einmalig ist. Dieser hohe Anteil an lokalen und kantonalen Einnahmen und Ausgaben hemmt die Umverteilung.

Suche nach Schlupflöchern

Und schliesslich haben wir beim Bund seit 2003 eine explizite Schuldenbremse, die vom Volk mit der überwältigenden Mehrheit von 73 Prozent angenommen worden ist. Leider lieben Politiker in der Regel solche institutionellen Bremsen oder Grenzen ihrer Handlungsfreiheit nicht. Sie suchen nach Schlupflöchern und Umgehungsmöglichkeiten. Sie bieten sich im Bereich der Sozialversicherung ganz besonders an, weil die Sozialwerke nicht im Bundeshaushalt konsolidiert sind, so dass dort Milliardenlöcher munter weiterwachsen.

Das sieht man in den lateinischen Kantonen, wo in den kantonalen Pensionskassen Deckungslücken von mehr als dreissig Prozent klaffen.

In Genf, Neuenburg und Jura sind es gar über vierzig Prozent. Auch der öffentliche Verkehr, insbesondere die SBB, erwirtschaftet nur noch knapp die Hälfte seiner Ausgaben und belastet die Staatskasse mit Pensionskassen-Defiziten in Milliardenhöhe.

Hinzu kommen Steuerabzüge für alles Mögliche und Unmögliches. Beliebte Investitionen in

Gebäudesanierungen oder Weiterbildung. Diese *tax expenditures* sind nicht nur weniger transparent, sondern verzerren die Struktur der privaten Ausgaben.

Last, but not least kann die Politik ihre Budget-Restriktion auch mit geeigneter Regulierung umgehen, indem sie beispielsweise das Energiesparen über den öffentlichen Haushalt subventioniert oder etwa Glühlampen oder Elektroheizungen verbietet. Letzteres belastet die Budgets der Haushalte oder Unternehmen, ist aber buchhalterisch staatsquotenneutral. Private Regulierungskosten sind daher im Vergleich zu Lenkungssteuern oder Subventionen besonders perfid, weil nicht klar wird, wie stark die steigenden Energiekosten markt- oder regulierungsbedingt sind. Die Profiteure von neuen Regulierungen haben im Vergleich zu den Proponenten von neuen Steuern leichtes Spiel, ihre Eingriffe als «gratis» oder gar wachstumsfördernd anzupreisen. So wächst der Staat, ohne dass dies in einer Statistik auftaucht.



NEIN zur Volksinitiative «GEGEN DIE ABZOCKEREI»

Nein zu mehr Staat und Kriminalisierung in der Wirtschaft

In der von Emotionen geleiteten Debatte um die Minder-Initiative geht die eigentliche Bedrohung fast vergessen. Die Initiative ist ein Angriff auf die wirtschaftliche Freiheit der Unternehmen und das Selbstbestimmungsrecht der Eigentümer. Neu soll der Staat sich auch in dieser Domäne mit Bürokratie und Strafrecht einnisten. Ein blauäugiges Eigengoal. *Von Filippo Leutenegger, Nationalrat FDP. Die Liberalen*



Löhne und Boni in Millionenhöhe auf Kosten der Aktionäre stören auch mich. Das Augenmass ist in einigen Teppichetagen leider verloren gegangen. Handlungsbedarf ist also durchaus gegeben. Entscheidend aber ist die Frage, wie die Selbstbedienungsmentalität einiger Spitzenmanager gestoppt werden kann. Lautet die Antwort «mehr Staats- und Richterkontrolle» oder doch besser «Stärkung der Aktionärsrechte»? Für beide Wege liegen nun Vorschläge auf dem Tisch. Einerseits die Volksinitiative von Thomas Minder, andererseits der Gegenvorschlag des Parlaments.

Überreglementierung und Bevormundung

Die Initianten wollen mittels 24 starren Verfassungsregeln neue Vorschriften einführen, die weit über die Vergütungsfragen hinausreichen. Wird die Minder-Initiative angenommen, wird unser freiheitliches Aktienrecht ersetzt durch das rigideste der Welt. Zahlreiche Forderungen zwingen den Eigentümern ganz starre Regeln auf, nach denen sie ihr Unternehmen zu führen haben, anstatt ihnen Wahlmöglichkeiten und damit mehr Einfluss zu geben. Die Umsetzung der Initiative führt zu einer enormen Bürokratie bei Pensionskassen, deren Kosten die Altersrenten mindert. Unverhältnismässige Strafnormen führen zu einer gefährlichen Kriminalisierung und werden internationale Konzerne aus der Schweiz vertreiben. Alles in allem: Die Volksinitiative führt zu einer Überreglementierung, beschneidet die Freiheit der Aktionäre und schwächt den Wirtschaftsstandort.

Wirksamer Gegenvorschlag

Anders der Gegenvorschlag, welcher im Parlament erarbeitet und von einer grossen Mehrheit angenommen wurde. Auch er bringt strenge Regeln. Doch diese Vorschriften stärken die Mitsprache der Aktionäre und

geben ihnen neue Instrumente in die Hand, um gezielt gegen ungerechtfertigte und über-rissene Entschädigungen des Managements vorzugehen. So sind beispielsweise Boni-Rückforderungen einfacher möglich. Die Verpflichtung zu einem Vergütungsreglement erhöht die Transparenz und ermöglicht den Aktionären bereits im Voraus Einfluss zu nehmen auf die Vergütungspolitik ihres Unternehmens. Damit sieht der Gegenvorschlag des Parlaments wirksamere Massnahmen gegen Selbstbedienung in den Unternehmen vor, ohne an den gefährlichen Schwächen der Initiative zu kranken.

«Der Staat hat sich darauf zu beschränken, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Eigentümer ihre Kontrollfunktion gegenüber dem Management ausführen können. Dieses Prinzip erfüllt nur der Gegenvorschlag.»

Nein zur Initiative = Ja zum Gegenvorschlag

Sieht man sich an, wohin die beiden Wege führen, ist das Fazit eindeutig: Die Initiative schiesst weit über das Ziel hinaus und schütet das Kind mit dem Bade aus. Sie führt zu mehr Staat, ohne das Problem der Managerlöhne zu lösen. Ein klassisches Eigengoal, das verhindert werden muss. Der Gegenvorschlag, der jedoch nur bei einem Nein zur Initiative in Kraft treten kann, ist streng, aber massgeschneidert und wirksamer. Darum bitte ich Sie, am 3. März 2013 ein Nein zur Initiative in die Urne zu legen, um so den Weg frei zu machen für den besseren Gegenvorschlag.

Stellen Sie Ihr Vermögen auf eine breitere Basis. UBS Strategy Funds.

Anlagen sind unser Handwerk seit 1862.

Mit UBS Strategy Funds bieten wir Ihnen die Möglichkeit, weltweit von unseren Markteinschätzungen und Empfehlungen zu profitieren. Die unterschiedlichen Varianten dieser professionell und effizient bewirtschafteten Anlagefonds ermöglichen attraktive Renditen, die in Einklang mit Ihrem persönlichen Risikoprofil stehen. Lassen Sie sich von unseren Anlagespezialisten individuell und fundiert beraten.

Jetzt informieren und investieren:
www.ubs.com/strategyfunds

Best Bank in
Switzerland



Wir werden nicht ruhen



Cameron flirtet mit dem «Brexit»

Von Hansrudolf Kamer — Der Pro-Europäer Cameron versucht die Tory-Euro-Skeptiker zu zähmen. Seine Referendumsstrategie birgt die Gefahr unbeabsichtigter Folgen.



Der britische Premierminister David Cameron ist nicht zu beneiden. Seit Mitte letzten Jahres versucht er, unter Druck seines rechten Parteiflügels und der Unabhängigkeitspartei (Ukip) einen gangbaren Weg für seine Politik gegenüber der Europäischen Union zu finden. In einer Grundsatzrede hat er eine neue Basis für das Verhältnis zur EU gefordert.

Cameron legt sich auf eine Strategie fest, die für ihn einige Risiken hat. Unter der Voraussetzung, dass er die nächsten Wahlen – spätestens 2015 – als Premierminister übersteht, will er die Bedingungen für die britische EU-Mitgliedschaft neu aushandeln. Das Resultat soll den Briten in einer Volksabstimmung unterbreitet werden, vielleicht im 2018. Cameron will für die Ja-Seite auf die Barrikaden steigen.

Dieses Vorgehen hat einige Haken. Gegenstand des Referendums ist nicht ein Ja oder Nein zum Verbleib in der Union. Es geht vielmehr um die dann neu ausgehandelten Bedingungen der Mitgliedschaft, für die Cameron kämpfen will, bevor er weiss, was diese sind.

Was geschieht bei einem Nein? Bleibt dann alles beim Alten? Aus Downing Street kam der Hinweis, dass das ganz klar der Anfang vom Abschied wäre. Cameron muss das behaupten. Denn nur so kann er Druck aufsetzen, dass überhaupt ein Deal mit den EU-Partnern zustande kommt.

Immerhin werden alle 27 übrigen Mitgliedstaaten – Kroatien soll im Sommer aufgenommen werden – ein Wörtchen mitzureden haben. Auch die genaue Verhandlungsmaterie müsste vereinbart werden – hier würde es nicht nur auf die britischen Wünsche ankommen.

Schliesslich müsste Cameron eine absolute Mehrheit im Unterhaus gewinnen. Das letzte Mal reichte es nur zu einer relativen, obwohl Labour abgewirtschaftet hatte. Und wie kann Cameron diese Wahlen gewinnen, wenn er für eine Fortführung der EU-Mitgliedschaft argumentieren will? Ein Grossteil seiner eigenen Partei und des Kabinetts könnte ihm die Gefolgschaft verweigern.

Einige Tory äussern die Meinung, dass die nächsten Wahlen bereits verloren sind: keine Fortschritte im Norden und bei den Minder-

heiten; das Wahlsystem begünstigt Labour; die Wirtschaft bleibt moribund. Jüngste Umfragen zeigen allerdings leichte konservative Gewinne, und Cameron persönlich ist populärer als seine Partei.

Erinnerungen an Heinrich VIII.

Bis zu den Wahlen wird noch viel Wasser die Themse hinunterfliessen. Cameron hat an sich gute sachliche Argumente für seinen Kurs. Er richtet die Scheinwerfer auf die bekannten drei kritischen Problemkreise der EU: die unbewältigte Schuldenkrise, die sinkende Wettbewerbsfähigkeit und die abnehmende öffentliche Zustimmung. Das sind alles Ansatzpunkte für Forderungen nach Reformen, die auch von Nichtbriten erhoben werden.

Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist zwar für Britannien «im globalen Rennen» wichtig, wie Cameron immer wieder betont, doch der Preis dafür sei zu hoch. Auch versuche Brüssel immer wieder, London als Finanzzentrum auszuhebeln. Ausserdem wird die schleichend expandierende EU-Kontrolle über den Arbeitsmarkt bemängelt. Das ist nicht nur Tory-Gedankengut, sondern auch in der Labour-Partei sind viele mit dem Status quo unzufrieden.

Nigel Farage, der Chef der Ukip, hielt fest, die Konservativen würden nun eine fünf Jahre dauernde Kampagne lancieren, mit dem Ziel,

Grossbritannien in der EU zu halten – ähnlich wie die Labour-Regierung von Harold Wilson 1975, der mit Brüssel eine einzige Scheinkonzession pro forma aushandelte und damit die Volksabstimmung über den Verbleib in der Gemeinschaft gewann.

Cameron, seine wichtigsten Berater und Minister im Kabinett sind für ein Ausharren in der EU. Sie sind allerdings keine Überzeugungseuropäer. Der Schatzkanzler George Osborne ist pragmatisch der Ansicht, die Tory könnten eine Volksabstimmung über einen Austritt nie gewinnen. Sie müssten gegen zu mächtige Wirtschaftsinteressen antreten.

Die Tory-Euro-Skeptiker sind sich uneinig. Ihnen fehlt die überzeugende Führerfigur. Der Londoner Bürgermeister Boris Johnson liebäugelte damit, liess die heisse Kartoffel aber fallen, als die City ihm klarmachte, dass sie von einem «Brexit» gar nichts hält.

Cameron hofft auf deutsche Hilfe. Die meisten Kontinentaleuropäer möchten, dass die Briten bei der Stange bleiben – als Gegengewicht zu Frankreich oder Deutschland und auch Brüssel. Eine gute Dosis Skepsis und Unabhängigkeit innerhalb der EU sei für das allgemeine Gleichgewicht und das Gemeinschaftswohl unabdingbar.

Das könnte auch schiefgehen. Kann sich die EU nicht einigen – sie hat bis 2018 einiges auf der Traktandenliste –, bleibt sie hart und bietet sie den Briten nichts an, dann wird ein Austrittsreferendum wahrscheinlicher.

Der *Spectator* erinnert an Heinrich VIII., der eigentlich nicht mit Rom brechen wollte, sondern glaubte, die katholische Kirche werde seine Sonderwünsche akzeptieren. Er täuschte sich. Mit den Folgen ringen seine Nachfolger heute noch.



Hoffen auf Deutschland: britischer Premier Cameron.

Mörgeli

Einmal so, einmal anders

Von Christoph Mörgeli

Die Schweiz will jetzt auf Weltniveau militärischen – als Mitglied des Uno-Sicherheitsrates. Dies fordert der Bundesrat. Dies unterstützt die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates. Ob die Eidgenossen dies auch wollen, ist völlig wurscht. Der Bundesrat setzt sich souverän über den Souverän hinweg. Ein bisschen mitbomben in Mali. Ein bisschen Terror ins Land holen. Das Volk hat nichts zu sagen, wenn's um den Beitritt in ein Gremium geht, das weltweit über Krieg und Frieden entscheidet. Mitbestimmen dürfen die Bürger dann wieder über die Aufhebung der Verbilligung von inländischem Brotgetreide aus Zolleinnahmen.

Eine Schweizer Kandidatur im Uno-Sicherheitsrat ist frühestens 2023 möglich. Doch es gilt, frühzeitig Stimmen zu schachern im Basar des Glaspalasts am Hudson River. Schon geht's ans diplomatische Schmieren und Salben. Noch ist Dschibuti nicht geködert. Noch ist Kiribati nicht bestochen. Noch ist Tuvalu nicht gekauft. Der angeblich neutrale Kleinstaat betreibt Grossmachtpolitik. Überforderung global. Überschätzung total.

Statt im Uno-Chor der Vetomächte unterzugehen, müsste die Schweiz dort mitbestimmen, wo sie selber eine Vetomacht ist. Statt in New York gruppenzwanghaft den Einsatz von Luft-, Boden- und Hungerwaffen abzunicken, sollte sie endlich in Paris ihre Stimme erheben. Wir sind Gründungsmitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die OECD ist der Demokratie und der Marktwirtschaft verpflichtet. Die Schweiz hat in diesem Verbund von hochentwickelten Staaten ein Vetorecht. Besser gesagt: Die Schweiz hätte ein Vetorecht.

Am 3. März 2012 erklärte Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf, die OECD verlange von allen Mitgliedern die Zulässigkeit von Gruppenanfragen im Bankenbereich. Warum gab es bei diesem Bruch unseres Bankgeheimnisses kein Schweizer Veto? Die Finanzministerin wörtlich: «Stellen Sie sich einmal vor, wir würden gegenüber den 33 Staaten das Veto einlegen und ein Inkrafttreten verunmöglichen – ich denke nicht, dass das für die Unternehmen in unserem Land eine gute Situation wäre.» Leise Kapitulation vor der OECD, wo wir das Erfolgsrezept der finanziellen Privatsphäre verteidigen müssten. Dafür lauter Angriff auf einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat, wo wir das Erfolgsrezept der Neutralität preisgeben.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Matt, matter und Matter

Von Peter Bodenmann — Nach der Blamage in den USA lanciert Bankier Thomas Matter eine Volksinitiative als Ablenkungsmanöver.



Versteckter Notvorrat: Bankier Matter.

Wir sind in der Kurve. Die Schweizer Privatbankiers sind nicht mehr gegen den automatischen Informationsaustausch. Sie wollen neu nur mehr den mehr oder minder freien Zugang zu den europäischen Finanzmärkten als Gegenleistung.

Das Schweizer Fernsehen müsste zu dieser Beerdigung eine ganze Nacht lang Passagen jener Politiker und Banker senden, die das Steuerhinterzieher-Geheimnis bis zum Letzten verteidigen wollten. Und den Amerikanern prophezeiten, sie würden sich an diesem die Zähne ausbeissen.

Wie zu fetter Raclette-Käse

Die Foreign Account Tax Compliance Act (Fatca) ist das Marignano der Schweizer Steuerhinterzieher-Banker und -Politiker. Leider wird der Wechs Fernsehen matt und matter – und sendet lieber «Swiss Award». Derweil steht der FDP, der CVP und der GPS ein Intelligenztest ins Haus. Denn der andere Matter, der SVP-Bankier Thomas Matter, will eine Initiative starten, um das Steuerhinterzieher-Geheimnis wenigstens für Schweizer zu retten.

Seine Ziele: erstens von der Blamage in den USA ablenken. Und zweitens Schweizer Finanzdirektoren wie den aufrechten freisinnigen Solothurner Christian Wanner in die Enge treiben. Denn dieser fordert für die Schweizer Steuerbehörden gleich lange Spiesse wie für

die amerikanischen Kollegen. Anders wird es in einer international verwobenen Welt auch nicht gehen. Die UBS hat das bereits begriffen.

Millionen von Schweizern haben irgendwo ein nicht versteuertes Sparbuch. Die meisten von ihnen würden finanziell besser fahren, wenn sie es deklarierten. Denn die Verrechnungssteuer und zu wenig motivierte Banker lassen die sonst schon mageren Erträge schmelzen wie zu fetten Raclette-Käse.

Das nicht versteuerte Sparbuch ist so etwas wie ein vor dem Staat versteckter Notvorrat. In diese Lücke zielt die Initiative der SVP für den Privatsphärenpark Schweiz. Jeder weiss es, niemand sagt es.

Politik ist Blitzkrieg, ist Antizipation zwecks Paralyse des politischen Gegners. FDP, CVP und GPS müssten die so oder so anstehende, schrittweise Aufhebung des Steuerhinterzieher-Geheimnisses für Schweizer mit einer breiten Steueramnestie für ihre Klientel verbinden. Und mit dem nachweislichen Mehrertrag den ökologischen Umbau über KEV-Beiträge für Private finanzieren. Damit die Strompreise für Private und Unternehmen nicht steigen. Das Vorbild: die Schwerverkehrsabgabe für Lastwagen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Intellektuelle Zeitenwende

Von Kurt W. Zimmermann — Alle schauen das «Dschungelcamp» auf RTL. *Conditio humana* gegen Prädestinationslehre.

Am dritten Tag watete Fiona durch die Dschungeltümpel. Da sprangen ihre Brustwarzen kurz aus dem Bikini. Ja, dafür sind die Zoomobjektive erfunden worden.

Am siebten Tag sass Klaus auf dem Klo. Da wurde sein Enddarm von krachenden Blähgeräuschen heimgesucht. Ja, dafür sind die Richtmikrofone erfunden worden.

So geht es zu im RTL-«Dschungelcamp».

Wir wissen, wie es da zugeht, auch wenn wir mal nicht eingeschaltet haben. «Wie war der Tag? Das Wichtigste aus dem Camp», heisst die Rubrik. Täglich erfahren wir mit Text und Bild, was die Bewohner des «Dschungelcamps» treiben, wie sie Kakerlaken verspeisen und wie es um ihr Sexleben steht.

Wir erfahren es von *Spiegel* online. Wir erfahren es unter der Rubrik «Kultur».

Das derzeitige RTL-Camp («Ich bin ein Star, holt mich hier raus») markiert so etwas wie eine Kulturwende. Das ist ein grosses Wort. Für einmal aber scheint dieses Wort zuzutreffen. Was man früher Trash nannte, ist in den Höhen des Feuilletons angekommen.

Das Feuilleton redet nicht mehr von Trash. Es schreibt von einer «Parabel auf die *Conditio humana*» und erklärt, was die Dschungel-Show mit Samuel Beckett («Endspiel») zu schaffen habe. So stand es in der *Welt am Sonntag*.

Sehr schön überhöhte auch die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* die Show. Dass die Dschungelakteure allerlei unerwartete Aufgaben meistern, beschrieb sie als «Bruch mit der herrschenden Prädestinationslehre der Gesellschaft». Selbst die *NZZ* zollte der Sendung Tribut, als die cineastische Alt-Ikone Helmut Berger im Busch auftauchte.

Wenn das Feuilleton ins Lager eines aberwitzigen TV-Formates überläuft, dann muss etwas passiert sein. «Einst als Unterschichtenformat gebrandmarkt, ist das «Dschungelcamp» in der Mitte der Gesellschaft angekommen», resümierte die *Süddeutsche Zeitung*.

Was ist passiert? Die Intellektuellen haben die Geduld verloren. Jahrelang war die gehobene Geisteslicht der verlässlichste Verbündete der öffentlich-rechtlichen Kanäle. Das ist vorbei.

«TV wurde nicht für Idioten erschaffen – es erzeugt sie.» Das ist, von 1985, der Kernsatz aus Neil Postmans Buch «Wir amüsieren uns zu Tode». Es eröffnete den Kampf gegen das private Fernsehen. Der Satz wurde zum Credo aller elitären Zivilisationskritiker.

Dummerweise schlossen sich auch die öffentlich-rechtlichen Sender der intellektuel-



Allelei Unerwartetes: Patrick Nuo, Iris Klein.

len Abwehrhaltung an. Auch sie igelten sich gegen die neuen Formate des Reality-TV ein. Ihre Polemik reichte von Volksverdummung bis Ekelfernsehen. Durch ihren blinden Widerstand verloren sie vollständig die Innovationskraft in der TV-Unterhaltung.

Seit fünfzehn Jahren gibt es kein Unterhaltungsformat mehr, das von öffentlich-rechtlichen Sendern erfunden worden wäre. Die Privaten haben seitdem das Monopol bei der Kreativität. Sie schufen reihenweise abenteuerliche und amüsante Formate wie Überlebens-, Model-, Casting- und Kuppel-Shows.

Ganz selten übernahmen die Staatssender die Ideen der Privaten. Das Schweizer Fernsehen etwa kopierte die Casting-Show «Musicstar». Der Erfolg war enorm. Das Schweizer Fernsehen erschrak dermassen über den eigenen Erfolg, dass die Sendung 2009 wieder eingestellt wurde.

Inzwischen schlafen bei den Altersheimangeboten von ARD, ZDF und SRF selbst einem intellektuellen Kulturpessimisten Hirn und Füsse ein. Es ist einfach nicht lustig. ARD, ZDF und SRF erleben darum die Zeitenwende, dass sogar die Elite der Gesellschaft zum fröhlichen und ironischen Klassenfeind überläuft.

Fragen Sie sich selbst: Wann haben Sie sich beim Schweizer Fernsehen zuletzt richtig amüsiert?

Das letzte Tabu

Von Beatrice Schlag — Was immer noch nicht sein darf. Schwule Fussballer? Organspenden?

Die Suche nach dem letzten Tabu ist ein beliebter Journalistensport. Man möchte doch wissen, was auf einer Welt noch verboten sein soll, in der alles ausgesprochen oder im Internet ausgebreitet wird.



Wenn man «das letzte Tabu» googelt, hagelt es «Homosexualität in der Bundesliga», «Kritik an Israel», «Inzest», «Kunst zum Thema 9/11», «Hämorrhoiden», «Organspenden». Schon ab Seite drei wird es langweilig.

Glaubt jemand im Ernst, ein Spiel mit Lionel Messi habe weniger Zuschauer, wenn er sich morgen als schwul outete? Ich habe keine Ahnung von Messis sexueller Orientierung, und in der Bundesliga spielt er auch nicht. Aber gegen das Vergnügen, ihm zuzusehen, hat der Gedanke, mit wem er wohl im Bett liegt, keine Chance. Natürlich würde man künftig «der schwule Messi» sagen. Aber auch die Engstirnigsten wären empört, wenn er nicht mehr spielen dürfte, weil er sexuell nicht an Frauen interessiert ist. Kein Tabu, nur eine Frage der Zeit, wann der erste bewunderte Fussballer sich outet, ohne dass sich jemand aufregt.

Aber unsere Leben sind tatsächlich voller Tabus der kleineren Art. Man darf der mager-süchtigen Freundin nicht sagen, dass sie aussieht wie ein Gespenst. Sie hat es deutlich gesagt, sie wolle darüber nicht reden. Lohn ist ein absurdes Tabu. Welche Kollegen oder Familienangehörigen wagt man zu fragen, was sie verdienen? Wer getraut sich, dem Ehemann, der immer dicker wird, zu sagen, dass er immer unanziehender wird? Wer sagt der Gotte, dass man froh wäre, wenn sie an Ostern nicht vorbeikomme, weil sie über nichts als Krankheiten reden wolle? Wer macht den Vater auf seinen Mundgeruch aufmerksam? Wer wagt, auch nur ein Wort über die Kindererziehung von Freundinnen und Freunden zu verlieren, obwohl man den verzogenen Nachwuchs schwer erträglich findet?

Diese kleinen, aber spürbaren Reissnägel in der Seele sind die letzten Tabus. Als Stoff für Journalisten sind Israel oder Inzest weit aufsehenerregender. Aber die realen Alltagstabus sind viel spannender. Denn bei ihnen weiss man nicht, ob es immer schon gut war und weiterhin ein Segen ist, dass es sie gibt.

«Klaus Schwab hat den Friedensnobelpreis verdient.»

René Martin



WEF-Gründer Klaus Schwab.

Dringende Abstimmung

Nr. 3 – «Der Kunde ist König»; Interview mit UBS-Verwaltungsratspräsident Axel Weber

Wenn UBS-Chef Axel Weber bezüglich der neuen Orientierung der UBS im Jahre 2013 noch besonders hervorheben muss, er sehe eine «erfolgreiche UBS, die sich auf ihre Kunden konzentrierte: Privatkunden, Unternehmenskunden, Kunden im Retail-Bereich», fragt man sich schon, worauf sich die UBS bisher konzentrierte. Die Antwort kann ja wohl nur sein: auf die Maximierung der eigenen Boni und Vergütungen. Die UBS als Dienstleistungsunternehmung für Bevölkerung und Wirtschaft zu sehen, war offensichtlich nicht wichtig gewesen. Die Abstimmung über die «Abzocker»-Initiative ist daher dringend notwendig und hätte schon vor Jahren stattfinden sollen.

Walter Lüthi, Münsingen

Walter Lüthi, Münsingen

World Economic Forum

Nr. 3 – «Ein Schatz, wertvoll für Europa»; Interview mit WEF-Gründer Klaus Schwab

Klaus Schwab hat den Friedensnobelpreis verdient.

René Martin, Gossau

Bitte nicht klagen

Nr. 3 – «Mehr Herz»; Interview mit Journalistin Arianna Huffington

Männer bezahlen seit Jahrhunderten einen hohen Preis für beruflichen Erfolg, damit sie der Frau ihres Herzens ein gutes Leben bieten und mit ihr eine Familie gründen können. Männer haben das ertragen, sie wurden dazu erzogen. Warum soll das für Frauen anders sein? Wenn sie Männerrollen annehmen wollen, dürfen sie sich darüber nicht beklagen.

Andreas Kurt Richter, Bad Ragaz

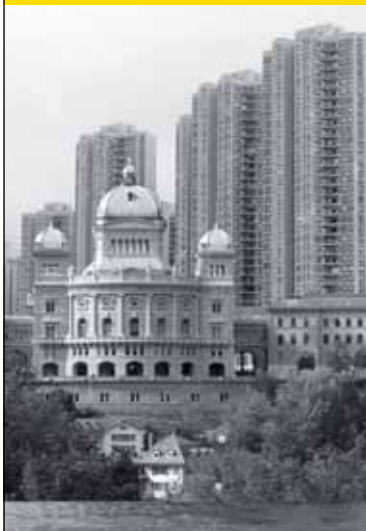
100 km/h ausserorts?

Nr. 3 – «Sie steigen in eine Tatwaffe»; Kommentar von Philipp Gut

Mit den Ausführungen des Autors bin ich voll einverstanden. Ich frage mich nur allen Ernstes, wie lange wir uns noch das Drangsalieren durch die links-grüne Politikerkaste gefallen lassen. Als bewaffneter Bankräuber werde ich unter Umständen milder bestraft, als wenn ich mit Tempo 200 auf einer leeren Autobahn erwischt werde. Willkommen in Absurdistan! Glücklicherweise halten sich auch Politiker und Behörden noch an das Sprichwort: «Die Kuh, die man melken will, schlachtet man nicht», sonst müssten wir mit grösster Wahr-

Riesiges Durcheinander bei der Revision des Raumplanungsgesetzes:

Nicht einmal die Bundesverwaltung weiss Bescheid!



Mit der RPG-Revision darf nur noch Bauland für den theoretischen Bedarf von 15 Jahren eingezont werden. Der Bund will Gemeinden und Kantone zwingen, gewisse Grundstücke wieder auszuzonen. Die künstliche Bauland-Verknappung heizt die Bodenpreise an und treibt die Mieten in die Höhe. Verlierer sind Gewerbe, Familien und Mittelstand.

Wie gross der Bauland-Bedarf für 15 Jahre ist, weiss niemand. Die Verwaltung will partout keine Zahlen nennen. Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) distanziert sich sogar von einer entsprechenden Studie, welche es vor ein paar Jahren selber in Auftrag gegeben hat! Das Chaos ist perfekt: Wir stimmen über ein neues Gesetz ab, und nicht einmal die Bundesverwaltung weiss, was nun gilt! Darauf gibt es nur eine Antwort: Nein zu diesem Durcheinander aus Bundesbern.

Überparteiliches Komitee «Nein zur missratenen RPG-Revision»
Postfach 8166, 3001 Bern

www.rpg-revision-nein.ch

Darum am 3. März
RPG-Revision
NEIN

scheinlichkeit in wenigen Jahren auf Drängen der erwähnten Weltverbesserer mit der Einführung der Todesstrafe für Verkehrssünder rechnen – und wieder würde sich niemand dagegen zur Wehr setzen!

Reinhard Müller, Bronschhofen

Sorgen bereiten sollte einem die Tatsache, dass auch ein sogenannt unbescholtener Familienvater (welcher vielleicht noch nie erwischt wurde), der mal kurz auf 100 km/h beschleunigt, schlicht und einfach zu schnell ist! Und sollte er auf einer einsamen Autobahn mit überhöhter Geschwindigkeit verunfallen, bezahlt das Aufräumen noch immer der Steuerzahler. Reklamieren Sie dann ungerechtfertigte Steuersätze, die angepasst werden, vielleicht wegen Rasern? Woher die Raser kommen, sollte nicht interessieren. Sondern vielmehr, dass sie nicht mehr kommen. Ich bin höchst erstaunt über diese Berichterstattung und die doch etwas befremdende Argumentation.

Claude Lachat, Lauwil

Letzte Woche ist bekanntgeworden, dass drei Autos der gleichen Person beschlagnahmt wurden. Wenn nun das Auto eines Familienmitglieds beschlagnahmt wird, werden dann auch seine anderen Fahrzeuge wie zum Beispiel ein Camper oder Zweitwagen konfisziert? Das wäre dann amtlicher Diebstahl. Muss jetzt ein Auto- oder Motorradfahrer, der eine Sicherheitslinie überfährt, um – bei guter Übersicht – einen Traktor oder ein Pferdewerk zu überholen, ins Gefängnis? Ich verstehe nicht, warum über diese Änderungen nicht diskutiert wurde. Wenn man bei anderen Straftaten nach gleichem Muster urteilen würde – wer würde wohl am lautesten aufschreien? Immer schneller wird die Schweiz zum «Strafstaat» (Rauchergesetz, Hundegesetz und immer mehr staatliche Verordnungen in allen Bereichen). Ordnungsbussen und Raserbussen werden jetzt deswegen auch massiv erhöht (teilweise um das Zehnfache). Sogar als Pessimist hätte ich so was vor zwanzig Jahren niemals für möglich gehalten.

René Audergon, Sonvilier

Der Autor findet den Raser-Artikel zu streng. Er führt als Beispiel den unbescholtenen Familienvater an, der nach der 50er-Zone rasch den Gashahn am Motorrad aufdreht und auf 100 km/h beschleunigt. Was soll das? Wo mündet eine 50er-Zone in eine Autobahneinfahrt? Nur dort darf mehr als 80 gefahren werden. Schon sich die Freiheit nehmen, ausserorts mehr als die signalisierten 80 km/h zu fahren, ist schlecht. Solcher Ungehorsam gegenüber dem Gesetz führt dann zu Initiativen wie derjenigen über «Raser». Viele interpretieren die Gesetze nach eigenem Gutdünken. Wenn ich auch da und dort den Eindruck habe, es

handle sich um eine Schikane, so halte ich mich doch an die Signalisation, aus irgendeinem Grund ist das doch so signalisiert worden.

Martin Fäh-Christen, Zeglingen

Kosten haben sich fast verdoppelt

Nr. 3 – «Von der Atom-Doris zur Gas-Doris»;
Kolumne von Peter Bodenmann

Der Autor spricht im Zusammenhang mit Solarstrom von fallenden Preisen. Tatsache ist, wie die ZDF-Reportage «Wenn das Licht ausgeht» vom 4. November 2012 zeigte, dass sich in Deutschland die Stromkosten für den Verbraucher seit dem Jahr 2000 nahezu verdoppelt haben und immer mehr Hartz-IV-Empfängern der Strom abgedreht wird, weil sie die Stromrechnung schlicht nicht mehr bezahlen können.

Urs Wyder, Basel

Ratlos

Nr. 3 – «Gernegross mit Geldnot»;
Urs Paul Engeler über Bruno Zuppiger

Der Fall Zuppiger lässt mich ratlos. Ich kann zwar durchaus akzeptieren, dass Menschen unterschiedliche ethische Standards pflegen und sogar bewusst riskieren, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Was ich aber in Fällen wie dem vorliegenden gar nicht verstehe: Wie kann ein notorischer Schwindler auf die Idee kommen, sich grad auch noch als Bundesratskandidat nominieren zu lassen? Obwohl doch jedem normalen Menschen klar ist, dass Schlaumeiereien und Vertuschungsversuche irgendwelcher Art im heutigen Zeitalter der absoluten Transparenz niemals mehr unter dem Deckel gehalten werden können. Ist es grosses und blindmachendes Geltungsbedürfnis, reine Geldgier oder schlicht unverzeihliche Dummheit? Ich bin wirklich ratlos.

Kurt Gschwind, Lupsingen

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man gleichzeitig an Gott und an ausserirdisches Leben glauben?

Daniel Geiser, Bern

Hey, spitze Idee! Wenn man sich schon das Mobile-Abo und den Kaffee je nach Bedürfnis und Geschmack zusammenstellen kann, warum dann nicht jedem seinen individuellen Becher voll Glauben *to go*? Das ist zeitgemäss. Das ist hip. Das könnte was werden. Und Sie könnten es iBelieve nennen und ein Start-up gründen, aber wahrscheinlich wird es ein paar rechtliche Probleme geben. Doch Sie haben einen klaren Standortvorteil: Denn Gott sei Dank darf man hierzulande glauben, woran man will; an Überirdisches, an Ausserirdisches, an Unterirdisches, an die Erlösung durch den grossen grünen Pudel, an alles gleichzeitig – solange Sie niemandem damit schaden und es Sie glücklich macht: Glauben Sie doch, was Sie wollen. *Dominique Feusi*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Privat heisst privat

Thomas Minders «Abzocker»-Initiative zielt auf die Gehälter einiger weniger Manager, die als Ganoven verteufelt werden. Was aber gehen uns deren Löhne eigentlich an? Und wie kann man Missstände wirklich verhindern? Von Christian Mundt



Wem gehört die Firma? Rede eines Aktionärs an der Generalversammlung der Credit Suisse, 2012 in Zürich.

Selbstbedienungsläden seien sie, die grossen börsenkotierten Konzerne. Manager, CEOs und Verwaltungsräte würden sich gegenseitig Löhne und Boni in Millionenhöhe zuschanzen, heisst es. Sie garnierten ab, was es zu holen gibt, wird ihnen vorgeworfen. Ohne schlechtes Gewissen würden sie auf Kosten von Arbeitern, Angestellten, Aktionären kassieren.

Wer den Kämpfern für die «Abzocker»-Initiative zuhört, muss den Eindruck bekommen, dass sich alle Räuber und Gauner dieser Welt in der Schweiz zusammengefunden haben, um unsere traditionsreichen Firmen zu plündern und diese um Wohlstand und Reichtum zu bringen. Es scheint, als seien sie nur gekommen, um die vollen Kassen unserer Unternehmen zu leeren.

Nicht zuletzt der Initiator dieser mit populistischem Namen gekrönten Volksinitiative «gegen die Abzockerei», der Schaffhauser

Ständerat Thomas Minder (parteilos), sorgt mit seinen Auftritten und Äusserungen dafür, dass die Emotionen hochgehen – die Sachlichkeit bleibt dabei aber allzu oft auf der Strecke.

In einem offenen System mit einem freien Markt, wie wir es in der Schweiz – wenn auch mit zunehmenden Einschränkungen – haben, ist die Vergütung grundsätzlich Verhandlungssache. Der Arbeitgeber und der künftige Arbeitnehmer sitzen gemeinsam am Tisch und verhandeln darüber, wie viel der Arbeitgeber bereit ist, zu bezahlen, respektive wie viel der Arbeitnehmer mindestens haben will, damit er die Stelle antritt. Je nach Branche und Arbeit geschieht dies mitunter aufgrund von im Voraus definierten Schemen – beispielsweise beim Staat oder bei partnerschaftlich festgelegten Gesamtarbeitsverträgen.

Eigentlich spielt es aber überhaupt keine Rolle, wie das Salär ausgehandelt wird. Ent-

scheidend ist einzig und alleine, dass es auf einer freiwilligen Basis geschieht. Es darf niemand zur Unterzeichnung des Arbeitsvertrags gezwungen werden.

Natürlich stehen die meisten Personen unter Druck, eine Arbeitsstelle zu finden und zu arbeiten. Sie stehen unter Druck, Geld zu verdienen, um Ende Monat ihre Rechnungen bezahlen zu können. Aber genauso steht jeder Arbeitgeber unter Druck, Menschen zu finden, die für ihn arbeiten, die seine Kunden betreuen, die Maschinen bedienen, kurz, die Arbeit erledigen. Der Vorteil eines freien Systems ist aber, dass niemand gezwungen wird, exakt diese Stelle anzutreten und nicht eine andere – ebenso wenig, wie das Unternehmen unter Zwang steht, genau diese Person anzustellen und niemand anders.

Dies, und nur dies, ist der entscheidende Punkt in der ganzen Debatte um die Gehälter

der Wirtschaftselite. Der Arbeitsvertrag ist ein privatrechtlicher Vertrag. Und darum – wie es der Name bereits sagt – privat. Die Vergütung ist eine Einigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die beide frei von jedem Zwang treffen. Und weil es frei von Zwang geschieht, geht es auch niemanden – ausser die beiden – etwas an: so, wie es meinen Nachbarn nichts angeht, wie viel ich meinem Gärtner bezahle. Ob es 100 oder 200 Franken pro Stunde sind, hat meinen Nachbarn nicht zu interessieren. Ich darf meinem Gärtner auch 300 Franken für jede Stunde, die er in meinem Garten arbeitet, geben oder auch nur 50. Der Lohn meines Gärtners ist meine Privatsache.

Dabei spielt es auch keine Rolle, was ein anderer Gärtner verlangen würde. Wenn ich der Meinung bin, die Arbeit meines Gärtners ist mir die 300 Franken wert, dann kann, darf und soll ich ihm 300 Franken bezahlen. Schliesslich ist es mein Geld. Und glücklicherweise kann ich dieses geben, wem ich will. Das muss in einem freien System möglich sein, ohne dass ich irgendjemandem Rechenschaft darüber schuldig bin.

Manager, die ihren Lohn «wert» waren

Nicht anders ist die Situation bei den börsenkotierten Unternehmen, die ins Visier von Thomas Minder geraten sind. Ganz egal, ob Putzfrau, Fliessbandarbeiter oder eben CEO oder Verwaltungsrat: Sie alle haben mit dem Unternehmen über ihren Lohn verhandelt. Und das Unternehmen überlegte sich, ob die jeweils geleistete Arbeit im Minimum so viel bringt, wie sie die Person inklusive aller Zusatz- und Sozialleistungen kostet. Wenn dem so ist, wird die Person angestellt, ansonsten nicht.

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre wissen wir heute, dass es durchaus Manager gibt, die ihren Lohn im zweistelligen Millionenbereich «wert» waren, weil sie Gewinn und Unternehmenswert massiv gesteigert haben. Bei anderen war dies nicht der Fall – dass sie trotzdem teilweise mit siebenstelligen Summen entlohnt wurden, widerspricht wohl dem Gerechtigkeitssinn. Das gibt einem Aussenstehenden allerdings noch lange nicht das Recht, sich in die Gehaltsdiskussion einzumischen. Und schon gar nicht jenes, neue Vorschriften und Gesetze zu erlassen. Denn ausser einem allfälligen Neidproblem hat der Aussenstehende keine Konsequenzen aus den «überrienen» Lohnzahlungen zu befürchten.

So wie ich selber die Verantwortung dafür trage, ob und zu welchen Konditionen ich meinen Gärtner anstelle, so tragen auch die Eigentümer der Firmen – und nur sie – die Verantwortung dafür, wie hoch sie die Arbeit ihrer Manager vergüten wollen. Denn es ist das Geld der Firmeninhaber, bei börsenkotierten Unternehmen also der Aktionäre. Mit diesem sollen sie machen können und bezahlen, wen und wie hoch sie wollen. Letztlich hatten

Manager

Die Topverdiener der Schweiz

Von der Minder-Initiative sind gemäss den aktuellsten Zahlen (2011) 39 Firmenchefs direkt betroffen.



Joseph Jimenez
CEO Novartis
15,93 Mio. Fr.



Daniel Vasella
VR-Präsident Novartis
13,07 Mio. Fr.



Severin Schwan
CEO Roche
13,00 Mio. Fr.



Paul Bulcke
CEO Nestlé
11,58 Mio. Fr.



Ernst Tanner
Präs./CEO Lindt & Sprüngli
10,31 Mio. Fr.



Franz Humer
VR-Präsident Roche
9,55 Mio. Fr.



Joe Hogan
CEO ABB
9,37 Mio. Fr.



Peter Brabeck
VR-Präsident Nestlé
8,91 Mio. Fr.



Josef Ackermann
VR-Vizepräsident Zurich
8,58 Mio. Fr.



Robert S. Shafir
CEO Asset Management CS
8,50 Mio. Fr.



Michael Mack
CEO Syngenta
8,48 Mio. Fr.



Martin Senn
CEO Zurich Financial Services
7,90 Mio. Fr.



Richard Lepeu
Deputy CEO Richemont
7,10 Mio. Fr.



Peter Voser
CEO Shell
6,63 Mio. Fr.



Alfred Schindler
VR-Präsident Schindler
6,56 Mio. Fr.



Jürgen Steinemann
CEO Barry Callebaut
6,36 Mio. Fr.



Nick Hayek
CEO Swatch Group
6,36 Mio. Fr.



Sergio Ermotti
CEO UBS
6,35 Mio. Fr.



Patrick De Maeseneire
CEO Adecco
6,17 Mio. Fr.



Lawrence Howell
CEO EFG
6,09 Mio. Fr.



Brady Dougan
CEO Credit Suisse
5,82 Mio. Fr.



Boris Collardi
CEO Julius Bär
5,67 Mio. Fr.



Markus Akermann
CEO Holcim
5,65 Mio. Fr.



Stefan Lippe
CEO Swiss Re
5,36 Mio. Fr.



Hariolf Kottmann
CEO Clariant
5,20 Mio. Fr.



Walter Kielholz
VR-Präsident Swiss Re
5,15 Mio. Fr.



Johann Rupert
Präsident/CEO Richemont
4,81 Mio. Fr.



Jean-Paul Clozel
VR-Präs. Swatch Group
4,53 Mio. Fr.



Urs Rohner
VR-Präsident Credit Suisse
4,33 Mio. Fr.



Herbert J. Scheidt
VR-Präsident Vortobel
4,28 Mio. Fr.



Bruno Pfister
VR-Swiss Life
4,16 Mio. Fr.



Rolf Dörig
VR-Präsident Adecco
3,92 Mio. Fr.



Nayla Hayek
VR-Präs. Swatch Group
3,89 Mio. Fr.



Jürgen Tinggren
CEO Schindler
3,76 Mio. Fr.



Stefan Borgas
CEO Lonza
3,23 Mio. Fr.



Raymond Bär
VR-Präsident Julius Bär
2,60 Mio. Fr.



Martin Strobel
CEO Baloise
2,52 Mio. Fr.



Oswald Grübel
CEO UBS
2,23 Mio. Fr.



Martin Taylor
VR-Präsident Syngenta
2,00 Mio. Fr.

Alles für weniger

Niemand profitiert von der Gesetzesflut gegen die «Abzockerei». Nur die Psyche der Neider wird kurzzeitig beruhigt. Von Urs Paul Engeler



Im Visier der Lohn-Jäger: Swatch-Manager Nayla und Nick Hayek.

Nick Hayek und seine Schwester Nayla Hayek sind Abzocker. So will es der aktuelle Sprachgebrauch. Am Stammtisch, in Leserforen und in sozialistisch-grünen Umverteilungsgrüppchen werden Manager mit solchen Salären gar als «üble», «unanständige» oder «verdammte» Abzocker betitelt. Im Jahr 2011 verdiente Nick Hayek als CEO der Swatch Group 6,36 Millionen Franken, Nayla Hayek als Präsidentin des Verwaltungsrats liess sich 3,89 Millionen Franken auszahlen. Damit lagen die beiden auf den Plätzen 17 und 33 der Liste der Schweizer Top-Verdiener*. Zum Vergleich: UBS-Chef Sergio Ermotti (6,35 Millionen) erreichte Rang 18, Ex-UBS-Präsident Oswald Grübel (2,23 Millionen) Rang 38, CS-Chef Brady Dougan (5,82 Millionen) Rang 21. EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher figuriert nicht einmal in diesem Katalog der Top-Kassierer. Die Hayek-Geschwister stehen also im Visier der anrückenden Lohn-Jäger.

Nun nähren Thomas Minders «Abzocker»-Initiative wie der nicht minder monströse Gegenvorschlag beim verwirrten Volk der Neider die Hoffnung, mit der Begrenzung solcher Löhne falle dem kleinen Mann oder dem Staat mehr Geld zu. Beides ist falsch. Bei einer Reduktion der Saläre profitierten die Aktionäre, die sich den Gewinn teilen, in ei-

nem Ausmass, das sie gar nicht spüren. Die Steuerbehörden müssten sogar Verluste registrieren.

Die dynamische und ausserordentlich erfolgreiche Swatch Group, die einen Umsatz von rund acht Milliarden Franken erzielt, besteht kapitalmässig aus 124 045 000 Namenaktien mit einem Nominalwert von 45 Rappen und aus 30 840 000 fünfmal wertvolleren Inhaberaktien (Nominalwert Fr. 2.25). Im Jahr 2011 erzielte der Konzern einen Gewinn von 1,61 Milliarden Franken. Die Generalversammlung beschloss, die Inhaberaktionäre mit einer Dividende von Fr. 5.75 pro Aktie zu entschädigen und die Namenaktionäre mit einer solchen von Fr. 1.15 pro Papier.

Absurder Kampf

Wenn nun die Generalversammlung, dem Ruf der Strasse gehorchend, entschieden hätte, die beiden Firmenchefs auf Existenzminimum zu setzen und die Löhne der tüchtigen Geschwister – zusammen 10,25 Millionen Franken – anteilmässig unter den Aktionären, den Inhabern der Firma, zu verteilen, so würden pro Namenaktie ganze 3,68 Rappen (Rappen, nicht Franken!) und pro Inhaberpapier 18,4 Rappen mehr ausgeschüttet. Oder anders gerechnet: Ein Sparer mit einem Paket von vierhundert Swatch-Namenaktien im Wert von rund 36 000 Franken hätte gerade mal Fr. 14.75

mehr einstreichen können. Ein Grossaktionär mit tausend Inhaberpapieren (Wert: 527 000 Franken) hätte 184 Franken gewonnen, die Pensionskasse, die fünf Millionen investiert hätte, dürftige 1745 Franken.

Der bescheidene Effekt ist allerdings noch nicht die Pointe des absurden Kampfs gegen die «Abzocker». Am meisten von der Umschichtung der Löhne in Aktionärsgegewinne profitierten die Familie Hayek und mit ihr verbandelte Leute. Denn per 31. Dezember 2011, so der letzte verfügbare Geschäftsbericht, hielten und kontrollierten der Hayek-Pool sowie die ihm nahestehenden Gesellschaften, Institutionen und Personen (darunter die Langenthaler Ammann-Gruppe) 64 507 101 Namenaktien und 1775 Inhaberaktien; das sind insgesamt 41,7 Prozent der Stimmen. Mit andern Worten: Was den Hayeks genommen werden könnte, käme fast zur Hälfte durch die Nebentür wieder herein.

«Abzocker»-Initiative wie Gegenvorschlag zielen nur auf eine Umverteilung innerhalb der Gesellschaften, die dem Aktienrecht unterstellt sind. Der sogenannte kleine Mann und die knapp wirtschaftende Frau, die keine Aktien halten, gewännen mit den neuen Regeln selbst keinen einzigen und via Pensionskasse kaum ein paar Franken. Und selbst wenn man die vielerorts vorherrschende und von links verbreitete Irrlehre, die Reduktion der grossen Löhne käme der Allgemeinheit zugute, doch durchrechnet, platzen lauter Illusionsblasen. Addiert man die Löhne aller 35 in der Schweiz tätigen Manager, die im Jahr 2011 mehr als drei Millionen verdient haben (das ist die von der SP definierte Grenze der Unanständigkeit), so kommen genau 246,56 Millionen Franken zusammen. Konfiszierte man diese Einkommen und verteilte man sie im Sinne der Sozialisten auf die gesamte Bevölkerung, so bekäme jeder Einwohner ein besseres Nichts von exakt 30 Franken und 80 Rappen zugeschickt.

Wer gar glaubt, wenigstens der Fiskus profitiere vom neuen staatlichen Eingriff und von der Beschränkung der hohen Löhne und Boni, der geht erst recht fehl. Die Nivellierung der steuerbaren Einkommen heisst Verflachung der Progression heisst weniger Abgaben. Wer drei Millionen Franken verdient, zahlt deutlich mehr Steuern als tausend Personen, die 3000 Franken einnehmen.

Die Effekte der populistischen Vorlagen sind ebenso klar wie ernüchternd: Die Aktionäre heimsen wenig ein, die vielen Nichtaktionäre gar nichts, und die Steuervögte haben sogar weniger in ihren Kassen. Nur die Neidgelüste sind gestillt.

* Quelle: www.moneyhouse.ch



Falscher Weg: Initiant Minder.

sie ja auch mit ihrem Geld, wenn es schief läuft, oder profitieren, wenn Gewinne anfallen.

In der Praxis gibt es allerdings ein Problem: Bei den Firmen in Streubesitz ist oft nicht ganz klar, wem sie eigentlich gehören. Wer sind die Aktionäre? Wer ist der Besitzer?

Die an der Schweizer Börse kotierten Firmen gehören, abgesehen von wenigen, die noch von der Gründerfamilie kontrolliert werden, hauptsächlich institutionellen Anlegern. In erster Linie sind es ausländische Staatsfonds, Beteiligungsgesellschaften oder Hedge-Funds. Entgegen den Erwartungen beträgt der Anteil der Pensionskassen am Schweizer Aktienmarkt lediglich etwa 6,5 Prozent: Die Pensionskassen haben im Schnitt Anteile von fünf bis zehn Prozent an den einzelnen Gesellschaften.

Lösung: Freie Pensionskassenwahl

Dies führt dazu, dass es eben nicht «den Aktionär» oder «die Aktionäre» gibt. Auf Unternehmensseite genehmigen darum Personen die «übertrennten» Gehälter, die nicht oder nur zu einem verschwindend kleinen Anteil Eigentümer der Unternehmen sind. Sie bezahlen die Gehälter also nicht von ihrem eigenen Geld – was es einfacher macht, mehr auszugeben, hohe Bezüge zu genehmigen.

Wenn sich nun die anteilmässig grossen, institutionellen Anleger nicht einmischen und somit hohe Gehälter stillschweigend akzeptieren, ist das deren private Sache und legitim. Sie dürfen Millionen an Boni für Milliarden erträge bezahlen. Und genauso Millionenboni für Milliarden an Verlusten. Als Kleinaktionär muss man damit leben können, dass die Mehrheit der Stimmen eine andere Ansicht vertritt.

Dem Kleinaktionär, der sich daran stört, steht es jederzeit frei, seine Anteile zu verkaufen.

fen. Wer nicht mehr Eigentümer und damit Arbeitgeber eines «Abzockers» ist, den geht auch dessen Lohn nichts mehr an. Der freie Markt geht sogar noch weiter: Man ist auch sonst nicht gezwungen, mit einem Unternehmen, das nach eigener Ansicht übertrennte Löhne bezahlt, etwas zu tun zu haben. Man muss weder dessen Produkte kaufen noch eine Dienstleistung von diesem Unternehmen beziehen.

Schwieriger wird es lediglich bei der Pensionskasse. Denn im Gegensatz zum Gärtner oder Aktienportefeuille kann diese in der Schweiz nicht frei vom Arbeitnehmer gewählt werden. So kann es geschehen, dass man als Versicherter zwangsweise Aktionär und somit Miteigentümer einer Firma wird, deren Geschäftsmodell man ablehnt und dessen Vergütungssystem man nicht unterstützen möchte. Über den Umweg der Pensionskasse kann man in der Schweiz also auch Teil der privatwirtschaftlichen «Abzockerei», wie es genannt wird, werden.

Hier liegt das Problem und gleichzeitig der Schlüssel zu dieser ganzen Debatte. Thomas Minder wählt mit seiner Initiative den falschen Weg, wenn er den Aktionär zu mehr Mitsprache und Einmischung zwingt. Als Eigentümer soll man schliesslich auch das Recht haben, sich nicht einzumischen. Die Initiative will die Pensionskassen stärker in die Pflicht nehmen, sie sollen «im Interesse der Versicherten» abstimmen – nur, was sind die Interessen der Versicherten?

Möglicherweise würde sich jemand tiefere Managerlöhne wünschen und dafür geringere Erträge in Kauf nehmen. Andere wollen maximale Erträge und stören sich nicht daran, wenn der CEO eine achtstellige Erfolgsprämie bekommt.

Anstatt das Problem zu lösen, schafft die Minder-Initiative neue. Anstatt die Pensionskasse zu Abstimmungen in Vertretung ihrer Versicherten zu zwingen, wäre es sinnvoller, sie verstärktem Wettbewerb auszusetzen: Mit einer freien Pensionskassenwahl könnte jeder Arbeitnehmer diejenige Kasse wählen, die seinen Bedürfnissen am ehesten entspricht. Er könnte sein Vorsorgegeld dort anlegen, wo seine Anlagewünsche berücksichtigt werden. Mit einer freien Pensionskassenwahl könnte sich jeder bei derjenigen Kasse versichern, die wirklich «seine Interessen» vertritt.

Die Schweiz braucht keine «Abzocker»-Initiative, die im Übrigen keine Maximallöhne vorschreibt. Die Schweiz braucht eine freie Pensionskassenwahl. Dann nämlich kann es jedem egal sein, wie viel «die Abzocker» verdienen – weil man nicht mehr Miteigentümer ist und sich darum nicht in die privaten Angelegenheiten anderer einmischen muss.

Christian Mundt ist Bundeshauskorrespondent der *Basler Zeitung*.

Abstimmung

Pest und Cholera

Das Parlament lässt dem Bürger bei der «Abzocker»-Initiative keine echte Wahl.

Wer, konsequent liberal denkend, die Volksinitiative «gegen die Abzockerei» wie auch die zu weit gehende Revision des Aktienrechts (den Gegenvorschlag) ablehnt, sitzt einigermaßen hoffnungslos vor dem Stimmzettel. Lehnt er die Initiative ab, so plädiert er indirekt dafür, dass der ebenso missglückte Gegenvorschlag in Kraft treten kann. Sagt er ja, dann wird dies als Votum für rigorose Eingriffe des Staates in die Führung von Unternehmen interpretiert. Allerdings hat der gute Bürger – paradoxerweise – bei einer Annahme der Initiative vielleicht bessere Chancen, noch korrigierend eingreifen zu können.

Wird am 3. März die Initiative verworfen, dann validiert der Bundesrat das Ergebnis. Sobald es rechtsgültig feststeht, was Wochen oder Monate dauern kann, wird der Gegenvorschlag im *Bundesblatt* publiziert. Dann können Unterschriften für ein Referendum gegen das neue Gesetz gesammelt werden. Nun ist Initiant Thomas Minder der Einzige, der eine solche Aktion für möglich hält. «Kein Referendum? Naiv, das zu glauben», schrieb er in der SVP-Zeitung. Nachdem das Parlament den neuen Erlass geschlossen (gegen Solist Minder) genehmigt hat und nachdem alle Initiativgegner ihn plakativ als raschere und bessere Lösung verkauft haben, gibt es keine politische Basis dafür.

Nehmen Volk und Stände aber die Minder-Variante an, so muss der Bundesrat innert eines Jahres eine Verordnung zu deren Umsetzung ausarbeiten. Diese Bestimmung bliebe so lange in Kraft, bis das Parlament wiederum ein neues Gesetz verabschiedet hätte, was erfahrungsgemäss mehrere Jahre braucht. Hier eröffnen sich minime Chancen: Gilt die Verordnung, wird sich rasch zeigen, wie absurd und unwirksam die neue Regulierung ist; das Nebeneinander von Verordnung und Gesetzesentwürfen wird das Chaos zusätzlich verstärken; und schliesslich werden die ganzen «Abzocker»-Debatten, Nachwehen der Bankenprobleme, allmählich verebben und mehr Vernunft Platz machen.

Der Liberale, der das hohe Risiko liebt, stimmt mit Ja. Wer sich ans kleine Übel hält, sagt nein.

Urs Paul Engeler

Gelegenheit macht IV-Rentner

Eine Tankstelle entlässt zwei Mitarbeiter wegen Veruntreuung. Beide bekommen anschliessend eine IV-Rente wegen «Traumas» und «ungerechter Diebstahlbeschuldigung». Die Baselbieter Staatsanwaltschaft lässt die Videobeweise der Firma erst gar nicht zu. *Von Peter Keller*



«Überwachung in höherem Interesse.»

Gelegenheit macht Diebe. Tankwart A. und drei weiteren Angestellten boten sich offenbar besonders viele Gelegenheiten: Sie bedienten sich so regelmässig aus der Kasse ihrer Tankstelle im Baselbiet, dass die Betreiberin misstrauisch wurde. Eine installierte Videokamera lieferte Bilder für den Verdacht: Das Quartett zweigte offensichtlich Geld für sich ab. Die Firma löste das Arbeitsverhältnis mit den Beschuldigten mit sofortiger Wirkung auf.

Das war am 15. Oktober 2003. Fall erledigt, könnte man meinen. Aber nicht, wenn der schweizerische Sozialstaat mit all seinen Abgründen ins Spiel kommt. Nach rund einem Jahr meldeten sich zwei der vier Angeschuldigten bei der Invalidenversicherung: Im November 2004 der 1966 geborene Y.; im Monat darauf sein Kollege A. (mit Jahrgang 1971). Der dritten Angeschuldigten wurde bereits ab dem 17. November 2003 eine voll-

ständige Arbeitsunfähigkeit bescheinigt. Was nun beginnt, ist ein jahrelanges juristisches Gerangel bis hinauf ins Bundesgericht und wieder retour nach Baselland.

Gelegenheit macht IV-Rentner. Als sich A. im Dezember 2004 auf der IV-Stelle meldet, weiss der ehemalige Tankstellenwart ausführlich zu begründen, warum er bis auf weiteres arbeitsunfähig sei. Ihn plage ein «Trauma». Er macht eine «Depression» geltend als Folge der – nach seinen Worten – «ungerechten Verhaftung» wegen «Diebstahlbeschuldigung». Zudem habe schon vorher ein «schlechtes Arbeitsklima» geherrscht, die Firma habe ihm mit Entlassung gedroht.

Was wie ein schlechter Witz tönt, nimmt die IV-Stelle Basel-Landschaft ernst. Nach weiteren Abklärungen spricht sie A. am 12. August 2009 eine 100-Prozent-Invalidenrente zu: rückwirkend ab 1. Oktober 2004. Über einen ähnlichen Entscheid durfte sich sein Kumpel

Y. freuen: Ihm schanzten die IV-Behörden am 1. Oktober 2008 eine ganze Invalidenrente zu. Auch diese rückwirkend: um fast zwei Jahre auf den 1. November 2006. Bei Y. passiert der IV-Stelle Basel-Landschaft allerdings ein Formfehler: Sie verpasst es, die Rentenverfügung der Personalvorsorge des Arbeitgebers von Y. zu eröffnen.

«Zuzüglich Verzugszins von fünf Prozent»

Weil vom früheren Arbeitgeber die Rente ausbleibt, klagt Y. am 9. Dezember 2009 gegen seine Personalvorsorgeeinrichtung: Es sei ihm gemäss «gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen» mindestens vom 15. Oktober 2004 und bis auf weiteres eine ganze Invalidenrente auszurichten. Das Kantonsgericht heisst die Klage gut und verpflichtet die Pensionskasse, dem Kläger die eingeforderte IV-Rente – rückwirkend – zu zahlen, «zuzüglich Verzugszins von fünf Prozent». Darüber hin-

aus wird der Kläger ab Rentenbeginn von der Beitragspflicht an die Altersvorsorge befreit.

Da eine volle IV-Rente höchstens rund 2400 Franken abwirft, muss die jeweilige Vorsorgeeinrichtung eine eigene, zusätzliche IV-Rente entrichten. Dazu kommen in der Regel Prämienverbilligungen für die Krankenversicherung und je nach Familiensituation Kinderzulagen. Gerade bei einkommensschwachen Haushalten schaut bei der Verrentung mehr Geld heraus als auf dem Arbeitsmarkt, zumal das Renteneinkommen steuerfrei ist.

Es bleibt die Frage, mit welcher Begründung die beiden Männer zu einer IV-Rente kommen. Liegen denn nicht Videoaufzeichnungen vor, worin klar wird, dass die Beschuldigten ihren Arbeitgeber hintergangen haben? Wie kommt der mutmassliche Dieb A. zu einer Rente als «traumatisiertes» Opfer einer «ungerechten» Verhaftung?

Dafür gibt es zwei simple Erklärungen: Man braucht einen verständnisvollen Arzt und eine kleinmütige Staatsanwaltschaft. Sowohl A. wie Y. suchten nach der Verhaftung Dr. med. C. auf, einen Spezialarzt für Psychiatrie, der schon ihrer Kollegin eine vollständige Arbeitsunfähigkeit bescheinigt hatte. Er diagnostizierte bei beiden Ex-Tankstellenwärtern eine «Anpassungsstörung mit Angst und depressiver Reaktion» und kritisiert das Vorgehen ihrer Firma: «Auf mich wirkt das Verhalten und der Vorwurf des Arbeitgebers an den Haaren herbeigezogen.» Auf dieser Ersteinschätzung werden auch die späteren Gutachten beruhen und schliesslich der positive IV-Entscheid.

Dreifach-Ohrfeige fürs Kantonsgericht

Die Videoaufnahmen in der Tankstelle haben keinen Einfluss auf die Entscheide. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Landschaft lässt dieses Beweismittel gar nicht erst zu und stellt am 2. Mai 2007 das Strafverfahren gegen A. ein mit der Begründung, die von einem privaten Detektivbüro am Arbeitsplatz erstellten Videoaufnahmen seien auf «unzulässige Weise» erlangt worden und dürften im Strafverfahren «nicht verwertet» werden. Da der Angeschuldigte die Vorwürfe der Veruntreuung bestreite, könne kein hinreichender Beweis für seine Täterschaft erbracht werden.

Dass die Begründung der IV-Rente in unmittelbarem Zusammenhang mit der Diebstahlfrage steht, lassen die staatlichen Juristen nicht gelten. Auch im Sozialversicherungsrecht, so die Begründung, gelte grundsätzlich ein Verbot der Verwertung von rechtswidrig erlangten Beweisen. «Eine private Beweisaufnahme könne deshalb nur zulässig und rechtmässig sein, wenn das öffentliche Interesse an der Wahrheitsfindung das private Interesse der überwachten Person überwiege.» Ein solches «höherwertiges Interesse» sei vorliegend nicht erkennbar. Mit etwas gutem Willen schon: Schliesslich sollen zwei an sich gesunde

junge Männer eine IV-Rente beziehen. Bezahlt von der Allgemeinheit.

Genauso sieht es auch die Personalvorsorge. Nur ihrer Hartnäckigkeit ist es zu verdanken, dass die beiden Fälle überhaupt weitergezogen werden. Das Bundesgericht überprüfte alle drei Urteile, hob sämtliche Entscheide auf und wies sie an die Vorinstanz zurück. Eine Dreifach-Ohrfeige für das Baselbieter

Man braucht einen verständnisvollen Arzt und eine kleinmütige Staatsanwaltschaft.

Kantonsgericht. In einer seitenlangen Belehrung zerpfücken die Bundesrichter auch die Nichtzulassung der Videoaufnahmen. Überwachungssysteme seien an «sensiblen Orten», wie es bei einer Kasse der Fall ist, durchaus üblich. Sie dienten auch zur Verhinderung von Straftaten durch Dritte. Zudem würde eine solche Überwachung die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeitnehmer nicht beeinträchtigen, wie die Baselbieter Staatsanwaltschaft argumentiert hatte.

Unzählige Gutachten und Urteile

Wie diese Beispiele zeigen: Die Invalidenversicherung hat kaum mehr etwas mit dem ursprünglichen Gedanken zu tun. Rentner mit Geburtsgebrechen oder schweren körperlichen Unfällen bilden heute die Minderheit. Rund die Hälfte der Bezüger machen psychische Krankheiten geltend – mit teilweise abstrusen Begründungen oder kaum nachweisbaren Beschwerden (siehe Tabelle unten).

Dazu kommt eine grosse Zahl von Renten und Neurenten, die dem Bereich «Knochen- und Bewegungsorgane» zugeschrieben werden. Besonders häufig vertreten sind Schleudertrauma und Rückenschmerzen,

deren Krankheitsbilder ebenfalls weitgehend diffus sind.

Erst die hohe Verschuldung und der politische Druck haben den Anstieg der IV-Renten abbremsen können. Dazu braucht es aber auch, wie der Tankstellen-Fall zeigt, eine beharrliche Personalvorsorge und eine günstige Zusammensetzung der Gerichtskammer. Im Fall A. erfolgte das Bundesgerichtsurteil am 10. Juni 2011, dasjenige im Fall Y. am 8. Februar 2012. In beiden Fällen wird die Beschwerde gutgeheissen. Die Entscheide des Kantonsgerichts Basel-Landschaft werden aufgehoben und an dieses zurückgewiesen. Der Anspruch auf Invalidenrente ist unter Einbezug der Videobeweismittel neu zu entscheiden.

Seit dem Bundesgerichtsentscheid ist knapp ein Jahr vergangen. Hat das Baselbieter Kantonsgericht seine Urteile revidiert? Auf Nachfrage erklärt Gisela Wartenweiler, Gerichtsschreiberin des Kantonsgerichts: «Es ist vorgesehen, dass die beiden Fälle Anfang März 2013 vom Dreiergericht des Kantonsgerichts, Abteilung Sozialversicherungsrecht, beurteilt werden.» Bei Rückweisungsentscheiden des Bundesgerichts, sagt Wartenweiler weiter, befolge das Kantonsgericht die entsprechenden Anweisungen.

Fast zehn Jahre sind seit dem Vorfall vergangen. Unzählige Gutachten, Beschwerden und Urteile später soll nun endlich für Klarheit gesorgt werden. Ist die Kassiererin wieder in den Arbeitsmarkt zurückgekehrt? Haben ihre beiden Kollegen das «Trauma» zehn Jahre nach dem Vorfall überwunden? Oder beziehen sie immer noch IV? «Was die Fragen bezüglich der Invalidenrenten betrifft, weisen wir darauf hin, dass in hängigen Verfahren keine Auskunft in materieller Hinsicht erteilt werden kann», so Gisela Wartenweiler. Es ist davon auszugehen, dass das Tankstellen-Trio dem Schweizer Sozialstaat noch lange erhalten bleibt. ○

Jahr	Geburtsgebrechen	Krankheit					Unfall	TOTAL
		Psychische Krankheiten	Nervensystem	Knochen u. Bewegungsorgane	Andere Krankheiten	Total Krankheit		
2002	27290	76818	15155	48303	33570	173846	23061	224197
2003	27522	83673	15719	51024	34116	184532	23655	235709
2004	27652	89193	16223	52693	34019	192128	23877	243657
2005*	28015	94276	16955	54072	34341	199644	24169	251828
2006	28027	95618	16905	52438	32963	197924	23706	249657
2007	28237	97235	17022	50720	31716	196693	23332	248262
2008	28446	99008	17148	48808	30654	195618	22824	246888
2009	28536	99924	17192	46648	29608	193372	22209	244117
2010	28629	100736	17255	44301	28553	190845	21431	240905
2011	28713	101766	17470	41946	27765	188947	20673	238333

Rund die Hälfte der IV-Renten: psychische Krankheiten.

Es ist Wirtschaftskrieg, Dummkopf

Der Fall Wegelin zeigt: Die USA bedrängen den Schweizer Finanzplatz. Dabei geht es nicht um Moral, Anstand und Steuergerechtigkeit, sondern um eine Form der Schutzgelderpressung. *Eine Betrachtung von René Zeyer*



Den Panzerknackern ausgeliefert: Wegelin-Chef Hummler, 2009.

Schweizer Bankenlenker behaupten, sie hätten vor und erst recht nach 2009 nie etwas davon mitbekommen, dass doch tatsächlich US-Kunden Schweizer Bankkonten als Schwarzgeldbunker benützt hätten.

Die US-Regierung behauptet, dass es nur darum gehe, ihr mit Beihilfe Schweizer Geldhäuser entzogenes Steuersubstrat zurückzuerobieren. Selbstverständlich nur mit rechtsstaatlichen Mitteln.

Beides ist Unsinn. Denn in Wirklichkeit herrscht Wirtschaftskrieg, und da stirbt die Wahrheit bekanntlich zuerst. «It's the economy, stupid», mit diesem Satz gewann schon Bill Clinton die Präsidentschaftswahlen.

Die Bank Wegelin wurde als abschreckendes Beispiel ans Kreuz genagelt. Sie hatte laut Anklage läppischen 70 US-Steuerpflichtigen mit angeblich 1,2 Milliarden Dollar Gesamtvermögen Unterschuldforderungen geboten. Sie wurde angeklagt, musste sich selbst entleiben und über 70 Millionen Dollar Busse zahlen.

Das grösste Steuerschlupfloch der Welt

Die US-Bank Wachovia bekannte sich 2010 schuldig, 378 Milliarden Dollar (!) mexikanisches Drogengeld weissgewaschen zu haben. Sie musste anfänglich läppische 110 Millionen Dollar Busse zahlen. Unter die Fittiche von Wells Fargo geschlüpft, existiert die Bank bis

heute. Kein einziger Wachovia-Mitarbeiter wurde je angeklagt, niemand musste auch nur einen Tag im Knast verbringen.

Es ist bekannt, dass die meisten Drogenkartelle Lateinamerikas bei Banken in Florida und bei anderen US-Banken ihr Geld waschen. Wohlgermerkt geht es hier nicht um vor dem Fiskus verstecktes Schwarzgeld. Sondern um Schwerstkriminalität.

Für einfache Steuerhinterziehung ist in den USA Delaware zuständig. Dort verstecken sich in einem einzigen Gebäude mehr als 300 000 Firmen. Eine selbst für die US-Justiz spezielle Rechtsprechung, nach der nicht etwa gemäss Recht und Gesetz Urteile gefällt werden, sondern nach Ermessen des Richters, was billig und fair sei, schützt dieses wohl grösste Steuerschlupfloch der Welt.

Routiniert schmetterten die USA Rechtshilfegesuche südamerikanischer Regierungen ab, wenn die der sie in den Abgrund reissenden Drogenmafia den Geldhahn zudrehen wollen. Das Gleiche gilt für Anfragen bezüglich steuerhinterziehender Kontobesitzer aus allen Staaten der Welt.

Nein, hier geht es nicht um die Salvierung Schweizer Banken nach der Devise: Die auch, wieso wir nicht? Diese Beispiele sollen einen offenkundigen Sachverhalt illustrieren: Es geht nicht um Moral, Anstand und Steuer-

gerechtigkeit. Sondern um die Frage, wer mit wie grossen Steuerschlupflöchern wie viel Kapital anziehen, verwalten und einsetzen kann. Um hier zu gewinnen, sind den USA viele Mittel recht. Legale und aussergesetzliche. Manche Schweizer lassen sich aber vom Pulverdampf und von Wortblasen wie «Gerechter Kampf gegen die Hinterziehung von Steuersubstrat» die Sinne vernebeln.

Früher wurden Wirtschaftskriege mit Kanonenbooten geführt. Heute sind ihre modernen Nachfolger, Drohnen, für Länder wie Afghanistan oder Irak reserviert. Im Kampf gegen die Schweiz wird das Herrschaftsinstrument Weltwährung Dollar verwendet. Bereits eine Klagedrohung reicht, um jede Bank der Welt von allen Dollargeschäften abzuschneiden. Das bedeutet ihren möglichen Bankrott und zwingt sie, zu Kreuze zu kriechen.

Sitten wie bei Don Corleone

Aus diesem Grund wagte es weder die grosse UBS noch die kleine Privatbank Wegelin, es auf einen Prozess in den USA ankommen zu lassen. Aber wieso richten die USA ihre modernen Kanonen ausgerechnet auf die Schweiz?

Wenn wir Asien aussen vor lassen, gibt es drei grosse Finanzplätze auf der Welt. Die finanziell kriselnden USA, das finanziell kriselnde Grossbritannien – und die Insel der Seligen, die Schweiz. Wo die grossen Geldspeicher stehen. Aber leider keine Dagobert Ducks ihre Tresore gegen Angriffe von US-Panzerknackern verteidigen. Sondern dumme Donald Ducks jammern, zetern, quengeln und sich rupfen lassen. Oder Banken wie Wegelin, den Panzerknackern ausgeliefert, mit fliegenden Fahnen untergehen.

Dass für Steuersünden Busse getan werden muss, mag ja noch angehen. Dass da Milliarden abfliessen werden, ist aber nicht der Sieg der gerechten Sache. Es ist nichts anderes als die Erhebung von Schutzgeld. Mit Sitten wie bei Don Corleone: «Wir machen dir ein Angebot, das du nicht ablehnen kannst. Zahlst du kein Schutzgeld, hauen ein paar dunkle Gestalten deine Bank zusammen. Dass die auch zu uns gehören, ist halt unsere Geschäftsgrundlage.»

Das ist die Mafia-Version. Die US-Version ist: «Du gestehst ohne Prozess und zahlst eine Riesenbusse. Oder unsere Staatsanwälte machen deine Bank platt. Indem sie ihr durch eine Klage das Dollargeschäft abwürgen. Das ist die Geschäftsgrundlage.» Das ist Wirtschaftskrieg. Nur Dummköpfe können oder wollen das nicht sehen. ○

Schöner, billiger wohnen

Die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin lebt an bester Lage in einem historischen Gebäude, das der Stadt Zürich gehört. Dafür bezahlt sie wenig Geld – das ist politisch gewollt.

Von Christoph Landolt

Die Möwen kreischen. Still fliesst die Limmat dahin. Dann und wann klappern Absätze über das Kopfsteinpflaster, hin und wieder rauscht am Limmatquai ein blaues Tram vorbei. Fünf Fussminuten nur sind es bis zum Hauptbahnhof, zum Paradeplatz oder zur Oper, und doch ist es hier, vor dem Haus «Zum Steinböckli», Baujahr 1726, so idyllisch wie auf dem Ballenberg. Die Schipfe 45, so die Postanschrift, gehört zu den begehrtesten Adressen der Stadt Zürich. Eine Perle in jedem Immobilienportfolio. Gemäss Monitoring der Beratungsfirma Wüest & Partner kosten zehn Prozent der attraktivsten Dreizimmerwohnungen in dieser Gegend 3970 Franken pro Monat oder mehr.

Kathy Riklin, CVP-Nationalrätin, bezahlt weniger, sehr viel weniger. Laut einer gut unterrichteten Quelle aus dem Umfeld der Stadt Zürich, der das Gebäude gehört, bezahlt die sechzigjährige Politikerin für ihre Dreizimmerwohnung monatlich zwischen 1500 und 1800 Franken. Der Preis ist ein Staatsgeheimnis. Die städtische Liegenschaftenverwaltung verweist auf den Datenschutz.

Riklin selber windet sich. Nach langem Hin und Her erklärt sie: «Ich bezahle einen hohen Mietpreis, für Fachleute heisst dies Kostenmiete.» Die Stadt verdiene gut an ihr, «da ich ja auch meine Steuern in Zürich bezahle». Den genauen Betrag ihrer Miete wollte Riklin nicht nennen, angeblich bewegt er sich «zwischen 2500 und 3000 Franken».

Wie viel Schwankmiete die CVP-Politikerin auch bezahlen mag für ihre Wohnung mit Blick auf Limmat, Niederdorf und Zürichberg, seien es 1500 oder 3000 Franken – auf dem freien Markt hätte man für die Grössenordnung bloss ein mitleidiges Lächeln übrig.

Die Rechnung zahlen die anderen

Staatliche Wohnungen zu moderaten Preisen sind politisch gewollt, als Gegengift gegen zu hohe Marktmieten. Dafür wurde die sogenannte Kostenmiete erfunden – eine theoretische Grösse, in die Zinskosten, Verwaltungs- und Unterhaltskosten sowie Rückstellungen für Renovationen einfließen.

Was gut tönt, schafft neue Probleme. Zum einen stellen die künstlich tief gehaltenen Mieten nichts anderes dar als eine indirekte Subventionierung. Im Klartext: Die Stadt Zürich beschenkt die glücklichen Mieter einer Staatswohnung auf Kosten jener Steuerzahler, die nicht das Glück haben, eine solche zu ergattern.

Da es naturgemäss zu wenig künstlich verbilligte Wohnungen gibt, birgt die Zuteilung unter Ausschluss des Marktes ein enormes Risiko von Willkür und Korruption in sich – vor allem dann, wenn der Mantel des Datenschutzes darüber gehüllt wird. Besonders heikel wird es, wenn Politiker und Beamte in den Genuss des Privilegs kommen. Transparenztäte also not, doch gerade daran mangelt es. Sowohl der Preis wie auch die Kriterien der Zuteilung gelten als Staatsgeheimnis.

Zwar sind die Kriterien für die Vergabe in der Theorie bekannt und auf der Homepage der Liegenschaftenverwaltung für jedermann einsehbar: 1. Personenzahl: mindestens Anzahl Zimmer minus eins. 2. Miete und Einkommen müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen. 3. Vorrang haben Personen, die mit Kindern zusammenleben.

Familienpolitikerin Riklin belegt alleine eine Dreizimmerwohnung und verstösst gegen die Kriterien eins und drei. Laut Arno Roggo, dem Direktor der Liegenschaftenverwaltung, sind bei ihr die Voraussetzungen jedoch «gegeben». Zu Riklins Glück gibt es in der städtischen Vermietungsverordnung eine Ausnahmeregelung: «Der Raumbedarf für eine freiberufliche Tätigkeit kann angemessen berücksichtigt werden.» «Kann» heisst allerdings nicht «muss» – wie sie den Paragraphen

auslegen, obliegt den Beamten, welche der Berufspolitikerin offenbar den Status einer Freiberuflerin zubilligen.

Riklin ist kein Einzelfall. Im Haus «Zum Steinböckli» bewegt sie sich in bester Gesellschaft. Im gleichen Gebäude wohnen auch Franz Eberhard, der ehemalige Stadtbaumeister, oder Hans-Peter Klein, der ehemalige Direktor des städtischen Wasserwerks. Früher hatte auch die landesweit bekannte alt Stadträtin Emilie Lieberherr (SP) hier ihren Zweitwohnsitz (meist weilte sie mit ihrer Freundin im Landhaus im Rafzerfeld). Vormieterin von Riklin war die Witwe des früheren FDP-Stadtrats Burkhart. Diese Konzentration von politischen Würdenträgern und Spitzenbeamten hat laut Roggo «keinen tieferen Grund». Da es sich um langjährige Mietverhältnisse handle, lasse sich jedoch «im Nachhinein nicht mehr nachvollziehen», ob die Wohnungen ausgeschrieben worden seien.

Vor einem Jahr legten die Stadtzürcher mit einem Ja-Anteil von 75 Prozent fest, dass der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen auf einen Drittel steigen soll. Dass sie dabei als Nutzniesser an eine Politikerin wie Kathy Riklin dachten, die als Nationalrätin rund 90 000 Franken pro Jahr (plus 60 000 Franken Spesen, steuerfrei) sowie als Universitätsrätin 30 000 Franken verdient, ist eher unwahrscheinlich. ○



«Zwischen 2500 und 3000 Franken» Miete: Politikerin Riklin.

Stanser Spione über der Sahara

Bei geheimen Aufklärungsmissionen über der Sahara setzen die Amerikaner auf bewährte Technik aus den Stanser Pilatus-Flugzeugwerken. Mit der PC-12 werden nicht nur Islamisten aufgespürt, sondern auch Massenmörder wie Joseph Kony gesucht. *Von Kurt Pelda*



Wie ein harmloses Zivilflugzeug: Pilatus PC-12 NG «Spectre».

Bei der Jagd auf Terroristen in Afrika verlässt sich das Pentagon auf Qualität made in Switzerland. In Mali, wo eine Anti-Terror-Operation der französischen Armee ange laufen ist, aber auch in Zentralafrika und in Somalia setzen die Amerikaner Spionageflugzeuge des Typs Pilatus PC-12 ein. Die Maschinen aus dem Kanton Nidwalden stehen dabei offiziell meist im Dienst ziviler Auftragnehmer der US-Streitkräfte. Das soll unter anderem zur Tarnung der geheimen Aufklärungsmissionen beitragen. In Mali und benachbarten Staaten liegt der Fokus auf der Terrorgruppe al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI) und deren Alliierten. In Zentralafrika geht es dagegen um das Aufspüren des international zur Verhaftung ausgeschriebenen und seit langem gesuchten Massenmörders Joseph Kony und dessen ugandischer Terrorguerilla Lord's Resistance Army.

Für einmal kommen die Pilatus-Flugzeuge, die sich häufig sowohl für zivile als auch militärische Zwecke einsetzen lassen, nicht ins Gerede, weil sie von zwielichtigen Diktatoren gegen die eigene Bevölkerung ins Gefecht geschickt würden. Der Kampf gegen AQMI in Mali ist von der Uno und von der westafrikanischen Staatengemeinschaft Ecowas sanktioniert, und das Engagement gegen Kony wird selbst von Menschenrechtsorganisationen begrüsst.

Die Aufklärervariante des PC-12, eine einmotorige Turboprop-Maschine, ist unbewaffnet, verfügt aber über Kameras und elektronische Geräte für Lauschmassnahmen. Sie gilt in der Schweiz als rein zivil und untersteht daher weder dem Kriegsmaterialgesetz noch dem Güterkontrollgesetz. Die französische Operation «Serval» gegen AQMI begann am 11. Januar, nachdem die Terroristen und ihre Verbündeten einen Vorstoss in Richtung der malischen Hauptstadt Bamako lanciert hatten.

Erste Hinweise auf die geheimen amerikanischen Luftoperationen tauchten in einer Handvoll geheimer US-Telegramme aus Westafrika auf, die Wikileaks 2011 ins Internet stellte. Dabei ging es um Aufklärungsflüge, die unter dem Decknamen «Creeksand» vor allem von Burkina Faso aus durchgeführt wurden. Damit sollten die Wüstenkämpfer der AQMI ausspioniert werden, die vor allem im Norden von Mali operieren und dort unter vielen anderen auch schon Schweizer Touristen entführt hatten.

Verdeckte Überwachung

Weitere Einzelheiten der geheimen Mission wurden 2010 bekannt, nachdem ein 26-jähriger Amerikaner auf einem Transatlantikflug in einem Anfall geistiger Umnachtung eine Bombendrohung ausgestossen hatte. Derek Stans-



Al-Qaida im Fokus: Franzosen in Mali.

berry, ehemaliger Pilot einer US-Special-Operations-Einheit, befand sich auf dem Weg von Burkina Faso in die Staaten und wurde nach seiner Ankunft vorübergehend festgenommen. Es stellte sich am Schluss heraus, dass der Mann über gar keinen Sprengstoff verfügte. Ans Licht kam bald aber auch, dass Stansberry für eine private Firma in Burkina Faso das Gleiche getan hatte wie schon zuvor für die US-Streitkräfte: Er flog ein PC-12-Spionageflugzeug aus den Stanser Pilatus-Flugzeugwerken. Auf einem Foto, das er damals auf Facebook gestellt hatte, war Stansberry am Steuerknüppel einer Pilatus-Maschine zu sehen. Die Bildlegende lautete: «Eine PC-12 zu fliegen, ist gar nicht so schwierig.»

Das Wissen, wie die Aktivitäten von Söldnerpiloten wie Stansberry mit der Operation «Creeksand» zusammenhängen, verdanken wir Recherchen der *Washington Post*. Obwohl die amerikanischen Streitkräfte die PC-12 (in der US-Luftwaffe als U-28A bekannt) bei Spionageflügen zum Beispiel über Somalia einsetzen, versuchen sie, die Pilatus-Aufklärer über der Sahara als zivile Maschinen zu tarnen. Wie die *Washington Post* weiter herausfand, wurde die «Creeksand»-Mission an eine private Firma namens Sierra Nevada Corporation im US-Gliedstaat Nevada ausgelagert. Die burkinischen Behörden bestätigten laut Wikileaks-

Telegrammen, dass sich die als Zivilisten getarnten amerikanischen Söldner äusserst diskret verhielten. Die Regierung wünschte nur, dass die PC-12 fortan in einem abgelegenen Teil des Flughafens von Ouagadougou untergebracht würden, damit sie weniger Aufsehen erregten.

Unauffälligkeit ist neben der Wirtschaftlichkeit einer der Hauptvorteile des zum Himmelsspion umfunktionierten Pilatus-Produkts. So bewerben die Stanser Flugzeugwerke die Variante PC-12 NG «Spectre» vor allem damit, dass die weniger als zwanzig Millionen Dollar teure Maschine die verdeckte Überwachung ermögliche. Dazu hat Pilatus an der Unterseite des Heckteils eine Klappe angebracht, durch die während des Flugs eine hochauflösende Kamera ausgefahren werden kann. Die PC-12 lässt sich darüber hinaus mit einer ganzen Reihe elektronischer Sensoren bestücken, unter anderem zum Mitschneiden von Gesprächen über Mobilfunk- und Satellitentelefone. Vor der Landung wird die Kamera eingefahren und die Klappe verschlossen, so dass die PC-12 wie ein völlig harmloses Zivillflugzeug wirkt. Als zivile Maschine kann das Pilatus-Produkt viel leichter in Afrika eingesetzt werden als zum Beispiel unbemannte Drohnen, die sofort Aufsehen erregen würden.

Natürlich setzen die Amerikaner über Afrika auch militärische Drohnen und grosse

Spionageflugzeuge vom Typ P-3 ein, doch sind diese Optionen nicht nur wesentlich teurer als die PC-12, sondern benötigen in der Regel auch Überflugrechte. Die USA besitzen auf dem schwarzen Kontinent nur eine einzige offizielle und permanent besetzte Basis, nämlich in Dschibuti am Horn von Afrika. Von dort ist es ein Leichtes, das Nachbarland Somalia zu überfliegen, um die dort operierende Al-Qaida-Filiale aus der Luft zu beobachten.

Die meisten anderen Einsatzgebiete sind aber zu weit entfernt von den offiziellen US-Basen. Eine schnelle Reaktion ist deshalb nicht möglich, ausser man verfügt über inoffizielle Stützpunkte wie jenen in der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou. So können die PC-12 der Firma Sierra Nevada in wenig mehr als einer Flugstunde über den derzeit noch von Islamisten und Terroristen kontrollierten malischen Städten Timbuktu oder Gao sein.

Die zivilen Pilatus-Maschinen können den Terroristen praktisch überallhin folgen – unbemerkt.

Die kleinen Maschinen landen auch auf kurzen Wüstenpisten und lassen sich für einen Laien kaum von Flugzeugen unterscheiden, wie sie zum Beispiel Hilfsorganisationen in der Sahelzone verwenden.

Zur Unterstützung der französischen Militäroperation gegen AQMI in Mali hat Amerikas Verteidigungsminister Leon Panetta Paris nicht nur logistische, sondern vor allem auch geheimdienstliche Hilfe in Aussicht gestellt. Dazu gehören mit Sicherheit auch Satellitenbilder und Informationen, die mit Spionageflügen und elektronischen Lauschmassnahmen gewonnen werden.

Kein Kommentar zu Mali-Einsätzen

Man kann davon ausgehen, dass die Franzosen auch in den Genuss von Informationen gelangen, die auf die Operation «Creeksand» zurückgehen. Die mit PC-12 durchgeführten Spionageflüge beschränken sich längst nicht nur auf Mali. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Al-Qaida-Terroristen unter französischem Druck auch in Länder wie Niger, Mauretanien oder Libyen ausweichen. Spätestens das blutige Geiseldrama in Algerien hat klargemacht, dass Landesgrenzen in der Sahara höchst durchlässig sind. Die zivilen Pilatus-Maschinen können den Terroristen praktisch überallhin folgen – schnell und unbemerkt. Ob die Flugzeuge auch jetzt während der französischen Militäroperationen gegen AQMI über Mali im Einsatz sind, wollten jedoch weder Sierra Nevada noch Africom, das in Stuttgart beheimatete Kommando der US-Streitkräfte für Afrika, kommentieren. ○

Zwei Standpunkte, zwei Meinungen.



Live in Zürich

Ort: 320WEST (neue Eventlocation), Heinrichstrasse 237, 8005 Zürich

Datum: 4. Februar 2013

Zeit: 18 Uhr bis 18:50 Uhr, Türöffnung 17 Uhr

Eintritt: nur mit Anmeldung unter tickets@radio1.ch (Platzzahl beschränkt)

Live in
Zürich!



3 2 0 WEST



Einfamilienhäuser mitten im Landwirtschaftsgebiet: typisches Bild auf der Fahrt durchs Mittelland.

Die Verschandelung der Schweiz

Jede Sekunde wird in der Schweiz ein Quadratmeter Kulturland zubetoniert. Eine Erkundungstour von der Innerschweiz ins Welschland zeigt, wie weit das Siedlungsgebiet schon in die Landschaft gewuchert ist. *Von Andreas Kunz, Rico Bandle und Angelika Annen (Bilder)*

Die Fahrt durch die Schweiz beginnt in ihrem Herzen: Der Vierwaldstättersee dampft in der Kälte, am Ufer promenieren die Fussgänger durch den frischen Schnee, sie blinzeln in die Sonne hinüber zum Rütli, der Wiege der Eidgenossenschaft. Hier am Seeufer von Brunnen SZ, wo die alten Hotels einen Hauch des *ancien siècle* verströmen, ist das Postkartenidyll noch intakt. Erst auf der Hauptstrasse in Richtung Bahnhof beginnt das Grauen.

Mehrfamilienhäuser reihen sich direkt an Gewerbebauten, auf eine rosafarbene Hausmauer folgt ein grauer Betonklotz, auf zitronengelbes Plastik eine lila Wellblechwand, auf ein modernes Flachdach ein mehrere Meter hoher Giebelspitz. Farbe, Form und Aneinanderreihung der Häuser wirken beliebig, ein Gestaltungsplan ist nicht zu erkennen. An seinen Rändern franst das Dorf immer weiter aus. Auf den Strassen fahren Lastwagen mit Bau-

schutt vorbei, Kräne signalisieren den Bau neuer Terrassenwohnungen und teurer Lofts in den Hang hinein. Hinter der prächtigen Uferpromenade mit ihren klassischen Bauten ist in Brunnen ein ständiges Provisorium entstanden – das wächst und sich ausdehnt, soweit das der Talkessel zwischen Fronalpstock und Rigi Hochflue zulässt.

Wir fahren hinauf nach Morschach am Fusse des Stoos, von wo aus der Blick über das verschneite Tal bis zum Hauptort Schwyz mit den stolzen Mythen reicht. Überall wuchern die Siedlungen; wo ein Ort beginnt und wo er endet, ist nicht auszumachen. Aus der ganzen Welt sind die Zuzüger gekommen. Die Einwohnerzahl der Gemeinde Ingenbohl, zu der Brunnen gehört, ist in den letzten zehn Jahren um zwölf Prozent auf 8654 gewachsen. Die Zahl der Ausländer stieg in der gleichen Zeit gar um einen Viertel. Viele davon sind Hoch-

qualifizierte, die in den Städten Zug, Luzern oder Zürich arbeiten und sich in den Tiefsteuerkantonen der Innerschweiz ein Haus bauen. Was reichlich Geld in die Steuerkassen fließen lässt, hat Auswirkungen auf das Bevölkerungswachstum, das Dorfbild und die Zersiedelung der Landschaft. Kein anderer Kanton hat sich in den letzten Jahrzehnten derart gewandelt wie Schwyz: Lebten 1972 noch 92 000 Menschen im einst bäuerlichen Urkanton, sind es heute bereits 150 000. Das ist ein Anstieg um 63 Prozent. Die Bevölkerung der ganzen Schweiz stieg im gleichen Zeitraum um 28 Prozent auf 8 Millionen, Tendenz weiter steigend.

Erdboden der Stadt gleichgemacht

Vom Aussichtspunkt aus geht es zurück durch den Talkessel hoch in Richtung Zürichsee, wo Gemeinden wie Schindellegi, Wollerau oder



Wildwuchs der gehobenen Wohnklasse: Courgevaux im Kanton Freiburg.

Freienbach in den letzten Jahren geradezu explodiert sind. Vorbei an Zürich fahren wir durch den Aargau. Die Dörfer und Städte entlang der Autobahn sind hier praktisch zu einer einzigen Gewerbezone zusammengewachsen. Und in der Westschweiz erwarten uns Bausünden, die den Raumplanungsexperten, der mit uns die Reise macht, fast zum Verzweifeln bringen: Einfamilienhäuser, auf Hügeln lose aneinandergereiht oder kilometerlang über schönsten Kulturland verteilt.

Von 2002 bis 2008 hat sich in der Schweiz das Siedlungsgebiet durchschnittlich um 27 Quadratkilometer pro Jahr ausgedehnt, was mehr als der Grösse des Walensees entspricht. In den Jahren zuvor waren es mit durchschnittlich 13 Quadratkilometern noch weniger als die Hälfte. Heute werden gemäss Naturschutzverbänden sogar 31 Quadratkilometer pro Jahr verbaut – jede Sekunde fällt ein Quadratmeter Boden dem Bauboom zum Opfer. Oder in umgekehrter Kriegerhetorik ausgedrückt: Jede Sekunde wird ein Quadratmeter Erdboden der Stadt gleichgemacht.

Die Politik hat dem Treiben lange zugesehen. Dabei läuft die Zersiedelung der Landschaft dem in der Verfassung verankerten Prinzip des «haushälterischen Umgangs» mit dem Boden zuwider. Sie widerspricht auch

dem geltenden Raumplanungsgesetz (RPG) aus dem Jahr 1979, wonach das Siedlungswachstum zu begrenzen sei. Mit dem Ja zur Zweitwohnungsinitiative hat das Volk letztes Jahr ein Zeichen gesetzt. Und wenn am 3. März über eine Revision des RPG abgestimmt wird, ist wohl nur die Höhe des Ja-Anteils tatsächlich spannend (siehe Seite 34).

Der Siedlungsbrei weitet sich aus

In Wollerau, wo der Hang zum Zürichsee hinunter vollständig verbaut worden ist, geht's auf die Autobahn, durch den neuen Üetlibergtunnel an Zürich vorbei. Wir passieren den Siedlungsbrei im Limmattal mit den von weither sichtbaren Einkaufszentren in Spreitenbach und den Wohnhochhäusern aus den 1960er und 1970er Jahren.

Wir fahren weiter nach Olten, wo wir Hans Weiss treffen, den Doyen des Schweizer Landschaftsschutzes, Pionier der Raumplanung. «Die Region Limmattal, Aarau, Olten ist eine typische Agglomeration mit viel Verkehr, Industrie und Infrastrukturbauten. Das ist zwar keine Augenweide, aber für den Landschaftsschutz nicht das Problem.» Er wird uns den Rest des Tages begleiten, mit uns durch das Mittelland fahren, uns zeigen, wo er die wahren Probleme der Zersiedelung sieht.

Hans Weiss, 72 Jahre alt, hat schon während seines ETH-Studiums als Kulturingenieur auf die Zerstörung der Landschaft aufmerksam gemacht, unter anderem in zahlreichen Artikeln für die NZZ. 1970 wurde er zum Geschäftsführer der neugegründeten Stiftung Landschaftsschutz gewählt. Die private Stiftung entstand aus bürgerlicher Initiative: Der erste Präsident war der damalige Chef der Bank Wegelin und FDP-Nationalrat Rudolf Schatz; verschiedene Wirtschaftsführer, aber auch Politiker aller Lager waren im Patronatskomitee vertreten. Hans Weiss führte die Stiftung über 22 Jahre lang mit Erfolg; Er war massgeblich daran beteiligt, dass die Greina-Hochebene in Graubünden nicht durch ein Wasserkraftwerk überflutet wurde oder einige der letzten intakten Flussauen des Vorderrheins trotz des Baus der A13 erhalten blieben.

Weiss trägt einen kurzen Bart, eine verwitterte Windjacke und um den Hals eine alte Leica-Kamera, mit der er seit Jahrzehnten die grössten Bausünden des Landes festhält. Auf der Autobahn A1 in Richtung Bern unterbricht er immer wieder das Gespräch und zeigt auf kleine Häusergruppen mitten im Landwirtschaftsgebiet. «Genau solche Siedlungen zerstören das Landschaftsbild.» Nicht nur würden dadurch zusammenhängende Landschaften willkürlich

Abstimmung Raumplanungsgesetz

Am 3. März wird über die Revision des Raumplanungsgesetzes abgestimmt. Die Vorlage beinhaltet drei zentrale Punkte:

1—Verkleinerung der Bauzonen: Viele Gemeinden haben Land auf Vorrat eingezont. Diese überdimensionierten Bauzonen müssten wieder ausgezont und auf die tatsächlichen Bedürfnisse der nächsten fünfzehn Jahre abgestimmt werden.

2—Der Staat zieht Mehrwert ein: Bei neuen Einzonungen bekommt der Bund 20 Prozent des entstandenen Mehrwerts, um damit Auszonungen in Ortschaften zu finanzieren, wo ein tatsächlicher Bedarf vorhanden ist.

3—Höhere Anforderungen: Wie gross die Siedlungsfläche insgesamt sein soll, wie sie im Kanton verteilt und wie ihre Erweiterung regional abgestimmt wird, soll neu der kantonale Richtplan festlegen. Die Kantone haben zur Anpassung ihrer Richtpläne fünf Jahre Zeit. Bis dahin dürfen die Bauzonen nicht erweitert werden.

Den Befürwortern (SP, Grüne, CVP, BDP, Grünliberale) geht es um den Schutz der Landschaft. Für die Gegner (SVP, FDP) ist das Gesetz ein Eingriff in den Föderalismus. Der Gewerbeverband befürchtet höhere Steuern sowie steigende Mieten wegen künstlicher Verknappung von Bauland.



«Man hat noch nicht alles vercheibet»: Landschaftsschützer Hans Weiss im bernischen Lyssach.

durchtrennt, sondern müsse auch jedes neue Haus abseits einer bestehenden Siedlung ans Infrastrukturnetz angeschlossen werden, was die Zersiedelung noch problematischer mache.

Obwohl Weiss sichtlich unwohl ist, wenn er eine Neubausiedlung mitten auf einer Wiese sieht, hat er seine Zuversicht nicht verloren. «Es gibt noch immer viele wunderbar schöne Flecken in der Schweiz. Man hat noch nicht alles *vercheibet*.» Jetzt aber stünde eine Weichenstellung an. «Nochmals dreissig Jahre können wir so nicht weitermachen.»

«Jedes Jahr hässlicher»

Die Warnungen sind nicht neu. Aus dem Jahr 1955 stammt Max Frischs berühmtes Zitat über das Mittelland, das aufgehört habe, Landschaft zu sein: «Es ist nicht Stadt, auch nicht Dorf. Es ist ein Jammer.» 1965, als man im Engadin ein riesiges Gebiet bis zum Ufer des Silser- und Silvaplannersees zur Bauzone erklärte, wurde der Landschaftsschutz erstmals zum landesweiten Politikum. Weiss kämpfte an vorderster Front gegen den Entscheid – mit Erfolg: Die Umzonung konnte zu einem grossen Teil rückgängig gemacht werden. 1973 hat das Parlament erstmals per Notrecht dringliche Massnahmen in der Raumplanung dekretiert. Die Debatte flammt seither alle paar Jah-

re wieder auf, die Argumente sind oft dieselben. Weiss beschreibt die Grundstimmung der Debatte im ersten Satz seines Buches «Die friedliche Zerstörung der Landschaft» (1981): «Die Schweiz gilt immer noch als eines der schönsten Länder der Welt, aber sie wird mit jedem Jahr hässlicher.»

Müsste die Schweizer Landschaft heute nicht längst zubetoniert sein, hätten sich all die Szenarien als richtig erwiesen? «Man muss tatsächlich aufpassen, dass man nicht wie beim Waldsterben vor etwas warnt, das nie eintrifft. Mir geht es nicht darum, die Entwicklung des Landes zu verhindern. Man soll einfach achtgeben beim Bauen.» Weiss ist ein Pragmatiker; mit der Kompromisslosigkeit und dem moralisierenden Unterton vieler seiner Mitstreiter kann er nichts anfangen. «Einfach nur als Verhinderer aufzutreten, ist kontraproduktiv.» Wir machen halt in Lyssach, 20 Kilometer vor Bern – eine riesige Einkaufsmeile im Grünen steht am Rande der Autobahn. «Ich habe nichts gegen Einkaufscenter, ich bin ja auch ein Konsument. Das Problem ist der zusätzliche Verkehr, der an diesem Standort generiert wird.»

Nach Bern, kurz vor Flamatt, steht auf der linken Seite der Autobahn plötzlich eine rosa Siedlung mit lauter streng aneinandergesetzten Einfamilienhäuschen. «Ich nenne das

Hühnerstallsiedlungen: architektonisch anspruchslos, furchtbar hässlich», sagt Weiss, er schüttelt den Kopf und lacht: «Immerhin sind sie kompakt gebaut.»

Der Landschaftsschützer will uns an die Sprachgrenze führen, denn in der Westschweiz gehe man mit der Raumplanung «noch legerer» um als in der Deutschschweiz. Und tatsächlich: Die vielen kleinen Hügel auf der deutschsprachigen Seite in Münchenwiler BE sind mehrheitlich naturbelassen, die Häuser in den kleinen Tälern bäuerlich geprägt und kompakt aneinandergereiht. Kaum passieren wir die Kantonsgrenze, mehren sich die Einfamilienhaussiedlungen aus lauter Fertighäusern. In Courgevaux FR, wenige hundert Meter von Münchenwiler entfernt, weidet eine Schafherde auf einer eingezäunten Wiese, dahinter erhebt sich der Hügel, den Weiss uns unbedingt zeigen wollte.

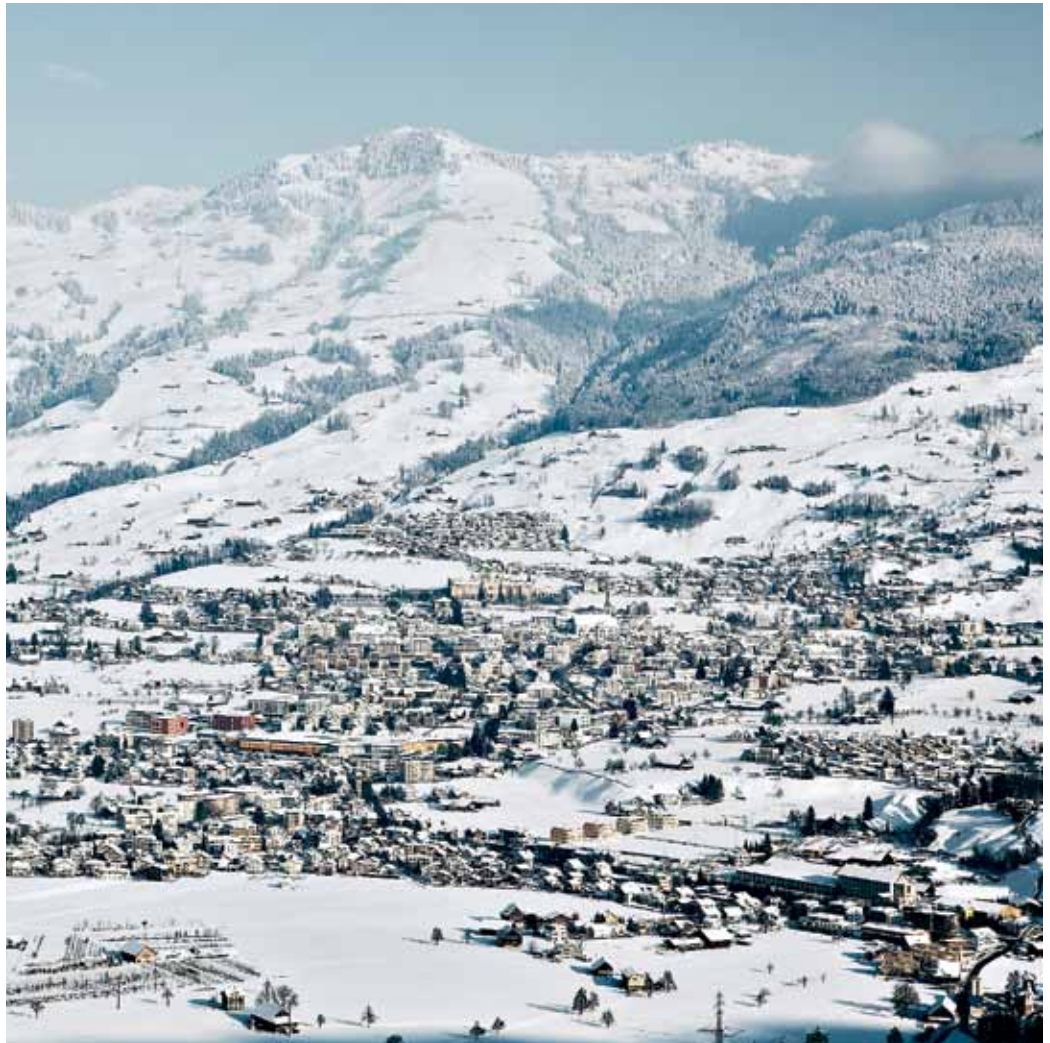
Wäre es nicht so tragisch, müsste man laut herauslachen ob der Absurdität der Szenerie: Der einst grüne Hügel ist frisch verbaut mit Villen und Einfamilienhäusern in den verschiedensten Farben und Formen. Ob Giebel- oder Flachdach, blau oder weiss, modern oder neoklassisch – nichts passt hier zusammen. Ein Wildwuchs der gehobenen Wohnklasse. Wer die Augen zusammenkneift, glaubt eine



Karte von Schwyz 1952...



...und 2011.



Wo ein Ort beginnt und wo er endet, ist nicht auszumachen: zersiedelter Talkessel um Schwyz.

Müllhalde vor sich zu haben. «Noch vor wenigen Jahren war dies alles unverbaut», sagt Weiss und macht mit seiner Leica einige Fotos. Courgevaux wird in seinen vielen Vorträgen als Negativbeispiel herhalten müssen.

Landschaftsschutz als Luxus?

So hässlich diese Verbauung auch sein mag: Hat man in einem freien Land nicht das Recht auf ein Zuhause, das nicht allen gefällt? Auf ein Haus, das nicht zur Umgebung passt? «Natürlich, das ist ja auch das Dilemma. Ich bin mir aber sicher, mit einem guten Gestaltungsplan hätte man hier das Schlimmste verhindern können.» Im Idealfall, sagt Weiss, hätte man einen Architekturwettbewerb ausgeschrieben und auf einem Drittel der Fläche Wohnungen mit demselben hohen Lebensstandard wie bei den Einfamilienhäusern gebaut. «Da gibt es einige hervorragende Beispiele, wo die Bewohner sehr zufrieden sind und eine ähnliche Privatsphäre genießen wie in einem Einfamilienhaus.»

Wir fahren weiter, und, mit dem Auge des Experten ausgerüstet, fällt einem erst richtig auf, wie häufig mitten im Landwirtschaftsgebiet Einfamilienhaussiedlungen stehen. «Die Romands sind betreffend Naturschutz sicher nachlässiger», sagt Weiss. Im Kanton Freiburg

gründe dies auf der historischen Struktur- und Wirtschaftsschwäche; wenn schon jemand sein Haus oder seine Firma in den Kanton zügelnd wollte, habe man ihm keine Steine in den Weg legen wollen. Aber auch dann sei nicht alles erlaubt, sagt Weiss. 2004 zum Beispiel verhindern er und seine Mitstreiter den Bau einer Fabrik des US-Pharmaherstellers Amgen in Galmiz FR, für den die Kantonsregierung die geltenden Gesetze umgehen wollte. 10 000 Leute hätten dort eine Arbeit finden sollen. Der Kampf fand landesweit Beachtung. «Amgen entschied sich nach den Protesten, die Fabrik in Irland zu erstellen. Ich wurde stark angefeindet – doch die Fabrik in Irland steht bis heute nicht.»

Ist Landschaftsschutz ein Zeichen von Wohlstand, gar ein Luxusanliegen? «Das mag sein. Auch bei uns wird in Krisenzeiten jeder Investor freudig begrüßt. Arbeitsplätze sind dann wichtiger als der Landschaftsschutz.» Hat er dafür kein Verständnis? «Doch, selbstverständlich. Aber man soll auch in einer Rezession nach der bestmöglichen Variante suchen und Fabriken lieber auf Industriebrachen als auf die grüne Wiese bauen.»

Die letzte Station auf unserer Reise ist Romont FR, ein wunderschönes historisches Städtchen, auf einen Hügel gebaut, von weitem zu erkennen. Bereits in seinem Buch von

1981 kritisierte Weiss das dortige «Bau-Chaos in ungeschützter Umgebung»: Unmittelbar vor die mittelalterliche Stadtmauer wurden in den 1970er Jahren massive Betonwohnblocks gebaut. Auf den Bildern im Buch stehen die Blocks noch auf grüner Wiese, bis heute hat sich darum herum ein Mittelland-typischer Siedlungswirrwarr mit Wohnblöcken, bunten Einfamilienhäusern und einer Gewerbezone gebildet, der den Blick auf das malerische Städtchen verunstaltet. «Man nimmt keine Rücksicht auf die Umgebung», sagt Weiss. «Alles ist Stückwerk. Verlegenheitsarchitektur noch und noch.»

Fast sein gesamtes Leben hat sich Hans Weiss dem Schutz der Landschaft verschrieben. Was treibt ihn an? «Es geht um das Heimatgefühl, darum, dass die Regionen unterscheidbar bleiben. Die Unverwechselbarkeit macht zunehmend einer postmodernen Beliebigkeit Platz.» Diese Entwicklung gelte es aufzuhalten.

Der Abstimmung um das revidierte Raumplanungsgesetz blickt er mit Spannung entgegen: «Bei einem Ja werden hoffentlich die Gesetze durchgesetzt, die heute ohnehin schon gelten.» Damit könne die Zersiedelung der Schweiz eingeschränkt werden. «Um mehr geht es nicht», sagt Weiss. Aber auch nicht um weniger. ○

Der integrierte Rebell

Als unermüdlicher Kämpfer gegen «Rechtspopulisten», «Abzocker» und «Steuerflüchtlinge» wurde Paolo Bernasconi für den «Swiss Award» nominiert. Wenn es um seine eigene Klientel geht, ist der Saubermann aus dem Tessin nicht so streng. Von Alex Baur

Fragt man ihn nach seinem Motiv, nennt Paolo Bernasconi ein Datum: den 10. April 2011. Das war der Tag, an dem die Lega dei Ticinesi von Giuliano Bignasca (Parteipräsident auf Lebenszeit) mit 29,8 Prozent der Stimmen den Freisinn als stärkste Partei im Tessin ablöste. Bernasconi sass an jenem Sonntag hinter seinem Schreibtisch an der Via Lucchini in Lugano, sein Blick schweifte über den See hinauf zum Monte Brè. Aus der Ferne drangen die Parolen der *leghisti* zu ihm hinauf, die auf der Piazza Riforma ihren historischen Sieg feierten: «Siamo i patroni del Ticino» – «Wir sind die Herren des Tessin». In diesem Moment sei ihm klargeworden: «Du musst etwas tun.»

Seither mobilisiert und polemisiert der Anwalt, Professor und Kolumnist, der im nächsten April seinen siebzigsten Geburtstag feiert, auf allen Kanälen gegen die Lega. Die staatsnahen TV-Kanäle dies- und jenseits des Gotthards sind ihm dabei stets zu Diensten. Über einen direkten Draht verfügt er auch zum Hause Ringier, das im Tessin mit der Sonntagszeitung *Il caffè* einen Gegenpol setzt zum *Mattino della Domenica*, dem schrillen Organ des Giuliano Bignasca. Sukkurs erhält Bernasconi von einer Handvoll Tessiner Grössen, die man auch in der Deutschschweiz bestens kennt: alt Ständerat Dick Marty, Clown Dimitri, Marco Solari, der Kapuzinermönch Callisto, Mario Botta.

Strafanzeige nach Persiflage

Für einen grösseren Wirbel im Tessin sorgte Bernasconi vor gut einem Jahr, als er heimlich eine Persiflage von Bignascas *Mattino* in stattlicher Auflage (40 000 Exemplare) drucken und verteilen liess. Optisch wie auch im grobschlächtigen Stil war der falsche *Mattino* dem Original, das am selben Tag erschien, zum Verwechseln ähnlich. Nur wurden für einmal nicht Bignascas Feinde, sondern der *capo* der Lega und vor allem die Inserenten des *Mattino* mit Spott, Schimpf und Schande überzogen.

Natürlich blieb der Urheber des Plagiats im kleinräumigen Tessin nicht lange geheim. Die einen behaupten, der *avvocato* mit der unverkennbaren grauen Mähne sei durch eine Überwachungskamera überführt worden, als er bei Nacht und Nebel (aber in tadellosem Anzug und Krawatte) sein Plagiat eigenhändig streute. Bernasconi bestreitet diese Version nur halbherzig («Es war komplizierter») und beharrt darauf, sich selber geoutet zu haben. Eine Strafanzeige wurde eingereicht, doch wie es scheint, nehmen die Ermittlungen densel-

ben Verlauf, den auch die meisten der bislang 247 gegen Bignasca eingereichten Strafklagen nahmen: Man lässt sie diskret versanden.

Für seinen «grossen Einsatz gegen den politischen Stil des Lega-Präsidenten Giuliano Bignasca und den Rechtspopulismus» (offizielle Begründung der Jury) wurde Paolo Bernasconi kürzlich zum «Schweizer des Jahres» (eine Produktion von SRF mit Ringier als grösstem Medienpartner) nominiert. Besonders angetan waren die Juroren des «Swiss Award» von Bernasconis Forderung, «die Verbreitung des *Mattino* an den Schulen zu verbieten». Dass der Kandidat sich dabei selber jener Stilmittel bediente, die er bei Bignasca scharf verurteilt, wurde grosszügig übersehen. In einer Hinsicht traf die Nomination allerdings ins Schwarze: Bignasca und Bernasconi verkörpern die Widersprüchlichkeiten des Tessins nachgerade ideal.

Der grossmaulige Baulöwe Bignasca, ansässig an der Via Monte Boglia im Luganeser Arbeiterviertel, der seine Karriere als Fussballer begann, kaum Deutsch spricht und vor keiner Provokation zurückschreckt, ist der Prototyp

Bignasca und Bernasconi verkörpern die Tessiner Widersprüchlichkeit idealtypisch.

des hemdsärmeligen Emporkömmlings. Das Hauptquartier seines Widersachers Bernasconi liegt nur wenige hundert Meter entfernt, an bester Lage neben dem Kongresshaus. Und doch liegen Welten zwischen den beiden.

Der joviale Bernasconi, stets elegant im Auftritt und geschliffen im Ausdruck, mit Studien in Bern und Freiburg, ist Sprössling einer Tessiner Familie mit klingendem Namen. Sein Vater, ein angesehener Strafverteidiger mit Leidenschaft für die Poesie, Grossrat und Direktor der *Gazzetta del Ticino*, war ein *personaggio*, eine politische Grösse, ein Liberaler selbstverständlich. Gemeinsam ist Bignasca und Bernasconi höchstens ein treuer Bruder im Hintergrund, der ihnen den Rücken freihält.

Nach Abschluss seines Rechtsstudiums kehrte Paolo Bernasconi umgehend in seine Heimat zurück, wo er im Alter von 23 Jahren als Praktikant bei der Staatsanwaltschaft anheuerte. Bloss drei Jahre später rückte er als provisorischer Staatsanwalt der Region Sottoceneri nach. Zeitgenossen bezweifeln, dass er damals eine Wahl durch den Grossrat geschafft hätte. Erstens war er der jüngste Tessiner

Staatsanwalt seit Menschengedenken, zweitens war er parteilos, und drittens galt Paolo Bernasconi als Linker. Dass er sich bei der Gebirgsinfanterie zum Offizier hochgedient hatte, vermochte die Bedenken der erzliberalen Luganesi nicht zu zerstreuen.

Spektakuläre Verhaftung

Als Staatsanwalt verschaffte sich Bernasconi schnell den Ruf des unerbittlichen Kämpfers gegen Geldwäscherei und andere Wirtschaftsdelikte, der ihm bis heute anhaftet. Tatsächlich brachte er in den 1970er und 1980er Jahren eine ganze Reihe von spektakulären Fällen zur Anklage, die weit über das Tessin hinaus für Aufmerksamkeit sorgten: den SKA-Chiasso-Skandal bei der damaligen Kreditanstalt, die «Pizza-Connection» um die italoamerikanische Drogenmafia oder die Affäre um die Banca Vallugano, die einige Tessiner *notabili* bös in Verlegenheit brachte. International für Schlagzeilen sorgte er mit der Verhaftung des angeblichen italienischen Geheimlogenchefs Licio Gelli, dem eine rechtsextreme Verschwörung nachgesagt wurde (in Italien wurde Gelli später freigesprochen).

Paolo Bernasconi war ein Pionier der damals europaweit heranwachsenden Generation von progressiven Staatsanwälten wie Baltasar Garzón (Spanien), Antonio di Pietro (Italien), Eva Joly (Frankreich) oder Bernard Bertossa (Genf), die ihre Mission stets auch in einen politischen Zusammenhang stellten. Dass sie dabei praktisch ausnahmslos linke Anliegen vertraten, verstand sich irgendwie von selbst und wurde kaum je thematisiert. Jedenfalls nicht von den zugeneigten Journalisten, die von den Starermittlern stets in ihre Kampagnen mit einbezogen und – Amtsgeheimnis hin oder her – mit Indiskretionen versorgt wurden.

Bernasconi selber machte aus seiner Gesinnung nie einen Hehl. Die US-Bomben über Vietnam und Pinochets Putsch in Chile waren für ihn nach eigenen Worten politische Schlüsselereignisse. Im Tessin führte dies öfter zu Stirnrunzeln, und auch die damalige Bundesanwaltschaft in Bern hielt Bernasconi auf Distanz. Doch zu den Deutschschweizer Medien, die Bernasconi bis heute als «Mafiajäger» (was er selber als «Unfug» bezeichnet) apostrophieren, drangen solche Interna nie.

Anders als in seiner Heimat wurden auch diesseits der Alpen seine Niederlagen kaum registriert. So endete etwa der Monsterprozess gegen den Arzt Antonio De Marchi und dessen



«Alles ist sehr kompliziert»: Rechtsprofessor und ehemaliger Tessiner Staatsanwalt Bernasconi.

vermeintliche «Todesklinik» mit einem dröhnenden Freispruch und einer richterlichen Schelte an die Adresse des Anklägers. Im Gegensatz zu Carla Del Ponte und Dick Marty, die später in seine Fusstapfen traten, konnte Bernasconi aber immerhin echte Erfolge vorweisen. Anders als seine Nacheiferer, die zwar stets viel Spektakel lieferten, in ihrer ganzen Karriere aber nie auch nur eine einzige Verurteilung von Belang zustande brachten, gilt Berlusconi als gewissenhafter *Chrapfner*.

Die Schaumschläger Del Ponte und Marty nutzten die Justiz als Sprungbrett für die Politik. Nicht so Paolo Bernasconi. Als er 1985 den Dienst bei der Staatsanwaltschaft quittierte,

trat er der väterlichen Anwaltskanzlei in Lugano bei, der er bis heute angehört. Damals war er bereits Dozent an der Universität St. Gallen. Ein Jahr später wurde er auf Initiative von Justizministerin Elisabeth Kopp (FDP) in die Expertenkommission berufen, welche die Geldwäscherei-Strafnorm entwarf. Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass Kopp 1989 über einen (im Rückblick völlig haltlosen) Geldwäscherei-Verdacht stolperte, den Bernasconi angerissen und Dick Marty ausgebaut hatte.

Bernasconi dozierte seither als Spezialist für das Bankgeheimnis und Geldwäscherei an verschiedenen Universitäten im In- und Ausland. Dass der Professor, der schon Hunderte von

Doktoranden betreute, selber nie eine Dissertation abgeliefert hat, ist ein Kuriosum, auf das sein Erzfeind Bignasca immer wieder genüsslich anspielt. Es gibt eine Version, wonach Bernasconi die Arbeit zwar geschrieben, jedoch nie eingereicht habe, weil man ihm signalisiert habe, dass sie nicht akzeptiert würde. Bernasconi bestreitet dies sichtlich genervt: «Ich habe nie eine Dissertation geschrieben, weil es mich nicht interessierte – *e basta.*»

Berlusconi's Geschäftspartner als Klient

Unter seinen linken Anhängern sind es vor allem Bernasconi's Aktivitäten als Wirtschaftsanwalt, die regelmässig zu Irritationen führen. So vertritt der *avvocato* gemäss Recherchen der *Weltwoche* zurzeit die Interessen von vier Gesellschaften des amerikanisch-ägyptischen Filmhändlers Frank Agrama, deren Vermögen im Umfang von rund 100 Millionen Franken in der Schweiz auf Antrag der Mailänder Staatsanwaltschaft seit 2005 blockiert ist. Im letzten Oktober verurteilte ein Mailänder Gericht Agrama in diesem Kontext zusammen mit dem italienischen Ex-Premier Silvio Berlusconi wegen Steuerhinterziehung zu drei Jahren Gefängnis. Auf das Thema angesprochen, winkt der ansonsten durchaus gesprächige Anwalt kurz angebunden ab: «Es ist kompliziert, alles sehr kompliziert.»

Paolo Bernasconi möchte lieber über die nationalen und internationalen Gremien reden, bei denen er stets ein gerngesehener Gast ist. Oder über die «Abzocker»-Initiative, für die er neuerdings die Werbetrommel rührt. Natürlich sorgten 50 000 italienische Grenzgänger, die Tag für Tag ins Tessin einfallen, für Unmut in der Bevölkerung, den sein Widersacher Bignasca zäh bewirtschaftete. Natürlich hätten die herkömmlichen Parteien versagt, die das Problem nicht wahrhaben wollten. Doch sollte man die Aufmerksamkeit nicht vielmehr auf die Wurzel des Übels lenken? – Den Zerfall der Werte und der sozialen Solidarität! Stünden die obszönen Managergehälter nicht etwa sinnbildlich für diese Entwicklung?

Wo sich Bignasca aufs Volk beruft, beschwört Bernasconi die «Zivilgesellschaft», die in keiner seiner Reden fehlt. Geprägt wurde der Begriff vom marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci nach dem kläglichen Scheitern der sozialistischen Revolutionen. Gemeint sind damit soziale Bewegungen und Organisationen, die sogenannten NGOs und NPO, in denen Fachleute und Intellektuelle auf Kongressen fernab von der Unbill des Alltags und ausserhalb jeder staatlichen Kontrolle eine bessere Welt organisieren. Wenn er von dieser Welt redet, wird der *avvocato* um Jahrzehnte jünger, blüht der alte Rebell auf, der einst angetreten war, um das Establishment das Fürchten zu lehren. Das Problem ist bloss, dass Paolo Bernasconi selber längst Teil des Establishments ist – was wohl niemand von Giuliano Bignasca behaupten würde, seinem Intimfeind. ○



«Wenn du jetzt nicht sofort kommst, lasse ich dich allein hier!»

Wenn Eltern ihre Kinder anlügen

Eine grosse Mehrheit der Eltern setzen Erziehungslügen ein, wenn sie nicht mehr weiterwissen. Die Methode funktioniere nur kurzfristig, sagen Fachleute – auf Dauer schade es den Kindern.

Von Daniela Niederberger

Wer eine Mutter oder einen Vater fragen würde: «Lügen Sie Ihre Kinder an?», bekäme garantiert ein empörtes «Sicher nicht» zur Antwort. Wir lügen doch unsere Kinder nicht an! Leider schon. Eine Studie, die das Erziehungsverhalten von Eltern in den USA und in China untersuchte, ergab, dass 84 Prozent der amerikanischen und 98 Prozent der chinesischen Mütter und Väter zu Erziehungslügen greifen. Erschienen ist die Studie im *International Journal of Psychology*, befragt wurden 114 amerikanische und 85 chinesische Paare.

Die Psychologen legten den Eltern gängige Lügen aus vier Kategorien vor: solche, die das Kind dazu bringen sollen, aufzuessen («Wenn du nicht aufisst, bekommst du im ganzen Gesicht Pickel»); solche, die das trödelnde Kind zum Mitkommen bewegen sollen («Wenn du jetzt nicht sofort kommst, lasse ich dich allein hier!»); drittens solche, die ungezogene Kinder bändigen

sollen («Wenn du dich nicht benimmst, rufe ich die Polizei!»); und schliesslich Lügen, auf die im Shopping-Center zurückgegriffen wird («Tut mir leid, ich habe heute kein Geld dabei»).

Man mag einwenden, wir seien ja keine Amerikaner und auch keine Chinesen. Beides stimmt. Doch mit grosser Wahrscheinlichkeit lügt auch eine Mehrheit der Schweizer Eltern mehr oder weniger regelmässig. Welche Mutter hat nicht schon entnervt gerufen: «Ich gehe jetzt, tschau, tschau», und ist hinter der nächsten Häusercke verschwunden, darauf bauend, dass das dem Spross Beine macht. Aber falls nicht, ist noch jede wieder hervorgekommen.

Sind solche Lügen unschön, aber verzeihbar, nach dem Motto «Der Zweck heiligt die Mittel»? Oder sind sie schlecht?

«Sie sind schädlich», sagen Expertinnen und Experten. Kathrin Buholzer ist Online-Erziehungsberaterin und macht Erziehungsvideos

und -Apps, unter anderem zusammen mit dem Familieninstitut der Universität Freiburg. Sie sagt, das Weglaufen etwa sei sehr kontraproduktiv. «Bei kleinen Kindern nützt das vielleicht ein paarmal. Aber bald merken sie: «Die kommt ja immer wieder.» Weil: In einem Einkaufszentrum oder in der Stadt ist es zu gefährlich, ein Kleinkind aus den Augen zu verlieren. Nicht nur verpufft die Wirkung schnell, das Kind glaubt dem Mami auch nicht mehr alles. «Das Vertrauen leidet», sagt Buholzer. Klar könne einer Mutter mal etwas rausrutschen wie: «Wenn du so viel Süsses isst, bekommst du Bibeli.» Gehöre das Schrecken-Einjagen («Schiel nicht so, sonst bleibt es dir») zum Erziehungsrepertoire, «dann wird es schwierig».

Man macht dem Kind bewusst Angst, und was Angst in Kindern auslösen kann, hat der kanadische Entwicklungspsychologe Gordon Neufeld erforscht. Sagt eine Mutter: «Ich gehe

jetzt», oder: «Ich lasse dich hier allein zurück», ist das eine Trennungsdrohung. Was gibt es Schlimmeres für ein Kleinkind, als von der Mutter verlassen zu werden? Allein zu sein in einer fremden Umgebung? Es wird das erste Mal panische Angst verspüren, auch das zweite oder dritte Mal. «Um diese Angst auszuhalten und den damit verbundenen Schmerz, wird es sich panzern und Schutzmechanismen aufbauen», sagte Neufeld kürzlich an einem Referat in Küsnacht bei Zürich. «Das Herz des Kindes wird sich mit jedem Mal ein bisschen mehr verhärten.» Mit der Zeit würden Kinder, die zu oft alarmiert, also in Angst versetzt wurden, auf Drohungen nicht mehr sichtbar reagieren. «Sie werden sagen: «Mir doch egal», ihr Gesicht wird unbewegt sein, der Blick abgewendet.» Solche Kinder seien weniger vorsichtig, weniger rücksichtsvoll und weniger leicht zu führen, sagt Neufeld. «Kinder sind leicht zu erschrecken, ihr Alarmsystem ist sehr fragil», sagt der Psychologe und Buchautor. «Man sollte sich das Erschrecken der Kinder für Wichtiges aufsparen. Eltern dürfen nicht zur Alarmquelle werden.»

Esther Sigrist ist Spielgruppenleiterin an der Rudolf-Steiner-Schule in Winterthur und gibt auch Erziehungskurse. Sie sagt, viele der genannten Beispiele seien eigentlich Drohungen. «Drohungen lösen einen Kreislauf der Angst aus», sagt auch sie. «Und das ist für alle kontraproduktiv.» Mit Drohungen und Druck könne man ein Kind nicht erziehen. «Dann verlieren wir ein Stück weit die Beziehung zu ihm. Spätestens in der Pubertät oder schon früher werden wir die Folgen dieser Erziehungsmethode spüren. Das ist ein schmerzlicher Preis», sagt Sigrist. Denn wir wünschen uns doch alle eine gute Beziehung zum Kind.

Buholzer sieht noch eine weitere negative Folge: «Wenn man den Kindern täglich solche Dinge auftischt, kann man nicht erwarten, dass sie uns gegenüber ehrlich und offen sind. Sie werden uns ähnlich Hanebüchenes erzählen.» Kinder ahmen nach, im Guten wie im Schlechten.

Warum aber kommen Eltern überhaupt auf die Idee, wider besseres Wissen Lügen und abstruses Zeug zu erzählen? «Meistens aus einer

Hilflosigkeit heraus», sagt Kathrin Buholzer. Man ist im Stress, weil man den Bus erwischen muss, und gerade dann bockt ein Kind. Esther Sigrist sagt: «Kinder wissen genau, wann und wie sie einen am meisten auf die Palme bringen. Es zu schaffen, dass die Mutter die Fassung verliert, gibt eine gewisse Macht.» Und den Eltern eine gewisse Ohnmacht.

«Komm, wir spielen Rössli»

Wie könnte man es nun besser machen? Sicher einmal sei es unklug, zu verlangen, dass Kinder den Teller leer essen. «Zu so etwas Persönlichem wie Essen sollte man Kinder nicht zwingen», sagt Sigrist. Habe eine Mutter echte Bedenken, ob ihr Kind genügend Nährstoffe bekommt, könne sie Folgendes sagen: «Ich mache mir Sorgen, dass du krank wirst, wenn du nicht isst. Wir müssen gemeinsam herausfinden, wie du zu deinen Vitaminen kommst.»

Auch solle man den Kindern den grösstmöglichen Spielraum lassen, den man verantworten könne. In einer Stadt werde es natürlich schnell gefährlich, sagt Sigrist, aber im Wald könne man dem Kind sagen: «Hör zu, ich gehe schon mal voraus und warte dort auf dem Bänkli auf dich.» Auf diese Weise wird die Beziehung zum Kind nicht gekappt, es wird nicht gedroht, und das Kind weiss, woran es ist.

Häufig, so hat Buholzer beobachtet, verursachen die Eltern den Stress selber. Sie haben zu wenig Zeit eingeplant, wollen noch rasch ihre Mails lesen oder einen Telefonanruf erledigen, und dann muss alles plötzlich zack, zack gehen. Aber natürlich begreift der kleine Tim nichts und will noch rasch die Zeichnung holen, die er gemacht hat, oder sein Kuscheltier. Dann dauert es ewig, bis er Jacke und Schuhe angezogen hat, und just als man zur Tür hinausgehen will, kommt ihm in den Sinn, dass er noch auf die Toilette sollte. Der Blutdruck beim Vater steigt und steigt. Nun hat man doch klar und deutlich gesagt, dass der Bus in drei Minuten fährt, und der tut, als wenn er alle Zeit der Welt hätte!

Das Dumme ist nur, kleine Kinder glauben das auch. Sie können sich unter solchen, für sie so abstrakten Zeitangaben nichts vorstellen.

Ältere Kinder begreifen es, wenn man ihnen sagt: «Beeil dich, wir müssen auf den Bus.» Jüngere nicht. Und so wird der Vater irgendwann losbrüllen oder die Mutter gestresst sagen: «Dann gehen wir halt ohne dich.»

Ist nun aber eine Mutter mit ihrem Kind in der Stadt und sollte wirklich den Bus erwischen, der Kleine aber freut sich an jedem Stein am Wegrand? Dann könnte ihn das Mami schnell auf die Schultern nehmen oder sagen: «Einen Stein darfst du noch nehmen. Und dann gehen wir schnell zur Bushaltestelle. Dort schauen wir uns die Steine an, die du gesammelt hast.» Gut funktioniert auch Motivation: «An der Haltestelle darfst du ein Dar-Vida essen.» Oder man packt das Kind über die Fantasie: «Komm, wir spielen Rössli und galoppieren da lang.»

Dass Motivation besser funktioniere als Drohung, wisse jeder von uns, sagt Buholzer. «Stellen wir uns nur einmal folgende Situation vor: Wir sind im Büro und kommen mit einer uns aufgetragenen Arbeit nicht vorwärts. Da brüllt der Chef quer durchs Grossraumbüro: «Wenn du weiter so *lamaschig* tust, gibt es keinen dreizehnten Monatslohn!» Wir würden denken: «Blöder Typ, geht's noch!»

Als A und O der Mitarbeiterführung gilt das Motivieren. «Wenn wir dieses Ziel erreichen, dann ...» Es scheint mehr Erfolg zu bringen als Drohen und Herabsetzen. Den Kindern aber droht man, man setzt sie herab («Du lahme Ente! Du *Schnäggl!*»), und man spricht generell in einem Ton mit ihnen, den man selber nie goutieren würde.

Immerhin ist es den meisten Eltern nicht ganz wohl bei der Sache. Sie wissen, dass es nicht richtig ist. Das zeigte auch die oben zitierte Studie. Die befragten amerikanischen Eltern fanden ihre Lüge eigentlich schlecht. Die chinesischen Eltern dagegen billigten sie als Mittel zum Zweck.

Gordon Neufeld: «Unsere Kinder brauchen uns! Die entscheidende Bedeutung der Kind-Eltern-Bindung.» Genius, 2006 (Englische Originalausgabe: «Hold On to Your Kids – Why Parents Need to Matter More than Peers»)

Informationen: www.elternplanet.ch



ARVI
THE SWISS BANK OF FINE AND RARE WINES

ARVISA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 68 88
F 091 648 33 75
info@arvi.ch
www.arvi.ch

MAURO -
BODEGAS MAURO 2010

CHF 28.10
Ab 36 Flaschen CHF 27.00

ALION -
VEGA SICILIA 2008

CHF 52.90
Ab 36 Flaschen CHF 51.85

AALTO -
AALTO 2010

CHF 34.55
Ab 36 Flaschen CHF 33.50

PINTIA -
BODEGAS PINTIA 2007

CHF 36.70
Ab 36 Flaschen CHF 35.65

HIGHLIGHTS DER WOCHE

Dignus - Bodegas Viña Magaña 2007
CHF 14.05 Ab 36 Flaschen CHF 12.95 ★ RP92

Tinto Crianza - Pesquera - Alejandro Fernandez 2009
CHF 20.50 Ab 36 Flaschen CHF 19.45

Numanthia - Numanthia 2008
CHF 38.90 Ab 36 Flaschen CHF 36.70 ★ RP93

Clos Mogador - Bodega Clos Mogador 2007
CHF 56.15 Ab 36 Flaschen CHF 52.90 ★ RP96

Tinto Valbuena 5 Reserva - Vega Sicilia 2007
CHF 102.60 Ab 36 Flaschen CHF 99.35 ★ RP92

Unico - Vega Sicilia 2000
CHF 264.60 Ab 36 Flaschen CHF 253.80 ★ RP98

Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Franko Melano, Transport nicht im Preis enthalten.

«Wir sind zum Siegen verurteilt»

In einem aufsehenerregenden Fernsehinterview des italienischen Privatsenders La 7 spricht Silvio Berlusconi über seine Rückkehr in die Politik, die Leistungen seiner Regierung und die wahre Grösse der Wirtschaftsmacht Italien. Das Gespräch, das wir hier dokumentieren, führte *Lilli Gruber*

Willkommen, Silvio Berlusconi, Leader des PdL [Popolo della Libertà] und von Mitte-rechts. Sie machen erstmals eine Wahlkampagne, ohne offiziell als Premier-Kandidat anzutreten. Haben wir das richtig verstanden?

Ja, obschon alle diese Dinge im Moment weit weg von mir sind, weil ich eine exklusive Ankündigung machen kann: Ich bin zum siebten Mal Grossvater geworden.

Glückwunsch.

Meine Tochter Eleonora hat einen Sohn, Riccardo, zur Welt gebracht, der 3,2 kg wiegt und 51 cm lang ist.

Zur Aktualität. Wieso hat die Lega verlangt, dass der Kandidat fürs Premierministeramt von Mitte-rechts nicht Sie sind?

Ich war es, der diesen Vorschlag gemacht hat, der möglicherweise auch das Spiel innerhalb der Lega erleichtert. Unter den gegenwärtigen Umständen hat ein Premierminister keinen Handlungsspielraum, während der Wirtschaftsminister, wenn er etwa auch noch die Aufgaben des Entwicklungsministers übernehmen würde, in die Tiefe wirken kann.

Sie wären also bereit, den Posten des Wirtschaftsministers zu übernehmen mit einem Ministerpräsidenten Tremonti zum Beispiel.

Wir werden sehen. Jetzt ist nicht der Moment, mit Sicherheit den Namen des Ministerpräsidenten zu nennen, denn wie wir wissen, ist dessen Wahl Sache des Präsidenten der Republik.

Aber auf Ihrer Wahl-Affiche wird «Berlusconi Presidente» stehen.

Weil es die Affiche ist, die 2008 zum Sieg geführt hat, als wir beinahe 40 Prozent der Stimmen machten; ein Ziel, das wir wiederum anstreben. Im Übrigen möchte ich wiederholen, dass in Italien nichts gehen wird, wenn wir nicht gewisse Dinge tun. Eines ist, dass man die institutionelle Architektur der Entscheidungen reformiert. Das zweite ist, dass unsere einzige Hoffnung, den Steuerdruck zu überwinden und das Land zu modernisieren, darin besteht, die liberale Revolution zu verwirklichen, die ich in den früheren Wahlkämpfen versprach, aber nicht verwirklichen konnte. Ich war guten Willens, ich stellte mir vor, als ich die Regierung übernahm, dass diese Möglichkeit besteht.

Wer hat Sie daran gehindert? Wieso konnten Sie es nicht tun?

Zum einen, weil die Regierung nicht die geeigneten Instrumente besitzt.

Aber Premier Monti hat doch Dinge verändert ...

Weil er sich in einer aussergewöhnlichen Situation befand, die den demokratisch gewählten Regierungen nicht zugestanden wird. Die Regierung Monti konnte davon profitieren, dass sie immer auf das Instrument des Gesetzesdekrets zurückgreifen konnte, und dies auch in nicht dringlichen Fragen. Wenn in Italien eine vom Parlament gebilligte Gesetzesvorlage der Opposition missfällt, kann sie ans Verfassungsgericht gelangen, das die Vorlage dann unweigerlich für ungültig erklärt.

Wir haben zwar gewisse Reformen gemacht, aber die fundamentalen konnten wir nicht durchbringen. Aus dieser Sicht bleibt dem Ministerpräsidenten nur übrig, die Vogelscheuche zu spielen. Er besitzt überhaupt keine Macht. Wir müssten den gleichen Entscheidungsprozess haben wie alle andern westlichen demokratischen Regierungen. Davon sind wir weit entfernt. Als unsere Verfassungsväter die Machtbefugnisse unter den Institutionen verteilten, gaben sie der Regierung keine Macht, weil sie nicht Verhältnisse schaffen wollten, die zum früheren Regime geführt hatten ...

... dem Faschismus.

Bei uns verfügte auch nie eine politische Bewegung über die absolute Mehrheit. Um im



«Manchmal bin ich müde»: Politiker und Medienunternehmer Berlusconi.

Parlament eine solche zu erlangen, musste sich jede Regierung immer auch auf die kleinen Parteien stützen.

Sie haben zusammen mit der Lega eine Vereinbarung über die Steuern getroffen. Die Lega möchte eine Makro-Region im Norden schaffen und für diese 75 Prozent der Staatseinnahmen beanspruchen. Sind Sie mit dieser, sagen wir, Hypothese einverstanden?

Es ist eine Hypothese, der wir bereits nahegekommen sind. Wenn man alle Leistungen einberechnet, welche die Regionen des Nordens für die Dienste des Staates aufbringen, sind wir schon jetzt bei 71 oder 72 Prozent. Wir können eine Lösung finden, mit der auch die Regionen des Südens einverstanden sind.

Können Sie bestätigen, dass Ihr Gegner im Wahlkampf nicht Monti, sondern Bersani ist, der Spitzenkandidat von Mitte-links?

Absolut. Wir sind auf dem Spielfeld, um diese Wahlen zu gewinnen. Unser Gegner ist der Partito Democratico, der sich in der gleichen Situation befindet wie 1994, als er eine grosse Siegeschance hatte. Wir erachten das als nicht positiv für unser Land.

Wir fürchten eine Übernahme der Regierung durch diese Partei, weil sie dieses Erbe des Neids hat. Es genügt ja schon, ihr Programm anzuschauen: kein Wort über die Abschaffung der Liegenschaftssteuer auf die Erstwohnung, die für die italienischen Familien von fundamentaler Bedeutung ist.

Als Sie vor etwa einem Jahr als Ministerpräsident zurücktraten, war der «Spread» bei 575 Punkten [Risikoaufschlag bei Staatsanleihen, d. Red.], heute liegt er bei 279. Gemäss Angaben der italienischen Zentralbank spart Italien durch diese Zinsdifferenz in drei Jahren 50 Milliarden Euro. Wieso nennen Sie den «Spread» einen grossen Schwindel?

Wegen der Art, wie der «Spread» angewendet wurde, und der Bedeutung, die man ihm beigemessen hat. Was war passiert? Die Deutsche Bundesbank hatte beschlossen, eine bedeutende Anzahl unserer Staatspapiere im Wert von 8 bis 9 Milliarden auf den Markt zu werfen. Als internationale amerikanische Anlagefonds dies sahen, dachten sie, Deutschland müsse seine guten Gründe haben, und verkauften auch ihre Titel, was auf dem Sekundärmarkt eine negative Ten-

denz für unsere Staatspapiere erzeugte. Die Regierung hatte nichts mit alledem zu tun. In den fünf Monaten bevor ich zurücktrat, waren die Zinsen um 0,31 Prozent tiefer als diejenigen, die wir durchschnittlich im Jahr der Technokratenregierung bezahlt haben. Regierungen haben überhaupt keinen Einfluss auf die Entwicklung der Zinsen.

Wieso denn ist Ihrer Meinung nach der «Spread» gesunken?

Weil sich die internationalen Verhältnisse geändert haben. Als 2002 der Euro eingeführt wurde, zahlte Deutschland Zinsen zu 3,3 Prozent, Italien solche zu 4,3 Prozent. Dann gab es eine Spekulation. Italienische, spanische und griechische Schuldpapiere wurden auf den Markt geworfen und suchten Käufer. Die Investoren verlangten eine Risikoprämie, bestehend aus erhöhten Zinsen. Die Länder, die dem Euro beitraten, haben ein Grundrecht aufgegeben, das Recht, in Notfällen Geld zu drucken. Dieses Recht ging an die Europäische Zentralbank (EZB). Deutschland, das als grösstes aller Übel die Inflation fürchtet, war nicht damit einverstanden, dass die EZB für die Staatsschulden aller Länder garantiert.

Das hat die EZB doch getan.

Nein, es war Mario Draghi – und zwischen Klammern möchte ich sagen, dass es Silvio Berlusconi war, der Mario Draghi dort haben wollte und der den Widerstand Sarkozys und Merkels und sogar Italiens überwand.

Ist für Sie der Austritt Italiens aus dem Euro wünschbar?

Überhaupt nicht, weil dann das System des Euro auffliegen würde und weil dies schwerwiegende Folgen für den Zusammenhalt Europas hätte. Heute haben wir alle die gleiche Währung, aber wir bezahlen sie unterschiedlich. Dies muss unbedingt vermieden werden. Entweder wird die Zentralbank mit Zustimmung Deutschlands und der anderen zur Garantiebank, oder Deutschland muss aus dem Euro ausscheiden.

Onorevole, gemäss Umfragen will eine Mehrheit der Italiener keine Rückkehr Berlusconis ...

Ich bin im Besitz von Zahlen, die ganz anders aussehen. Wir [vom PdL] sind in den Umfragen von 14 auf 21 Prozent der Stimmen gestiegen, und Mitte-rechts liegt bei 31 Prozent. Folglich müssen wir gemäss dieser Umfrage zusätzlich 5 Millionen enttäuschte Wähler des PdL von 2008 zurückgewinnen. Nach unserer Auffassung sind es 7 Millionen, und es wird ziemlich leicht fallen, sie zur Heimkehr zu bewegen. Wir müssen bloss die Wirklichkeit aufzeigen.

Sie sind also sehr zuversichtlich?

Wir sind zum Siegen verurteilt, und deshalb bin ich da.

(Lacht). Was der Wählerschaft, der Hälfte Ihrer Wählerschaft, am meisten missfällt, ist



allgemein die ungeeignete Auswahl an Politikern. Wie kann man dies verbessern?

Ich bestreite, dass es eine ungeeignete Auswahl gibt. Die Politik hat Skandale erzeugt. Es gab inakzeptable Vorfälle mit Politikern, welche das Geld der Italiener verwendet hatten et cetera.

Sie wollten doch schon 2008 damit aufräumen, wenn ich mich richtig erinnere.

Nein, nein, ich habe immer alles, was ich versprochen habe, gehalten. (*Zieht eine Tafel hervor*) Hier habe ich Ihnen eine Zusammenstellung der vierzig Reformen mitgebracht, die durchzuführen mir zwischen 2001 und 2011 gelungen ist. Es sind Dinge, die Italien besser gemacht haben.

54 Prozent der Italiener glauben, Ihre grösste Schwäche seien Ihre juristischen Affären. Beispielsweise sind Sie vor ein paar Monaten wegen Steuerbetrugs zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ich möchte Sie fragen, ob Sie sich – wenn das Appellationsurteil, das auf März erwartet wird, das Urteil der ersten Instanz bestätigt – vom politischen Leben zurückziehen werden.

Ich glaube nicht, dass dies geschehen wird, und deshalb verliere ich keine Zeit, an eine solche Möglichkeit zu denken. Es ist unmöglich, dass dies geschieht. Es ist ein Urteil, das auf nichts beruht – inzwischen bin ich solch negative Urteile des Gerichts von Mailand gewohnt. Es hat mich verurteilt, weil ich ein Instrument konstruiert haben soll, um für Mediaset, meine Firma, eine Steuerumgehung von 3 Millionen zu erreichen in den Jahren 2002/2003, in denen meine Gruppe dem Staat 577 Millionen Euro an Steuern ablieferte. Stellen Sie sich vor, dass ich als Ministerpräsident ...

Aber wenn Sie in der Berufung verurteilt werden sollten ...

Dies ist nicht möglich. Wenn Sie meine ganze Lebensgeschichte anschauen, sehen Sie klar, wer die Verfolger sind – und wer der Verfolgte. 1994, als ich in die Regierung eintrat, wurde ich der Korruption angeklagt, aber in zweiter und dritter Instanz vollständig freigesprochen. Die Justiz will einen politischen Gegner ausschalten. Dies ist eine Tatsache. Es gibt keinen anderen Italiener, dem 63 Untersuchungen und unzählige Prozesse angehängt wurden, die Anwaltskosten von 450 Millionen Euro zur Folge hatten.

Ich möchte Ihnen jetzt eine andere Frage stellen.

Sie können mich nicht zu einem so wichtigen Thema befragen und mir nicht Gelegenheit geben, eine vollständige Antwort zu geben.

Hören Sie, Onorevole Berlusconi ...

Wieso reden wir nicht von den schönen



«Bon ton»: Berlusconi, Journalistin Gruber.

Dingen, welche die Regierung getan hat? Wieso reden wir nur von bösen Sachen? Wieso reden wir nicht von den negativen Dingen, welche die andern getan haben? Wieso reden wir nicht davon, dass ich als Ministerpräsident mehr Jahre im Palazzo Chigi war als sogar De Gasperi, dass ich Ordnung hielt und nie auch nur einmal meine Hände in die Tasche der Italiener ...

Wieso denn ist Italien derart verschuldet?

Weil es unglaubliche Fehlinformationen gab. Wir haben die grossen Zeitungen gegen uns ...

Gibt es Fehlinformationen über die Wirtschaftskrise? Ist die Krise, Ihrer Meinung nach, gar nicht so schwerwiegend?

Die Wirtschaftskrise ist vor allem der Regierung der sogenannten Technokraten anzukreiden, von der der Präsident der Confindustria gesagt hat, es seien Dilettanten, die alles aufs Spiel setzten. Diese Regierung hat ein Wachstum von gerade 0,7 Prozent erreicht. Was ist seither geschehen? Mehr als 600 000 zusätzliche Arbeitslose; Rückgang des Konsums; Zusammenbruch ganzer Wirtschaftssektoren; die Autos verkaufen sich wie 1979; bei der Schifffahrt gibt es 33 000 Arbeitslose; die Fernsehsender und die Zeitungen haben einen Einbruch der Werbeeinnahmen von nahezu 90 Prozent erlebt, die ...

Ja, aber zuvor haben Sie achteinhalb Jahre regiert.

Die Krise ist nicht meine Hinterlassenschaft. Es sind alles Folgen der Massnahmen dieser Regierung, die zudem einen negativen psychologischen Effekt gehabt haben. Die Italiener sehen der Zukunft mit Angst, Beklommenheit und Beunruhigung entgegen. Die Regierung betreibt eine Austeritätspolitik, die ihr von Europa auf Anweisung Deutschlands «suggeriert» worden ist. Wobei «suggerieren» eine Untertreibung ist.

Aber es war Ihre Regierung, die den Brief an die EU verfasst und unterschrieben hat?

Ja, aber ich habe die Arbeiten der Staats- und Regierungschefs aufgehoben, habe das Veto

eingelegt, das die Arbeiten stoppte. Ich ging hin, um mit Juncker und den andern zu diskutieren, und erreichte, dass in dem Dokument, das dann gebilligt wurde, zwei für Italien relevante Faktoren festgehalten wurden. Der erste: Es ist nicht wahr, dass die Schuld Italiens beunruhigend ist – sie betrug damals 1964 Milliarden –, und dieser Schuld sollten unsere Aktiven entgegengesetzt werden, unsere Aktiven von 8000 bis 9000 Milliarden gegenüber Schulden von weniger als 2000 Milliarden. Wir sind die zweitstärkste Wirtschaftsnation Europas.

Aber es stimmt doch, dass die Schuld unter Ihrer Regierung von 2008 bis 2011 angestiegen ist, und zwar ausgehend von 1670 Milliarden 2006 auf 1964 Milliarden 2011.

Nein, entschuldigen Sie. Als ich dies mit meinen Kollegen besprach, war sie 1964 Milliarden; jetzt ist sie auf über 2000 Milliarden angeschwollen. Aber entscheidend ist das Verhältnis Schulden – Aktiven.

Für Sie ist also die Schuldenfrage Italiens nicht derart entscheidend?

Wir sind die zweitsolideste Wirtschaft Europas nach Deutschland. Deshalb gab es keine Gründe zur Beunruhigung, im Vergleich zu den andern europäischen Ländern und der EU. Wir haben aber nun eine Wirtschaft, die zu einem grossen Teil unterirdisch ist [Schattenwirtschaft] und deren Umfang rund 600 Milliarden beträgt. Dies ist ein Teil der wahren Wirtschaft, die gut produziert, die Arbeitsplätze schafft.

Ist es nicht ein wenig unangenehm, in Europa von unserer *economia sommersa* zu reden?

Wenn gemäss der EU-Kommission unsere Schattenwirtschaft 17 Prozent beträgt und man dies einberechnet, fällt unsere Schuld auf weniger als 100 Prozent zurück und nähert sich dem Durchschnitt der Euro-Gruppe von 93 bis 94 Prozent. Folglich gibt es also keinen Grund zur Aufregung. Und vor allem dürfen wir unsererseits nicht die Auflage übernehmen, unsere öffentlichen Schulden um 50 Milliarden pro Jahr zu verringern, etwas, was wir absolut nicht ertragen können und was unsere Wirtschaft in eine Rezession, vielleicht eine Depression, stürzen würde. Um die Vorschriften des Maastricht-Vertrags zu erfüllen, der sagt, dass die Schulden maximal 60 Prozent des Inlandprodukts betragen dürfen, kann man die Schulden in den nächsten fünfzehn Jahren um 14 bis 15 Prozent jährlich reduzieren, was aushaltbar ist.

Wenn Sie die Wahlen gewinnen, wird die Wirtschaft 2013 wieder wachsen?

Wenn wir die Wahlen gewinnen, müssen wir als Erstes unsere Mehrheit dazu benutzen, die Verfassungsarchitektur zu ändern. Wenn dies geschieht, kann man die Wirtschaftspolitik verändern und zu einer Ent-

wicklungs- und Wachstumspolitik übergehen. Wie macht man das? Man muss das Rezept des liberalen Wohlstands in die Tat umsetzen, das seit je besagt: Weniger Steuern auf die Unternehmen, weniger Steuern auf die Familien, weniger Steuern auf die Arbeit produziert mehr Konsum, mehr Produktion, mehr Arbeitsplätze.

Wieso haben Sie diese Steuern nicht herabgesetzt?

Sie hören mir nicht zu, Signora Gruber. Wir haben zahlreiche Dinge gemacht, mehr als alle andern Regierungen der Republik zusammengenommen. Aber gewisse Reformen – diejenigen der grossen Staatsmaschine, die jeden Italiener 4500 Euro im Jahr kostet, im Vergleich zur grossen deutschen Staatsmaschine, die wie die unsrige oder besser als die unsrige funktioniert und die jeden Deutschen jährlich 3000 Euro kostet – kann man nicht in Angriff nehmen, wenn man nicht die Entscheidungsmöglichkeit hat, diese Reformen durchzuführen. Eine grundlegende Reform der Administration wie Reform der Bürokratie, Reform des Fiskus, Reform der Renten, Reform der Arbeit – all das dauert nicht lange, sondern ewig, wenn man ein Parlament hat, das 450 bis 500 Tage braucht, um einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Mir ist es nicht gelungen, aber in den Jahren meiner Regierung haben wir viele Ergebnisse erzielt. Wir haben die Hochgeschwindigkeitszüge eingeführt. Letzthin bin ich in 2 Stunden 41 Minuten von Mailand nach Rom gefahren. Wir haben 2002 Russland in den Westen eingebunden, als ich den Nato-Vertrag «19 plus 1» ausarbeitete, der Russland vom Feind der Nato zum Partner von ihr machte, der noch heute gültig ist und der die Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus

und Drogen, in der Katastrophenhilfe et cetera möglich machte. Ich habe eine einmalige Aussenpolitik gemacht, indem es mir gelang, ein Verhältnis der Wertschätzung, des Vertrauens und der Freundschaft mit den wichtigsten Leadern zu schaffen.

Signor Berlusconi, darf ich Ihnen noch eine private Frage stellen? Nach dem Urteil des Mailänder Gerichts müssen Sie Ihrer Ex-Frau täglich 100 000 Euro Alimente bezahlen.

Sie sind nicht richtig informiert. Es sind 200 000.

200 000 pro Tag?

Drei Richter in Mailand, drei Richterinnen, Feministinnen und Kommunistinnen. Basta.

Ich kenne diese Frauen nicht, ich kann es nicht sagen.

Ich sage es Ihnen. Hat dies etwas mit der Realität zu tun, dass ich 36 Millionen zahlen muss, mit Ausständen und anderen Verpflichtungen von weiteren 72 Millionen? Ist dies Ihrer Meinung nach richtig? Dies ist das Mailänder Gericht, das mich seit 1994 verfolgt. Ich war damals 58 Jahre alt, als ich in die Politik ging, als Unternehmer, der bei null angefangen und ein Unternehmen mit 56 000 Mitarbeitern aufgebaut hatte, der schon damals viel Steuern bezahlte und dies als Ministerpräsident weiter getan hat, während gewisse Herren als Dreissigjährige mit unserem Geld bezahlt werden: Fini und Casini ...

Werden Sie versuchen, die Schwelle der Alimente, die Sie ihrer Ex-Frau bezahlen müssen, herabzusetzen?

Ich werde Berufung einlegen, aber ich hoffe, dass wir eine Übereinkunft finden werden, da wir anständigste Beziehungen haben. Am Ende der Sendung darf ich Ihnen sagen, dass Sie Zeit damit vergeudet haben, mir nur Fragen zu stellen, die Angriffe sind.

Das stimmt nicht, onorevole Berlusconi, wir hatten ein Gespräch, ich stellte Fragen.

Sie sind gegenüber den guten Dingen, die ich gemacht habe, derart verschlossen, dass ich Ihnen diesen Karton mit den Leistungen der PdL-Regierung überlasse. Sie haben mir ja nicht einmal zu meinem Enkel gratuliert. **Doch, das habe ich.**

Nein.

Gewiss habe ich das. Ich komme aus einer austro-ungarischen Familie, Präsident Berlusconi, wo der bon ton die erste Regel ist. Sagen Sie mir: Wann, glauben Sie, können Sie die Politik verlassen? Wann ziehen Sie sich zurück?

Ich habe ja die Politik verlassen.

Ja, aber jetzt ...

Jetzt wird man sehen müssen.

Sind Sie nicht müde? Nein?

Ich gebe Ihnen die Befriedigung zu sagen: manchmal schon. Manchmal bin auch ich müde. Aber ich habe das Glück, eine körperliche Rüstigkeit zu haben, die es mir erlaubt, viel zu arbeiten und keine Ferien zu nehmen. Die Situation ist die: Italien durchlebt schwere Momente ...

Ich muss jetzt Schluss machen.

Wenn die Demokratische Partei an die Macht käme mit den bekannten Altlasten ihrer Ideologie, dem Neid in der Auseinandersetzung mit Mitte-rechts, angesichts der Tatsache, dass der Versuch, aus ihr eine sozialdemokratische Partei zu machen, was wir alle hofften, verhindert wurde und dass alle Alten der alten kommunistischen Nomenklatura ...

...soll man diese nicht wählen, sondern für Sie stimmen.

... wäre dies ein absolutes Unglück.

Das ist jetzt klarstens gesagt, chiarissimo. Danke onorevole Berlusconi.

Aus dem Italienischen von Hanspeter Born

bb businessbroker

Erfolgreich in die Zukunft

Florastrasse 44 | CH-8008 Zürich

T 044 420 11 11

F 044 420 11 12

Pionierfirma im Gesundheitsbereich	Handelsfirma für Büro- / Haushaltprodukte	Personaldienstleistungsunternehmen
Umsatz: CHF 859'000.– Preis: CHF 2'000'000.– (inkl. Liegenschaft)	Umsatz: CHF 7'572'000.– Preis: CHF 4'500'000.–	Umsatz: CHF 23'000'000.– Preis: CHF 6'300'000.–
Werkzeugbauer mit eigener Liegenschaft	Hochrentables Bauunternehmen	Professionelle Kinderbetreuung
Umsatz: CHF 2'000'000.– Preis: CHF 3'000'000.–	Umsatz: CHF 1'800'000.– Preis: CHF 800'000.–	Umsatz: CHF 1'200'000.– Preis: CHF 1'500'000.–
Webshop für Sport-/Autozubehörprodukten	Fitnesscenter mit 760 Mitgliedern	Umzugsunternehmen im Kt. Zürich
Umsatz: CHF 454'500.– Preis: CHF 750'000.–	Umsatz: CHF 1'006'000.– Preis: CHF 440'000.–	Umsatz: CHF 1'500'000.– Preis: CHF 1'200'000.–
Planung und Bau von Ärzteräumlichkeiten	Ertragsstarke Bau- und Transportfirma	Sprachschule in attraktivem Einzugsgebiet
Umsatz: CHF 900'000.– Preis: CHF 1'000'000.–	Umsatz: CHF 2'700'000.– Preis: CHF 690'000.–	Umsatz: CHF 203'000.– Preis: CHF 300'000.–

www.businessbroker.ch



«Mehr Glaubwürdigkeit als der Präsident»: Fernseh-Star Winfrey.

Weinen mit Oprah

Die berühmteste Beichtmutter der Welt trieb selbst Lance Armstrong Tränen in die Augen. Auch Skeptiker ziehen den Hut vor Oprah Winfreys Ausnahmetalent als Fernsehmoderatorin.

Von Beatrice Schlag

Für einmal war sie nicht gerührt. Streng sah Oprah Winfrey den Dopingsünder an, der ihr im Hotelzimmer in Austin, Texas, gegenüber sass, und feuerte Frage um Frage ab. Sie war mit seinen Antworten sichtlich nicht zufrieden. Zu auswendig gelernt klangen Armstrongs Geständnisse und Selbstbezeichnungen, zu glatt blieben die Gesichtszüge. Selbst als ihm bei der Schilderung, wie sein ältester Sohn ihn gegen alle Dopinggerüchte verteidigt hatte, kurz die Tränen hochkamen, blieb sie misstrauisch. Lance Armstrong schien, wie die meisten Narzissten, vor allem über seine eigenen Gefühle gerührt. Der *shit detector* der Star-Talkerin ist legendär.

«Anders, als ich erwartet hatte, machte Lance Armstrong nicht reinen Tisch», sagte Oprah Winfrey nach dem Interview. Ein ungewöhnlicher Kommentar für eine Interviewerin, deren eigener Sender eben zum ersten

Mal seit seinem Bestehen richtig fette Werbeeinnahmen gemacht hatte.

Als sie 2011 nach 25 Jahren ihre «Oprah Winfrey Show» bei ABC aufgab und den Kabelsender OWN (Oprah Winfrey Network) gründete, verstand niemand so richtig, warum sie das erfolgreichste Nachmittagsgefäß in der Fernsehgeschichte der USA kippte. Die Zuschauerzahlen, oft im zweistelligen Millionenbereich, waren zwar leicht rückläufig, aber die Sendung war noch immer ein goldenes Geschäft. Ausser in den USA wurde sie in 156 Ländern ausgestrahlt, nur 37 waren Oprah-frei. «Ich wollte nie von der Bühne gezerrt werden», war ihr einziger Kommentar.

Danach wurde es eine kurze Weile stiller um sie. Ihr Kabelsender serbelte. Zur besten Sendezeit abends zappten statt der bei ABC gewohnten Massen im Schnitt noch eine Viertelmillion Zuschauer auf OWN. Dass die erste

schwarze Selfmade-Milliardärin der USA nach einem Vierteljahrhundert genug hatte vom Stress einer täglichen Nachmittagsshow, war verständlich. Womit die Talkerin nicht gerechnet hatte, war, dass auch eine Oprah in der Versenkung verschwinden kann.

Von Schwarzen beschimpft

Nach wenigen Monaten war klar, dass OWN nur auf die Beine kommen würde, wenn seine Besitzerin zu ihrem Kerngeschäft vor der Kamera zurückkehren würde: die Abnahme von echten oder bis in alle Einzelheiten inszenierten Beichten Prominenter. Als sie im vergangenen Jahr Bobbi Kristina Brown interviewte, die Tochter der verstorbenen Sängerin Whitney Houston, schnellten die Zuschauerzahlen des Senders auf 3,5 Millionen hoch. Trotz des weltweiten Trommelwirbels in den Tagen vor der Ausstrahlung des Interviews schaffte es

Lance Armstrong nur auf Platz zwei. Bei Rihanna waren es 3,2 Millionen. Am vergangenen Sonntag erzählte Drew Barrymore über ihre drogenverseuchte Jugend und ihr heutiges Mutterglück. Die Zuschauerzahlen sind noch unbekannt.

Oprah Winfreys Talent, auch mit Stars der A-Liga reden zu können, als seien sie Herr oder Frau Müller, war eine zufällige Entdeckung. Die 1954 in Mississippi geborene Tochter zweier unverheirateter Teenager wurde hin- und hergeschoben zwischen Grosseltern, einer sich wenig um sie kümmernden Mutter und einem Vater, den sie als sehr streng und bildungsbewusst beschreibt. Mit neun wurde sie vergewaltigt, mit vierzehn brachte sie ein Baby zur Welt, das die Geburt nur kurz überlebte – Themen, die sie während ihrer ABC-Show immer wieder aufnahm. Die begeisterte Leserin gewann ein Stipendium für eine High School, in der sie die einzige Schwarze war. Ihre Hautfarbe, sagt sie, habe sie ebenso wenig beschäftigt wie ihr Geschlecht. «Ich hatte nie diese wütenden «schwarzen» Gefühle. Ich hatte nie den Eindruck, man enthalte mir etwas vor, weil ich eine Schwarze oder eine Frau bin.» An der Universität in Nashville, wo sie wie viele andere Schwarze studierte und die Mehrheit ihrer Kommilitonen die Black-Power-Bewegung unterstützten, wurde sie Oreo genannt, nach den dunklen Schokoladebiskuits mit der weissen Füllung. Es ist ein Schimpfwort von Schwarzen für Schwarze, von denen sie glauben, ihr Charakter sei weiss.

Die kleine, dicke Schwarze

Kurz vor ihrem Studienabschluss erhielt sie einen Zweijahresvertrag als Reporterin und News-Moderatorin bei einer Fernsehstation in Baltimore. Sie versagte kläglich. Oprah Winfrey hatte kein Talent dafür, nach Unfällen Hinterbliebene zum Reden zu bewegen. Stattdessen nickte sie verständnisvoll, wenn sie abgewiesen wurde. Dass ihr als Moderatorin gelegentlich die Tränen kamen, wenn eine Nachricht sie berührte, fanden ihre Vorgesetzten unmöglich. Da man sie nicht feuern konnte, wurde sie in die zuschauerarmen Nachmittags-Nachrichten versetzt.

Kaum waren die zwei Jahre um, wechselte sie zur Morgen-Show «People Are Talking» des Lokalsenders. Sie lief zeitgleich mit der viel populäreren nationalen «Phil Donahue Show». Donahue, ein eleganter, reservierter Herr mit Silbermähne, wurde in den USA als Erfinder der Talkshow gefeiert. Nach wenigen Wochen hatte ihn die kleine, dicke Schwarze mit dem unbeschwerten Mundwerk in Baltimore quotenmässig überflügelt. Oprah Winfrey hatte entdeckt, womit sie Zuschauer begeistern konnte. Sie hielt den Leuten nicht einfach ein Mikrofon vor den Mund. Sie fasste sie an, umarmte sie spontan. Und je nach Thema steuerte sie ohne Scheu eigene Erfahrungen

bei oder redete von ihren Unsicherheiten, gestand miternächtliche Fressanfälle und klagte über ihren Kampf gegen Kilos.

Die Interviewten fühlten sich verstanden und redeten wie Bücher. Denn Oprah Winfrey drängte sich nicht in den Mittelpunkt. Sie hörte sehr genau zu. Aber sie nahm Antworten nicht einfach als Journalistin zur Kenntnis, sondern reagierte wie eine sehr mitfühlende Bekannte. Und sie stellte immer die Fragen, die einem als Zuschauer auf der Zunge lagen. Das konnte man von Talkshow-Hosts bisher nicht. Nach nur einem Jahr erhielt sie ihre eigene Sendung, ab 1986 wurde die «Oprah Winfrey Show» national ausgestrahlt. Das Gehalt: 125 Millionen Dollar. Zwei Jahre später



«Anders, als ich erwartet hatte»: im Gespräch mit Lance Armstrong.

wagte sie, was wenige weisse Stars und noch nie ein schwarzer riskiert hatte: Sie gründete Harpo Productions, investierte ihr Geld in Chicago in ein TV-Studio und besass nunmehr sämtliche Gestaltungs- und Vermarktungsrechte an ihrer Sendung. Der Jahresumsatz von Harpo – Oprah rückwärts buchstabiert – stieg in den folgenden Jahren auf mehr oder weniger eine halbe Milliarde Dollar an.

Sie gewann 47 Emmys und auch sonst ungefähr jeden Fernsehpreis, der in den USA vergeben wird. Unter Prominenten galt eine Einladung in Oprahs Show als Ritterschlag: Man hatte es geschafft. Maria Shriver verteidigte ihren Mann, damals Gouverneurskandidat, gegen Grapschvorwürfe. Lisa Marie Presley weinte sich nach Michael Jacksons Tod bei Oprah aus, Nicole Kidman nach der Scheidung von Tom Cruise ebenso. David Letterman liess sich zu seinem Seitensprung befragen. Der Einzige, der beharrlich absagt, ist O.J. Simpson. Er liess ausrichten, er könne sie nicht leiden.

Damit ist er nicht allein. Vielen Männern sind ihre Auftritte und Interviews zu gefühlsduseelig. Professionelle Kritiker werfen ihr vor, immer nur das Thema zu beackern, das ihr persönlich gerade wichtig sei, ob Kindsmisbrauch, Rinderwahnsinn, neue Diäten, Eigenverantwortung, Hilfe für die Dritte Welt oder

esoterische Einsichten. Tatsache ist, dass Oprah Winfrey Frauenfernsehen macht, nichts gegen mitunter banale Themen wie vorteilhaft gezupfte Augenbrauen oder korrekt sitzende BH hat. Aber sie traut und mutet den Zuschauern etliches an Grips zu. Als sie 1996 ihren Buchklub gründete, weil sie hoffte, damit Frauen zum Lesen zu bringen, die nie zu einem Buch greifen, schüttelten Kritiker den Kopf. Sie lud Autoren ins Studio und erklärte ohne Pomp und Kulturgeschwurbel, warum man etwas verpasse, wenn man ihre Bücher nicht lese. «Ich will das ganze Land zum Lesen bringen, denn ich glaube, dass Bücher wichtig sind», sagte sie in munterem, aber sehr bestimmtem Lehrerintentionen. Der Aufkleber: «Von Oprahs Buchklub

empfohlen» geriet zum nationalen Gütesiegel. Jedes einzelne der von ihr empfohlenen Bücher, darunter «Der Vorleser» des damals in den USA völlig unbekanntem Bernhard Schlink, wurde ein Bestseller. Ihr ehemaliger Show-Konkurrent Phil Donahue verneigte sich vor ihr: «Sie sind nicht nur ein grosser Star, sondern eine politische Figur des 20. Jahrhunderts.»

Sachlich und sehr genau

Ob sie das als Network-Besitzerin auch im 21. Jahrhundert bleiben wird, ist offen. Denn natürlich hat die Konkurrenz von ihr gelernt und kopiert ihre oft spontanen und genauso oft inszenierten Begeisterungs- und Wutausbrüche. Dass sie auch anders kann, sah man im Interview mit Lance Armstrong. Sie wusste, dass viele erwarteten, dass sie ihm im Tausch gegen Spitzenquoten für ihren Sender eine Plattform für seine Reuedarstellung bieten würde. Es war nicht so. Sie fragte sachlich und sehr genau vorbereitet. Typisch Oprah war nur ihre Körpersprache. Jede Geste, jeder Blick sagte: «Ich glaube dir kein Wort.» Maureen Dowd, die nicht zur Lobhudelei neigende Kolumnistin der *New York Times*, nennt Winfrey «das oberste weibliche Alphetier unseres Landes. Sie besitzt mehr Glaubwürdigkeit als der Präsident.» ○

Talwärts

Im Skifahren ist die Schweiz zu einem Entwicklungsland geworden. Doch der alpine Skisport kränkelt auch ennet der Landesgrenzen. Es fehlen Persönlichkeiten, die über ihre Disziplin hinaus eine Ausstrahlung besitzen. *Von Rod Ackermann*



«Kummerbuben»: Marc Gisin beim Start zur Lauberhorn-Abfahrt (Rang 11).

Seit einer Woche weiss die Schweiz aus beruflichem Munde, dass sie nicht eine Skination ist, wovon man hierzulande seit je felsenfest überzeugt war, sondern «ein Entwicklungsland». Dieser fürs nationale Selbstverständnis niederschmetternde Befund entfuhr keinem Geringeren als Osi Inglin, dem Cheftrainer des Männer-Nationalteams. Ihm platzte der Kragen an einem Krisengipfel zwischen den wichtigsten Wochenenden des schweizerischen Weltcup-Winters, den Rennen von Adelboden und Wengen.

Für Krisengipfel gibt es in der Tat gute Gründe. Im Klassement der Alpin-Nationalteams der Männer belegen die «Kummerbuben», wie die Schweizer nicht zuletzt auch bei den ewigen Rivalen aus Österreich inzwischen heissen, den neunten Rang: eine tiefe Demütigung fürs Land des «Alles fährt Ski». Die ersehnte Korrektur kam nicht einmal bei den Heimrennen am Lauberhorn, ein dritter Rang durch Carlo Janka in der Super-Kombination war nur ein schwacher Trost.

Mochten bei der Preisverleihung «über 1500 Festfreudige», so die nach Strohhalmen greifenden einheimischen Medien, den ersten Schweizer Podestplatz des Winters feiern, so blieb die Stimmung anderntags während der grossen Abfahrt lau. Noch vor Jahresfrist war dies anders gewesen, als Beat Feuz mit seiner

Siegesfahrt die Rekordmenge von 38 000 Zuschauern zum Jubeln gebracht hatte. Fast so wie in den guten alten Zeiten mit Russi, Collombin oder Zurbriggen.

Der Ruf als Ski-Nation steht auf dem Spiel

In der steten Berg- und Talfahrt des alpinen Skisports geht es für die Schweizer ausschliesslich talwärts. Es fehlen Leistungsträger, Beat Feuz ist verletzt, der letzten Frühling zurückgetretene Didier Cuche – im Team der Schweizer der Old Shatterhand – fungiert ohne sichtlichen Erfolg als Berater, Carlo Janka tastet sich nach einer Herzoperation im Winter 2011 an seine einstige Form heran. Der Nachwuchs ist (noch) nicht bereit, dabei drängt die Zeit enorm: nächsten Monat steht in Schladming (Österreich) bei den Weltmeisterschaften und nächsten Winter in Sotschi (Russland) bei den Olympischen Winterspielen nicht zuletzt der tourismusfördernde Ruf der Schweiz als Skination auf dem Spiel.

Schaut man aber, wie das in der chauvinistischen Welt des Sports allzu selten getan wird, über die Landesgrenzen hinaus, so lässt sich unschwer erkennen, dass die Krise nicht allein die Schweizer Nationalmannschaft und ihren Leistungsmangel betrifft. Es kränkelt der Skisport der Alpinen ganz allgemein, ausserhalb seines angestammten Herrschaftsgebiets –

Österreich, Südtirol, Bayern, Schweiz – wird er, falls überhaupt, einzig als Randsportart wahrgenommen. In französischen oder nordamerikanischen Weltcup-Zielräumen gähnt zumeist desinteressierte Leere, TV-Übertragungen verzeichnen dort Einschaltquoten von niedriger einstelliger Grössenordnung.

Ausserdem fehlt den Alpinen ein grosser Star, ein Strahlemann, der Zuschauer massenweise anzieht. Spätestens seit dem Rücktritt von Hermann Maier – der «Herminator» machte kurz vor Saisonbeginn 2009/2010 Schluss – und allerspätestens seit der Auszeit des Freigeists Bode Miller, der ein Comeback für Sotschi vorbereiten soll, lässt sich niemand mehr international als Zugpferd beziehungsweise Chefverkäufer des Traditionssports verwenden.

Vorbild Lindsey Vonn

Ein Vorbild wäre bestenfalls im Lager der Frauen zu finden, wo die – selbstverständlich blonde und hübsche, selbstverständlich auf Selbstvermarktung spezialisierte – Amerikanerin Lindsey Vonn die (Männer-)Welt zum Hingucken lädt. In eine ähnliche Richtung zielt die Tessinerin Lara Gut, auch sie hübsch und blond, doch es fehlt ihr an Konstanz in der Leistung, der Basis von allem.

Den Finger auf die Wunde mangelnder Star-Power legte jüngst auch der in Sachen Marketing sowie Eigenwerbung erfahrene Fussball-Altstar Günter Netzer. Er vermisse «die echten Persönlichkeiten in allen gesellschaftlichen Gruppen. Persönlichkeiten, die über ihren Bereich hinaus etwas ausstrahlen», sagte er jüngst in einem Interview.

Ein weiteres Problem ortet Vonns Landsmann Ted Ligety, derzeit Dritter des Weltcup-Gesamtklassements, in der Immobilität des Ski-Dachverbands (FIS). Anstatt Neues auszuprobieren, «zum Beispiel anstatt der paar einblendeten Zwischenzeiten ein GPS auf dem Helm der Fahrer, womit laufend die Geschwindigkeit angezeigt würde», verharre die Chefetage in Selbstzufriedenheit, sagte Ligety. Sein Rat an die Verantwortlichen: die gefährliche, die sexy Seite des Skisports auszuspielen, um der Konkurrenz der Trendsportarten wirksam zu begegnen.

Wenig wahrscheinlich, dass seinen Vorschlägen Gehör geschenkt wird. Schon gar nicht am Vorabend eines Anlasses wie der Hahnenkamm-Abfahrt in Kitzbühel, einem Ort, der bestens geeignet ist, sich in die Brust zu werfen. ○

Nützliche Spekulanten

Führt die Spekulation mit Lebensmitteln tatsächlich zu mehr Hunger in der Welt, wie zahlreiche NGOs und Politiker behaupten? Deutsche Forscher widersprechen: Ein negativer Einfluss auf die Nahrungsmittelpreise lasse sich wissenschaftlich nicht nachweisen. *Von Alex Reichmuth*

Für Jean Ziegler, ehemaliger Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, ist die Spekulation mit Lebensmitteln und Agrarrohstoffen des Teufels. «1,2 Milliarden Menschen können aufgrund von Spekulationen die gestiegenen Reispreise nicht mehr bezahlen», beklagte er in einem Interview. Auch linke Politiker und Hilfsorganisationen sind überzeugt, dass Nahrungsmittelspekulation zu mehr Hunger in der Welt führt. Im letzten Herbst haben die Jungsozialisten (Juso) eine Volksinitiative gestartet, um diese «widerlichste Form der Profitmacherei» in der Schweiz zu verbieten. Unterstützt werden die Juso dabei nicht nur von der SP und den Grünen, sondern auch von den Hilfswerken Solidar Suisse (vormals Arbeiterhilfswerk) und Swissaid. Letztere Organisation tritt mit dem Slogan «Mit dem Essen spielt man nicht» gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln an.

«Als Fehlalarm einzustufen»

Ganz anders lautet das Fazit von vier deutschen Forschern, die der Frage nachgegangen sind, ob sich ein Einfluss der Spekulation auf die Höhe und die Schwankungen von Nahrungsmittelpreisen wissenschaftlich nachweisen lässt. Unter der Leitung von Ingo Pies, Wirtschaftsethiker an der Martin-Luther-Universität in Halle, werteten die Forscher 35 empirische Studien der letzten drei Jahre aus, die bestimmte Qualitätskriterien erfüllten. Zehn von ihnen waren in wissenschaftlich begutachteten Zeitschriften erschienen, die übrigen 25 sind nicht begutachtet worden und der grauen Literatur zuzurechnen. Die grosse Mehrheit der Forschungsarbeiten kann dabei die Befürchtungen zum Einfluss der Spekulation auf die Agrarrohstoffmärkte nicht bestätigen, so das Ergebnis des Literaturüberblicks.

Konkret konnten die Forscher unter den zehn wissenschaftlich begutachteten Studien keine einzige finden, die einen preistreibenden Einfluss der Spekulation feststellt. Auch wies keine dieser Studien nach, dass die Spekulation die Schwankungsintensität (Volatilität) der Preise fördert. Fünf der zehn Studien kamen sogar zum Schluss, dass die Spekulation die Terminmärkte für Agrarrohstoffe besser funktionieren lässt. Die Spekulation trage dazu bei, diese Märkte mit Liquidität zu versorgen und damit die Preisfindung zu erleichtern. Auch die Mehrheit der 25 einbezogenen Studien der grauen Literatur kam zum Ergebnis, dass die Spekulation mit Lebensmitteln

und Rohstoffen die Nahrungsmittelpreise nicht nach oben treibt und sie auch nicht stärker schwanken lässt.

«Auch wenn die Forschungsliteratur sicherlich noch Fragen offenlässt, spricht doch angesichts des aktuellen Erkenntnisstands vieles dafür, den zivilgesellschaftlichen Alarm als Fehlalarm einzustufen», lautet das Fazit der deutschen Forscher. Für die teilweise dramatischen Steigerungen der Lebensmittelpreise in den vergangenen Jahren machen sie vielmehr realwirtschaftliche Gründe verantwortlich. Der zunehmende Wohlstand in Schwellenländern habe die Nachfrage nach Fleisch gesteigert und damit auch nach Agrarrohstoffen, die zur Fleischproduktion verfüttert werden, so Ingo Pies gegenüber *Spiegel* online. Seiner Auffassung nach kann der Hunger in der Welt nur dann wirksam bekämpft werden, wenn das Angebot an Nahrungsmitteln mit der steigenden Nachfrage Schritt halten kann.

Trotzdem gibt man sich bei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) weiterhin überzeugt, dass der Nahrungsmittelspekulation ein Riegel geschoben werden müsse. Zwölf NGOs, darunter die Welthungerhilfe, Oxfam und Attac, haben letztes Jahr den deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zu einem «entschlossenen Handeln» gegen die Spekulation aufgefordert. Darunter verstehen sie wenn nicht ein

Totalverbot, so doch Massnahmen wie gesetzliche Obergrenzen für Termingeschäfte auf Lebensmittel oder deren Besteuerung. Limiten für solche Termingeschäfte existieren in den USA seit einigen Jahren.

Offener Brief an Bundespräsident Gauck

Unter dem öffentlichen Druck knickten einige Banken wie die Deutsche Bank oder die Commerzbank ein und gaben ihren Rückzug aus dem Nahrungsmittelgeschäft bekannt. Das Forscherteam um Ingo Pies warnt jedoch davor, Spekulanten den Zugang zu den Warenterminmärkten zu erschweren. Viele Bauern und Produzenten liefen bei Beschränkungen Gefahr, keinen Tauschpartner zu finden, der sie gegen Preisrisiken absichert.

Support haben die vier Forscher nun von vierzig deutschen Wissenschaftlern bekommen, darunter vor allem Agrarökonom, Ethiker und Juristen. Es lasse sich nicht belegen, dass Spekulation mit Nahrungsmitteln zu dauerhaft höheren Preisen führe, schrieben sie in einem offenen Brief an Bundespräsident Joachim Gauck, der zuvor vor der Agrarspekulation gewarnt hatte. Und noch eine Folge hat die Analyse der Forscher um Ingo Pies: Die Deutsche Bank hat soeben ihren Verzicht auf Spekulation widerrufen und will nun erneut mit Nahrungsmitteln Geld verdienen. ○



Steigende Nachfrage: Sojabohnen-Ernte in Brasilien.

Übervater Abraham

Abraham Lincoln ist Amerikas Gigant. Er beendete die Sklaverei und einte das Land nach dem Bürgerkrieg. Nun hat ihm Steven Spielberg ein Monument errichtet. Die Grundlage für seinen Film lieferte Doris Kearns Goodwin, die intimste Kennerin Lincolns. «Ich habe mit ihm gelebt», sagt die Historikerin. *Von Urs Gehrig*

Sein Name beschwört Bilder herauf, wie aus einem freundlichen Traum ins Leben verirrt, ein Entzücken, das Zeit nicht verdunkeln konnte. «Die Grösse Napoleons, Cäsars oder Washingtons ist nur Mondlicht neben Lincolns Sonne», pries selbst im fernen Russland Leo Tolstoi. «Sein Beispiel ist universell und wird leuchten, solange die Erde dreht.»

Abraham Lincoln, der die Sklaverei abschaffte und die Vereinigten Staaten neu vereinte, verklärt, idealisiert ins Pantheon der Unsterblichen aufgenommen, ist der Übervater der amerikanischen Geschichte. So gigantisch ragt seine klapprige Gestalt aus der Vergangenheit, dass seit seiner Ermordung 1865 Heerscharen von Historikern sich seiner angenommen haben. Keine lebende Person jedoch kennt Lincolns Vita, bis in ihre tragischen Wendungen und privaten Gedanken hinein, genauer als Doris Kearns Goodwin, 70, aus Massachusetts.

Wie nähert man sich einem solchen Monument? «Man teilt sein Leben mit ihm», sagt Goodwin ganz selbstverständlich. Zehn Jahre hat die Pulitzerpreisträgerin in Archiven und auf Lebensschauplätzen des 16. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika verbracht. Sie ist seit Jahrzehnten glücklich verheiratet (mit Kennedy-Berater und -Redenschreiber Richard Goodwin), doch Lincoln ist zum Mann ihres Lebens geworden. Ohne dass sie es ausspricht, wird nach wenigen Worten klar: Sie hat sich unsterblich in ihn verliebt. «Ich hätte gerne noch weitere 25 Jahre mit ihm verbracht», gesteht sie.

Als Goodwin 2005 ihr Grosswerk «Team of Rivals: The Political Genius of Abraham Lincoln» veröffentlichte – die Kritiker überschlugen sich in einer so kaum gesehenen Ode an die Historikerin – rief Starregisseur Steven Spielberg sie an. Seit seiner Jugend träume er von einer Verfilmung von Lincolns Leben. Endlich habe er in ihrem Buch die Grundlage für das Projekt gefunden.

Doch in seine Faszination mischte sich Verzweiflung. Spielberg stand vor einem schier unlöslichen Problem. Goodwins Epos sei so gewaltig, dass man daraus Hunderte Filme drehen könne, jede Seite biete genug Stoff für ein Drehbuch: von Lincolns Bauernjugend in der Wildnis über seine Wanderjahre als Flösser auf dem Ohio River und Mississippi bis nach New Orleans, seine Abenteuer während des Kriegszugs gegen die Sauk-Indianer unter Häuptling Black Hawk bis zum Bürgerkrieg, den seine Wahl zum US-Präsidenten provoziert hatte.

«Ich und Spielberg standen während Jahren in Kontakt miteinander», erzählt Goodwin, «er reiste mit mir an die Originalschauplätze, schliesslich entschied er sich, sich auf Lincolns letzte Tage zu beschränken.» Entstanden ist – die persönliche Note sei hier erlaubt – ein Meisterwerk. Doch durch die Reduktion auf die Schlussphase ihres Lebens verliert die Filmfigur an historischer Dimension. Es fehlt das akribisch



«Mysteriöses Etwas»: Autorin Goodwin.

gewobene Fundament, auf dem Goodwins Lincoln steht. Bei aller Brillanz, mit welcher der schlurfende, zeternde, zaudernde und herrschende Daniel Day-Lewis «Honest Abe» zum Leben erweckt (ab heute in den Schweizer Kinos zu bewundern), die Zuschauer ahnen nur im Ansatz, was den Grössten aller Amerikaner tatsächlich bewegt hat und woher er gekommen ist.

«Aus dem Nichts», sagt Goodwin, «für die meisten war Lincoln ein Nobody», als die Republikaner 1860 ihren Kandidaten für die Präsidentschaft nominierten. Ein hinterwäldlerischer Anwalt, aufgewachsen in einer Blockhütte in der Wildnis von Kentucky, Autodidakt, mit einem Hang zur Melancholie, bisweilen suizidgefährdet, der eine ereignislose Legislatur im Repräsentantenhaus verbracht und zweimal ein Senatsrennen verloren hatte.

Dagegen leuchteten seine drei Rivalen. Salmon P. Chase, Gouverneur aus Ohio, und Mis-

souris Elder Statesman Edward Bates, beide jung und bis über den Stehkragen hinaus ambitioniert. Ebenso William H. Seward, Senator aus New York, der polyglotte Favorit, der sich seiner Nomination so sicher schien, dass er während des Wahlkampfes durch Europa bis ins Heilige Land pilgerte.

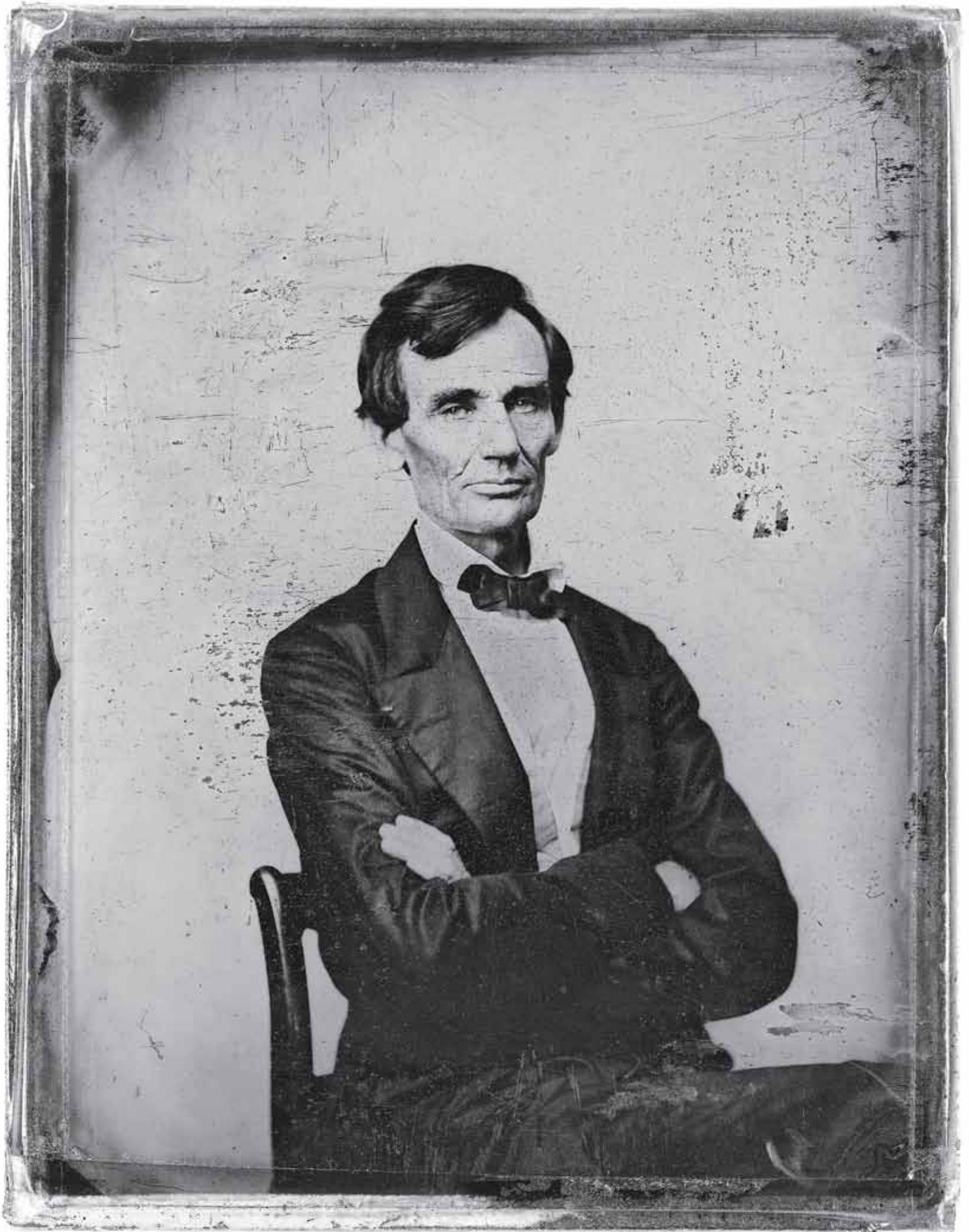
«Seine moderaten Ansichten repräsentierten die Meinung der Menschen», schrieb damals die *Chicago Press & Tribune*, die Lincoln portierte. «Er ist der ehrliche Durchschnitt.» Doris Kearns Goodwin widerspricht. «Wenn man das Scheitern seiner Rivalen beobachtet, wird klar, dass Lincoln die Nomination gewann, weil er der Schlauste und Pffiffigste von allen war.»

Obama: «Wir müssen uns treffen»

Einen Beleg seiner Brillanz habe er gleich nach der Wahl zum Präsidenten geliefert. Wohlwissend, dass kein Gegner gefährlicher ist als ein erbitterter Verlierer aus den eigenen Reihen, fällt Lincoln einen beispiellos kühnen Entscheid: Er nimmt seine Rivalen in seine Kabinettsfamilie auf und betraut sie mit höchsten Ämtern und Würden. «Es war ein Beleg seines tiefen Selbstvertrauens und ein erstes Zeichen von dem, was von vielen bald als unerwartete Grösse gepriesen werden sollte», sagt Goodwin. Lincolns Schachzug war riskant. Durch die Präsenz feindlicher Alphetiere drohte der obskure Prärieanwalt in den Schatten gestellt zu werden. Schlimmer noch: Sein Kabinett lief Gefahr, zu einem heillos zerstrittenen Gremium zu werden.

«Doch bald wurde klar», so Goodwin, «dass Lincoln als unangefochtener Kapitän aus diesem ungewöhnlichsten aller Kabinette, diesem Team von Rivalen, herausragen würde.» Lincoln ging sogar noch weiter. Er nahm sogar einige Demokraten in seine Regierung auf. Seine ärgsten Widersacher wurden so zu Mitstreitern, die ihm halfen, das Land durch die dunkelsten Tage seiner Geschichte zu steuern.

Goodwin sieht in dem parteiübergreifenden Meisterstreich eine der grössten Taten der US-Geschichte – eine, die auch das Interesse des aktuellen Präsidenten beflügelt habe. «Eines Tages klingelt mein *cellphone*», erzählt sie, «am andern Ende sagt eine Stimme: «Hallo, hier ist Barack Obama, ich habe gerade Ihr Buch über Lincoln gelesen, wir müssen uns treffen.» Mehrmals habe Obama sie ins Weisse Haus eingeladen, wo er sie ausfragte, wie Lincoln wohl heute regieren würde. >>>



«Der Schlauste und Pffiffigste»: Abraham Lincoln (1809–1865), Amerikas 16. Präsident.

Wie Lincoln den Aufstieg schaffte, vom Hinterwäldler zum Meister seiner Rivalen, ist das Leitmotiv von Goodwins Biografie. «Es war etwas Mysteriöses in Lincolns Person, das zahllose Männer, selbst alte Kontrahenten, in Bewunderung an ihn band.» Doch was ist es, dieses «mysteriöse Etwas»? «Heute würde man es eine aussergewöhnliche emotionale Intelligenz nennen. Er musste sich nicht an Leuten rächen, die ihn in der Vergangenheit verletzt, gar erniedrigt hatten. Er hatte das Ganze im Auge. Er wusste, dass er es unmöglich allein schaffen würde, das gespaltene Land zu vereinen und die Sklaverei abzuschaffen. So setzte er jeden nach seinen Fähigkeiten ein, damit sie dem Ganzen am besten dienten.»

Dafür sei er auch bereit gewesen, den verletzten Stolz der Verlierer mit Lob zu besänftigen oder über menschliche Schwächen hinwegzusehen. Beispielsweise bei seinem besten General, Ulysses S. Grant. Abermals hatte Lincoln die Kunde vom Schlachtfeld erhalten, Grant sei «meistens mehr als halbbetrunken und den Rest der Zeit besoffen wie ein Idiot». Doch Lincoln widersetzte sich dem Druck, ihn zu entlassen. Überzeugt von Grants Talent, trotz seiner Trunksucht Kriegspläne zu schmieden und Schlachten zu gewinnen, stellte er sich hinter ihn: «Wenn ich die Marke von Grants Whiskey herausfinde, werde ich ihn sofort auf den Rest der Generäle verteilen.»

Fest der Rhetorik

Aus Spielbergs Adaption von Goodwins Buch ist kein blutiger Schlachtenfilm geworden, obwohl der Bürgerkrieg (600 000 Tote) dafür genügend Stoff geboten hätte. «Lincoln» ist eine 140-minütiges Fest der Rhetorik, eine mit beeindruckender Eloquenz vorgetragene Redeschlacht in verrauchten, holzgetäfelten Zimmern.

«Lincolns Epoche war eine Hochzeit der Sprechkunst», erzählt Goodwin. «Für eine ganze Generation war das gesprochene Wort das wichtigste Element des öffentlichen Lebens und die Hauptwaffe im politischen Schlagabtausch. Politiker debattieren oft stundenlang vor Tausenden Leuten, einige Reden dauerten zwei Stunden.» Die damals rund 25 Millionen Einwohner der USA konsumierten Politik und öffentliche Themen mit Heiss-hunger. Gierig stürzten sich die Menschen auf gedruckte Reden aus Washington, die bis an die Westküste – sieben Tage dauerte die Übermittlung via Telex und Pony-Express nach Kalifornien – verbreitet wurden.

«Ein Talent zum Orator war der Schlüssel für ein hohes Amt», so Goodwin. «Schon als Kind liebte Lincoln die Bibel und den griechischen Fabeldichter Äsop, und es scheint, dass sich deren Rhythmus in seine Seele eingearbeitet hatte.» Lincoln war nie weit gereist, hatte Amerika nie verlassen, aber in seinen Büchern ging er auf Reise, mit Byrons «Childe Harold's

Pilgrimage» nach Spanien, Portugal, Italien und in den Nahen Osten. «Seine grosse Liebe für das Lesen konnte er in der Scholle an der westlichen Grenze mit niemandem teilen. Man betrachtete ihn als Kauz.» Als einen Kauz mit poetischem Instinkt allerdings, der schon als Junge, von einem Baumstrunk erzählend, seine Zuhörer zu fesseln wusste.

Das Erste, was an Daniel Day-Lewis' Interpretation von Lincoln auffällt, ist die hohe Stimme. Er säuselt die Worte wie ein Teekessel, der auf niedriger Flamme heiser pfeift, er flüstert, haucht und bisweilen quietscht er gar. Hat Lincoln so getönt? «Leute, die ihn sprechen hörten, beschrieben Lincolns Stimme als hoch», sagt Goodwin. «Das Gute an seiner schrillen Stimme war, dass sie im Freien über Tausende von Leuten schallte bis in die hintersten Reihen.» Die Baritonstimme einiger seiner Kontrahenten dagegen habe zwar auf die Zuhörer in den ersten Reihen imposant gewirkt, weiter hinten habe man sie jedoch kaum mehr hören können.

«Wichtiger noch war Lincolns Vortragstechnik», sagt Goodwin. «Lincoln besass eine aussergewöhnliche Fähigkeit, Erfahrungswisheit in unterhaltsame Geschichten einzupacken, die sich in der Erinnerung seiner Zuhörer festsetzten.» Er beherrschte die uralte Technik der Wiederholung meisterlich, eine Art rhythmische Repetition. Aus ihr ist laut Walter Benjamin «das Netz beschaffen, in das die Gabe zu erzählen gebettet ist».

Als Lincolns rhetorische Meisterleistung gilt seine Grabrede von Gettysburg zur Ehrung der 15 000 Toten der dreitägigen Schlacht, die

«In seiner Melancholie sähe man heute ein gravierendes Handicap für die Ausübung des Präsidentialamtes.»

den Wendepunkt im Bürgerkrieg markierte. Gerade wegen ihrer Kürze – sie dauerte keine zwei Minuten – war die Rede ein kraftvoller Akt der Reinigung und eine einprägsame Geburtsurkunde für die wiedervereinte Nation. Das Interessante an der «Gettysburg Address» sei gewesen, berichteten Zuhörer von damals, dass Lincoln die Betonung in seiner Schlüsselstelle: «... auf dass die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk, nicht von der Erde verschwinden möge», den Akzent nicht auf «des», «durch» und «für» gelegt, sondern stets das Wort «Volk» betonte habe. Dadurch, so Goodwin, habe er die Einheit und Gleichheit aller Amerikaner auf subtile Art beschworen, ohne den Reizbegriff «Sklaverei» ein einziges Mal in den Mund zu nehmen.

Das gewaltige Blutvergiessen des Bürgerkriegs hatte alle überrascht, obwohl es bereits bei der Wahl Lincolns klar war, dass ein Konflikt mit den abtrünnigen Sklavenhalter-Staa-

ten unausweichlich sein würde. Obwohl er nicht zu den vehementen Sklavereieignern gehörte, wusste jeder, auf welcher Seite Lincoln stand. Jahre bevor er Präsident wurde, sagte er zu einem Anwaltskollegen: «Ich sage dir, diese Nation kann nicht halb Sklave, halb frei bleiben.»

Dies sei allerdings durchaus nicht von Beginn weg Lincolns Meinung gewesen, monieren Historiker. Anfänglich habe er Schwarze für Menschen zweiter Klasse gehalten. Und selbst als er die Sklaverei ablehnte, dachte er zuerst nicht an eine Integration der Schwarzen in den USA, sondern erwog, alle Sklaven nach Liberia zu schicken.

«Monströse Ungerechtigkeit»

Ist Lincolns Bild als Sklavenbefreier überzeichnet? Goodwin ist überzeugt, dass er seit seinen Jugendjahren die Sklaverei aus tiefstem Herzen ablehnte. «Es hat damit begonnen, dass er eine Reihe von Sklaven sah, die auf dem Markt verkauft wurden. Er hatte ein spontanes Gefühl, dass dies falsch sei.» Zwar habe er nie die radikale Linie der Abolitionisten vertreten, aber eher aus taktischen als aus ideologischen Gründen. «Als er Macht erlangte, tat er, was er konnte, um die monströse Ungerechtigkeit auf amerikanischem Boden zu verdammen, zuerst mittels der Emanzipations-Proklamation, später durch das 13. Amendment, welches das Sklavereiverbot in der Verfassung verankerte.»

Dennoch halten sich Zweifel an seiner bedingungslosen Entschlossenheit. So schrieb er mitten im Krieg in einem offenen Brief an die *New York Daily Tribune*, die Zeitung des bekannten New Yorker Abolitionisten Horace Greely: «Mein oberstes Ziel in diesem Krieg ist es, die Union zu retten; es ist nicht, die Sklaverei zu retten oder zu zerstören [...] Alles, was ich in Bezug auf die Sklaverei und die Schwarzen tue, geschieht, weil ich glaube, dass es hilft, die Union zu retten.»

In der Tat ging es im Bürgerkrieg in erster Linie um den nationalen Zusammenhalt der Vereinigten Staaten. Die zentrale Frage lautete: Hat ein einzelner Bundesstaat das Recht, jederzeit aus der gemeinsamen Union auszutreten? Der Süden bejahte dies mit dem Argument, man sei dem Bund schliesslich freiwillig beigetreten. Der Norden widersprach. Nach der Unabhängigkeitserklärung von 1776 sei eine Revolution nur nach fortgesetzten schweren Rechtsverletzungen gerechtfertigt.

Mehr noch als Lincolns wahre Haltung zur Sklaverei gehört sein Gemütszustand zu den Rätseln seiner vielschichtigen Persönlichkeit. «Lincoln litt sein Leben lang an klinischer Depression», schreibt Joshua Wolf Shenk, Autor von «Lincoln's Melancholy». «Heute würde sein Leiden psychiatrisch behandelt, man sähe in seiner Melancholie ein gravierendes Handicap für die Ausübung des Präsidentialamtes.»



«Man hätte Hunderte Filme daraus drehen können»: «Lincoln»-Regisseur Spielberg.

Zeugnisse früher Weggenossen, die über suizidale Tendenzen des jungen Lincoln berichten, scheinen die These des psychisch labilen Lincoln zu bestätigen. Später schien er im Leben Tritt gefasst zu haben. Zumindest nach aussen bewahrte er stoische Haltung – selbst in den bittersten Stunden des Krieges, als täglich Meldungen von Tausenden Toten nach Washington telegraphiert wurden.

«Ich glaube, es gibt einen Unterschied zwischen einer klinischen Depression und Melancholie», sagt Goodwin. «Melancholie ist ein Aspekt des Temperaments. Es ist eine Art, wie du die Welt siehst. Lincolns Melancholie war zum Teil angeboren, aber auch durch seine Jugend geprägt. Schon früh war er mit dem Tod konfrontiert. Seine Mutter, seine Schwester, seine erste Liebe waren alle vor seinen Augen verstorben. Damals fiel er in eine tiefe Depression. Er fühlte, dass es nichts mehr gab, wofür es sich zu leben lohnte, ausser er würde es schaffen, durch eine Grosstat nach seinem Tod in allgemeiner Erinnerung zu bleiben.»

Woher diese hohen Ambitionen kamen, ist auch für Goodwin ein Änigma. «Er wollte schon früh etwas tun, was die Zeit überdauern würde. Seine Traurigkeit entstammte seinem Gefühl, dies nie erreichen zu können. Die Kluft zwischen dem Ort, wo er aufgewachsen war, und den Zielen, die er hatte, erschien ihm zu gross.» Einmal zum Präsidenten gewählt, habe es jedoch keine Anzeichen gegeben, dass er durch seinen psychischen Zustand behindert gewesen wäre. Im Gegenteil. «Selbst als sein Lieblingssohn Willie im Weissen Haus von der Grippe dahingerafft wurde und seine Frau Mary in wochenlangem Trauer versank, war er derjenige, der Mut und Stimmung aller anderen aufrechterhielt.»

Wie er inmitten von Tod und Krieg allein Haltung und Handlungsfähigkeit behielt, ist das grösste Faszinosum in Lincolns Vita. «Er konnte seine Melancholie durch Humor und Geschichtenerzählen vertreiben», sagt Goodwin. «Diese Fähigkeit war entscheidend.» In den sechs Jahren Arbeit mit Drehbuchautor Tony Kushner habe sie deshalb darauf insistiert, dass Lincolns Humor gebührend thematisiert werde. Lincolns Hang zum Geschichtenerzählen nahm bisweilen groteske

Seine Mutter, seine Schwester, seine erste Liebe waren alle vor seinen Augen verstorben.

Formen an, sagt Goodwin. «Selbst wenn Entschiede auf dem Schlachtfeld anfielen, erzählte er in gemächlichem Tempo ein paar Anekdoten. Seine Kabinettskollegen kochten. Aber das war ihm egal. Es war ihm sogar egal, ob ihm überhaupt irgendjemand zuhörte. Seine Reden hatten bisweilen etwas Selbsttherapeutisches.»

Andererseits konnte er sein Publikum während Stunden am Lachen halten. Eine seiner Lieblingsgeschichten war die eines Generals des Unabhängigkeitskrieges, der England besuchte. Noch in Groll über den verlorenen Krieg versunken, hängte der englische Gebieter ein Bild George Washingtons auf dem Abort auf. Als der Amerikaner nach ein paar Tagen keinen Kommentar darüber abgegeben hatte, obsiegte die Neugier des Engländers, und er fragte nach, was sein Gast von dem Bild im Klo halte. «Es hängt vorzüglich dort», antwortete der Amerikaner. «Nichts lässt einen Briten schneller scheissen als der Anblick von George Washington.»

Lincoln, so scheint es, hatte eine innere Quelle von Humor, die nie zu versiegen drohte, eine anarchische Heiterkeit schien ihm eigen, die den aufgetauten Schmerz und die Last seines Amtes gelassen wieder ins Chaos zusammenwarf. Goodwin braucht dafür den Begriff «whistling off» – das Wegpfeifen. Er konnte über nichts so gut aus tiefstem Herzen lachen wie über sich selbst. Und doch nahm er sich und sein Amt heilig ernst. Er konnte toben und dominieren, drohen und herrschen. «Ich bin der Präsident der Vereinigten Staaten, ausgestattet mit immenser Macht, ihr werdet mir diese Stimmen eintreiben», drohte er im Kabinett im Kampf um das 13. Amendment, mit dem er der Sklaverei für immer den Riegel schob.

Lincolns Träume

Bei der heutigen Heroisierung geht leicht vergessen, dass ein erheblicher Teil seines Volkes Lincoln abgrundtief hasste. Umso erstaunlicher ist es, dass er sich offenbar um die eigene Sicherheit kaum kümmerte. Er begab sich auf «therapeutische» Kutschenfahrten mit seiner Frau durch Washington, besuchte die Front und frequentierte regelmässig öffentliche Theatervorstellungen, wo ihn schliesslich der Sklavereibefürworter John Wilkes Booth erschoss. Nahm Lincoln seinen Tod leichtsinnig in Kauf? Hatte er gar eine Todesahnung, wie es eine Traumszene zu Beginn von Spielbergs Monumentalfilm suggeriert?

«Es gibt verschiedene Träume, über die Lincoln selbst berichtete», sagt Goodwin. «Der authentischste ist derjenige von einem Schiff, auf dem er als einziger Passagier in hohem Tempo durch den Nebel zu unbekanntem Gestaden gleitet.» In einem anderen Traum sehe er im East Room des Weissen Hauses einen Toten aufgebahrt. Wer dieser sei, wollte Lincoln wissen. «Der Präsident», wurde ihm beschieden.

Dass er seine Ermordung vorausgesehen und dadurch erwartet habe, glaubt Goodwin nicht. «Sein Leben bestand zu einem grossen Teil aus Träumen.» Goodwins Lieblingsraum von Lincoln spielt bei einem Empfang, wo über sein unvorteilhaftes Äusseres gelästert wird. «Sie sind so normal aussehend», meinte eine Dame, worauf Lincoln geantwortet habe: «Gott muss die Normalaussehenden lieben, darum hat er so viele von ihnen gemacht.»

Doris Kearns Goodwin, 70, war in den sechziger Jahren Assistentin des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson. Sie schrieb Biografien über Johnson, John F. Kennedy und Franklin D. Roosevelt; für letztere wurde sie mit dem Pulitzer Preis ausgezeichnet. Ihr Standardwerk «Team of Rivals» ist die Grundlage für Steven Spielbergs Film «Lincoln», der ab heute in den Schweizer Kinos läuft.

Team of Rivals: The Political Genius of Abraham Lincoln. Simon & Schuster, 2005. 916 S., Fr. 27.90

Filmkritik «Lincoln»: Seite 60



Strategisches Rührstück: «Ultimatum City» vom kanadischen Fotografen David Drebin.



Schlaflose Rose

Von Daniele Muscionico

Man hat diese Stadt nur für sie gebaut, für sie ganz allein. Ein Luftpalast dort, wo die Vögel wohnen. Ein Glashaus in den Wolken, dem Sonnenaufgang zugewandt und dem Sonnenuntergang. Das Nachtlicht schenkt ihr flüssige Lava, die Flüsse tragen Gold für sie und die Ampeln Rot. Sie raubt New York den Schlaf. Ihr verdankt die Stadt den abendlichen Verkehrsinfarkt und die Tatsache, dass die U-Bahnzüge nach Manhattan überlastet sind. Diese Rose in ihrem Glassturz ist die Ursache: Nikita, dauerblühend zwar, doch ohne Duft.

Oder ist alles ganz anders? Und die Perücke tragende Rose ist das Opfer eines Kriminalfalls? Sind wir die heimlichen Mitwisser einer schrecklichen Tat? Die sich ereignet oder noch ereignen wird? Wird sich jäh das Fenster öffnen und vor unseren Augen Unfassbares geschehen?

Bilder erzählen Geschichten. Und dieses Bild mehr als die meisten, denn es ist ein strategisches Rührstück. Weise wie ein Drama der alten Griechen und dabei genauso kalkuliert. Es zeigt das Monumentale und meint das Intime. Es rührt an unsere Fantasien und weckt unsere Träume, die guten sowie die schlechten.

Die unerreichbare Frau wird plötzlich erreichbar – auf dem Bild. Die unerreichbare Stadt, Versprechen von unermesslichem Luxus und ewigem Glück, wird plötzlich zugänglich – wir sind Teil von ihr, denn wir besitzen ja ihr Foto. Und wir leiden mit der Hauptfigur, Callgirl, Opfer, Täterin, Nachahmerin von «American Psycho». Aufgepimpt mit einer Überdosis Sex-Appeal, steht hier die moderne sexualisierte Version von King Kong, die unbezähmbare fremde Königin, ausgesetzt auf einer Nadelspitze New Yorks.

«Eye candy» nennt man diese Art Bilder. Tatsächlich aber besänftigt diese Augenleckerei nicht nur unsere visuellen Bedürfnisse, sie erzählt den archaischen Stoff: Verführen, Begehren, Intrigen, Romanze und dunkle Mächte. Dabei liegt es im Auge des Betrachters, zu entscheiden, ob die dunkle Macht die Frau sei – oder diese draussen vor den Fenstern lauert.

Dieses Bild ist nichts mehr und nichts weniger als ein Gotham-City-Motiv, aufgenommen aus dem Appartement des gefeierten kanadischen Inszenierers der Leidenschaft, David Drebin. Und auch dass der Werbe- und Modelfotograf seine Heldin in ein Buch packt, das er «Beautiful Disasters» nennt, muss nicht gegen ihn verwendet werden. Kann man gutwillig behaupten. Oder?

David Drebin: Beautiful Disasters. TeNeues. Ausstellung «Chambre avec vue» in der Acte2galerie, Paris. Bis 16. März

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Paulo Coelho:** Die Schriften von Accra (*Diogenes*)
- 2 (2) **Jonas Jonasson:** Der Hundertjährige ... (*Carl's Books*)
- 3 (3) **Vina Jackson:** 80 Days – Die Farbe der Erfüllung (*Carl's Books*)
- 4 (4) **Martin Suter:** Die Zeit, die Zeit (*Diogenes*)
- 5 (6) **Vina Jackson:** 80 Days – Die Farbe der Lust (*Carl's Books*)
- 6 (8) **Sandra Brown:** Blinder Stolz (*Blanvalet*)
- 7 (5) **John R. R. Tolkien:** Der Hobbit (*Klett-Cotta*)
- 8 (7) **Camilla Läckberg:** Der Leuchtturmwärter... (*List*)
- 9 (–) **John Lanchester:** Kapital (*Klett-Cotta*)
- 10 (9) **William P. Young:** Der Weg (*Allegria*)

Sachbücher

- 1 (2) **Detlef Pape:** Schlank im Schlaf (*Gräfe und Unzer*)
- 2 (4) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klaren Denkens (*Hanser*)
- 3 (1) **Pierre Dukan:** Das Dukan-Diät-Kochbuch (*Gräfe und Unzer*)
- 4 (5) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klugen Handelns (*Hanser*)
- 5 (–) **Christoph Stockar:** Der Schweizer Knigge (*Beobachter*)
- 6 (–) **Gabriele Hessmann:** Schlank im Schlaf – Das Kochbuch (*Gräfe und Unzer*)
- 7 (3) **Florian Illies:** 1913 – Der Sommer des Jahrhunderts (*Fischer*)
- 8 (9) **Thomas Jaenisch, Felix Rohland:** Myboshi – Mützen und mehr (*Frech*)
- 9 (6) **Beat Kuhn:** Ziemlich wild (*Gassmann*)
- 10 (–) **Detlef Pape:** Schlank im Schlaf – 20-Minuten-Küche (*Gräfe und Unzer*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Pippi und Bond

Vor einigen Wochen berichteten wir an dieser Stelle über die Ankündigung des Stuttgarter Thienemann-Verlags, Ausdrücke wie «Negerlein» aus Ottfried Preusslers Kinderbuchklassiker «Die Kleine Hexe» zu streichen. Zuvor hatte der Oetinger-Verlag bereits Lindgrens «Pippi Langstrumpf» von «Neger» und «Zigeunern» gesäubert. Nun hat uns die Meldung erreicht, die chinesischen Behörden hätten aus dem neuen James-Bond-Film all jene Szenen herausgeschnitten, die China in ein schlechtes Licht rückten. So fehle beispielsweise die Szene, in der ein französischer Profikiller einen chinesischen Wachmann in einem Wolkenkratzer tötet. Pippi und Bond, das kommunistische China und der demokratische Westen: Manchmal scheint das alles erschreckend nahe beisammen. (rb)

Literatur

Blackberrys und Singvögel

In seinem neuen Essay-Band erklärt der US-Grossschriftsteller Jonathan Franzen, weshalb wir Smartphones oft mehr lieben als Menschen. Von Hans-Peter Kunisch

Er sieht aus wie ein in sich gekehrter Intellektueller – doch von der Literatur fordert er, sie solle sich dem breiten Publikum zuwenden. Seine Romane vermeiden grosse Thesen, gehen von den Problemen durchschnittlicher Familien aus. Jonathan Franzen ist ein Beispiel dafür, dass sich Denken und Erzählen nicht in die Quere kommen müssen. Dabei hat er Germanistik studiert, wovon jeder erfahrene Schriftsteller abrät. Werdende Autoren, heisst es, sollten lieber das Leben studieren, sonst blieben sie ungelesen. Das mag oft zutreffen, doch von Franzens berühmtestem Roman, «Die Korrekturen», verkauften sich fast drei Millionen Exemplare. Das stört wiederum die, die glauben, Literatur dürfe sich nicht rechnen. Sie warfen Franzen Populismus vor. Und wunderten sich, als er, von Oprah Winfrey zur legendär absatzsteigernden Fernsehshow eingeladen, den Sinn der Show bezweifelte. Was Oprah erzürnte: Sie lud ihn wieder aus.

Wie Franzen es schafft, Intellektualität und Erzählkunst, Erfolg und Eigensinn zu verbinden, kann man jetzt in einer neuen Essay-Sammlung verfolgen. Es hat damit zu tun, dass Franzens Aufsätze kleine Romane sind. Auch hier geht er seine Themen nicht ideologisch an, erzählt sie als Geschichten in der ersten Person.

Zwei Aufsätze beschäftigen sich mit Mobiltelefonen, doch Franzen beklagt nicht, dass Leute in Zügen öfter mit dem Natel sprechen als miteinander, sondern reflektiert beim Kauf eines Blackberry die eigene Begeisterung. Es sei nicht überraschend, dass diese Geräte gefielen. Sie seien hergestellt, «um ungeheuer zu gefallen». Wenn Liebe zwischen Menschen kompliziert ist, so Franzen, entwickeln wir Gefühle für Dinge, die nur funktionieren und schön sind. Das ist bei Menschen selten der Fall. Erfolg hat alles, bei dem das ausgeblendet wird. Wie beim ersten Treffen auf Facebook: «Sich mit jemandem anzufreunden, bedeutet schlicht, diesen Jemand in unser Privatkabinett aus schmeichelnden Spiegeln zu integrieren.»

Ein Beispiel für Franzens Eigensinn ist die «uncoole» Liebe zu Singvögeln. Für sie reist er um die Welt, sie kommt in beinahe allen Essays vor, ob es um China, Chile oder Malta geht. Eine brillante Reportage gelingt Franzen auf Zypern. Dort ist die Jagd auf Vögel, die als Delikatesse gelten, seit 1974 verboten. Bis heute sind Millionen getötet worden: Ambelopoulia, Mönchsgrasmücken, Kuckucke und Pirole,



Freund der Feldforschung: Autor Franzen.

selbst kleinere Falken und Eulen. Vor dem EU-Beitritt schritt der Staat ein, dann wurden die Kontrollen wieder laxer.

Franzen ist ein Freund der Feldforschung, begibt sich auf Recherche. Mit Naturschützern, die Leimfallen für Vögel entfernen, gerät er an wütende Zyprioten, die um ihr Geschäft fürchten. Die Gruppe wird mit Steinen, gross wie Tennisbälle, beworfen, die Videokamera über dem Kopf des Besitzers zerschlagen.

Aus der Liebe zu Vögeln wird nicht Moralin, sondern eine skurrile Abenteuerstory. Franzen besucht ein Restaurant, das illegal Singvögel serviert. Er isst mit, um kompetent zu schreiben. Ein italienischer Umweltschützer sagt, Singdrosseln seien «verdammte Lecker». «Der Umweltschützer hatte recht. Das Fleisch war dunkel und schmeckte würzig, und der Vogel war so viel grösser als eine Ambelopoulia, dass ich ihn für ein normales Gericht und mich für einen normalen Restaurantgast halten konnte.»

Wie in seinen Romanen lässt Franzen die Leser an Erfahrungen teilhaben, setzt sie Ambivalenzen aus. Bei ihm geht es um die Wahrnehmung der Wirklichkeit, so widersprüchlich sie auch sein sollte.

Jonathan Franzen: Weiter weg. Essays. Rowohlt. 368 S., Fr. 31.90

Wiegenlied für eine Leiche

Brillante Zumutung: Thomas Hirschhorns neuste Collagen.
Von Daniele Muscionico

Ein Liebesgeständnis war nicht zu erwarten. Nicht von diesem Künstler, für den unser Land auch schon den Begriff des Landesverrätters ins Spiel brachte. Zärtlichkeit ist nicht die Melodie von Thomas Hirschhorn, dem geliebten Feind, der alles anders macht als seine Feinde in den eigenen Reihen: die Vertreter des modischen Zynismus, des sterilen Kritizismus und der Hure Kunstmarkt. Seine Arbeit ist so gut wie unverkäuflich, denn sie hält die Freiheit der Kunst hoch. Auch als Beleg der Tatsache: Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf.

So viel Empathie war lange nicht

Doch Hirschhorn heisst mit Erwartungen brechen. Und so viel Empathie war lange nicht in seinem Werk. Der Künstler baut anonymen Opfern von Gewalt einen Papieraltar in liebevoll komponierten Bildern, «Collage Truth». In kleinen und mittelgrossen Formaten fügt er zusammen, was scheinbar nicht zusammengehört und realiter doch dicht an dicht existiert, bestenfalls in der abendlichen «Tagesschau»: perfekte menschliche Körper aus Werbefildern sowie zerstörte menschliche Körper, von unbekannt aufgenommen und im Internet abgelegt. Und als ginge es darum, den Opfern – wobei, wer ist Opfer, wer Täter, wenn es keine Quelle gibt, die uns die Hintergründe erschliesst? –, den Toten, die letzte Ehre zu erweisen, packt der Künstler die Collagen in Cel-

lophan. Ein letztes Hemd, ein Leichentuch, eine zärtliche Geste für Lebende sowie Tote.

Ein Mager-Model inmitten eines Infernos, in ihrem Rücken rennen Menschen um ihr Leben, eine Muslimin als trauernde Maria: «Col-

Ein Mager-Model inmitten eines Infernos, eine Muslimin als trauernde Maria.

lage Truth» ist ein Versuch, der Diktatur der Information zu widerstehen und die Wahrheit der Kunst zu feiern. Geschundene Körper werden nicht zu Ikonen stilisiert, um unsere Scham zu vertuschen, die sie in uns wachrufen.

Hirschhorn stellt das Leid genauso kühl aus wie die Perfektion, die ja unser aller Mass und Bestimmung ist. Hier das Heile, Makellose, dessen einziger Sinn es ist, gesehen zu werden, sichtbar zu sein; dort und als Protest gegen den Terror des Verdrängens das Makelbehaftete, Zerstörte, dessen Ziel es sein soll, vergessen zu werden, unsichtbar zu sein. – Es gibt nur eine Welt, sagt Thomas Hirschhorn, und sie ist so, wie wir wollen, dass sie sei.

Thomas Hirschhorn: «Collage Truth», Galerie Susanna Kulli, Dienerstrasse 21, Zürich. Bis 26. Februar



Gegen den Terror des Verdrängens: Hirschhorns «Collage Truth No 71».

Die angehaltene, die fliessende Zeit

Von Peter Rüedi

Im Münchner Haus der Kunst ist bis zum 10. Februar eine Ausstellung zu sehen mit dem Titel «ECM – eine kulturelle Archäologie». Sie ist die Präsentation eines Plattenlabels als Gesamtkunstwerk, aber auch als Musterfall der Recherche nach der ungreifbaren Zeit. Fand ECM einmal für den ebenso vielfältigen wie stringenten Korpus seiner Musik die wunderbare Formel «the most beautiful sound next to silence», könnte über der Münchner Retrospektive eine Zeile aus Dylan Thomas' Hörspiel «Under Milk Wood» stehen: «Time passes. Listen. Time passes.» Sie gilt für alle Musik, aber besonders für ein Unternehmen insgesamt, das sich Edition of Contemporary Music nennt.

Auch die Abfolge von inzwischen weit über tausend Dokumenten der Zeitgenossenschaft lässt uns den Fluss der Zeit spüren. Dass Manfred Eicher gegen seine Praxis beginnt, bisher Unveröffentlichtes zugänglich zu machen, hängt mit der paradoxen Doppelnatur der Musik als angehaltener und als fliessender Zeit zusammen. Die Fundstücke sind Zeitdokumente und auf erstaunliche Weise der Zeit entrückt. Besonders eindrücklich ist in der Münchner ECM-Ausstellung der Aufbau sämtlicher Originalbänder des Archivs an einer Wand von geschätzten sieben mal vierzehn Metern. Die Doppel-CD mit dem Mitschnitt eines Livekonzerts im Münchner Amerika-Haus 1981 des Trios Jan Garbarek, Egberto Gismonti und Charlie Haden ist eine Trouville aus diesem Fundus, und weitere sind zu erwarten. Garbarek-Gismonti-Haden sind drei Musiker, die für drei Eckpunkte der ECM-Topografie stehen, und ihre Musik ist gleichzeitig von einer bestürzenden Gegenwärtigkeit und Entrücktheit. Darin liegt ein Moment von Pathos und eines von Fragilität.

«Magico. Carta de Amor» ist eine Hymne an die Schönheit (mit gelegentlichen Brüchen, die ihren Preis hörbar machen). Der scharfe Glanz von Garbareks Saxofon, die Behutsamkeit von Gismontis filigraner Gitarre (am Piano wird die Emphase etwas zu nachdrücklich), die warme, singende Tiefgründigkeit von Hadens Bass schaffen zusammen einen weiten Innenraum, in dem das scheinbar Einfachste vor Spannung vibriert.



Jan Garbarek, Egberto Gismonti, Charlie Haden: Magico. Carta de Amor. ECM 2280/81 278 9004

«Ich liebe es immer opernhaft»

Der US-Regisseur Quentin Tarantino hat mit 49 seinen ersten Western gedreht. Der Mann bleibt seinem Ruf als *Enfant terrible* Hollywoods treu. Er verblüfft allerdings auch mit Nachdenklichkeit. Hier spricht er über Sklaverei, verdrängte Geschichte und den Reiz der Gewalt. *Von Claas Relotius*

Quentin Tarantino gilt als Meister darin, seine Fans und Kritiker immer wieder zu verblüffen. Mit seinem Western «Django Unchained» hat er sich nun eines Themas angenommen, das in Hollywood bislang kaum Berücksichtigung gefunden hat: der Geschichte der Sklaverei. Die *Weltwoche* traf den 49-Jährigen bei der Premiere in Berlin.

Die eng zusammenstehenden Augen ruhen kaum einmal. Im Hinterzimmer des Nobelhotels sitzt Tarantino auf einem breiten Ledersofa und blickt aufgeregt wie ein Kind umher. Er trägt einen seidenen Kimono, unter der schwarzen Wollmütze gucken zerzauste Haare hervor. Der verschlagene Blick, das immense Kinn – man kann sich nicht helfen: Der Mann hat noch immer viel von einem Film-«Nerd», der jahrelang in einer Videothek jobbte, wo er sich Horrorstreifen ansah, bevor er selbst mit den Kultfilmen «Reservoir Dogs» und «Pulp Fiction» zum Kult-Regisseur aufstieg.

Herr Tarantino, wir hatten nach «Django Unchained» den Eindruck, dass Sie immer schon einen Western drehen wollten.

Was soll ich sagen? – Ja, das stimmt! Ich hatte zuvor Gangsterfilme, Kung-Fu-Streifen und einen Kriegsfilm gedreht – da war es einfach mal Zeit für einen Western. Die Faszination dafür schleppe ich schon ewig mit mir herum, und auch wenn ich zuvor noch keinen echten Western gedreht habe, war meine Arbeit sicher schon immer von diesem Genre beeinflusst.

Das ist kaum zu übersehen. Klassische Westernelemente wie den sogenannten *Mexican standoff* zitieren Sie in fast jedem Ihrer Filme. Und auch das obligatorische Rachemotiv Ihrer Helden bestimmt fast immer die Handlung.

Ganz klar, das sind natürlich klassische Westernelemente, die sich vor allem in «Kill Bill» und «Inglourious Basterds» wiederfinden, zwei Filmen, die für meinen Geschmack eigentlich schon halbe Western sind. Aber auch in «Pulp Fiction» und sogar in «Reservoir Dogs» habe ich vielfach auf Zitate des Spaghettiwesterns zurückgegriffen.

Woher rührt Ihre Vorliebe für das Genre?

Der Spaghettiwestern ist spannend, und er erzählt grossartige Heldengeschichten, ohne dabei in Schwarzweissmalerei zu verfallen. Die Guten sind hier nie nur gut.

Ich mag es, wenn die Helden keine feinen Samariter sind, die Gerechtigkeit wollen, sondern ambivalente Gestalten, die vor allem dem Eigennutz nachjagen. Ausserdem hat der Italowestern einige der fantastischsten Schurken der Filmgeschichte hervorgebracht. Denken Sie nur an den wunderbaren Lee van Cleef in «Der Tod ritt dienstags» oder in Sergio Leones «Zwei glorreiche Halunken»! Letzteren halte ich übrigens für einen der besten Filme überhaupt.

Es heisst, Western würden mehr als alle anderen Genrefilme die Moral ihrer Zeit widerspiegeln. Stimmen Sie zu?

O ja, man muss sich ja nur mal die Western der fünfziger Jahre ansehen, und man wird schnell feststellen, dass diese vor Kleinbürgerlichkeit und Eisenhower-Denken nur so strotzen. Die Western der sechziger Jahre arbeiten sich dann im Vergleich schon deutlich stärker an der rassistischen Vergangenheit Amerikas ab, und vor allem die frühen sieb-

«Ein Sklave, der seinem Peiniger die Peitsche aus der Hand reisst – das ist doch ein starkes Bild.»

ziger Jahre versprühten kurzzeitig einen regelrechten Vietnam-*vibe*. Fünf Jahre darauf begann dann die Zeit jener Western, die ich gerne Watergate-Western nenne, weil sie mit allen Mythen und Verklärungen aufräumen und alle Illusionen über den Wilden Westen einreissen, die vorher so mühsam aufgebaut wurden. Ich glaube also, dass es wahr ist und man den Western gewissermassen als Blaupause gesellschaftlicher Epochen betrachten kann. Aber bevor Sie mich fragen: Ich kann Ihnen nicht sagen, was mein Western über unsere Zeit erzählt, denn er steht gar nicht in dieser Tradition. Ich glaube, dass es unmöglich ist, heute noch einen echten Spaghettiwestern zu drehen, genauso wie es heute unmöglich wäre, einen echten Film noir auf die Leinwand zu bringen. Beides waren Phänomene ihrer Zeit.

Trotzdem orientieren Sie sich an Sergio Corbuccis Klassiker «Django» von 1966. Was hat Sie daran inspiriert?

Mich hat das gesamte Werk Corbuccis inspiriert. Jeder Regisseur kreierte sein eigenes Bild des Wilden Westens, und das von Corbucci war sicher das kühnste, brutalste und erbarmungsloseste von allen.

Corbuccis «Django» ist in den USA deshalb nie ins Kino gekommen ...

... und er war sogar in Grossbritannien lange verboten! Soweit ich weiss, konnte man nur zufällig ein winziges Stück davon sehen, und zwar immer in genau jener Szene, in der Jimmy Cliff in «The Harder They Come» ins Kino geht, um sich den Streifen anzugucken. Ich habe mich viel mit Corbucci beschäftigt, und für mich ist es unzweifelhaft, dass er sich in vielen seiner Werke mit der Geschichte des Faschismus in Europa auseinandergesetzt hat. Wenn zum Beispiel eine Bande Cowboys eine Stadt überfiel, hatte das bei Corbucci immer etwas Monströses. Man dachte immer: «Wow, das hat jetzt aber etwas von einer verdammten Nazi-Besatzung!» So bin ich dann auf die Idee zu meiner «Django»-Version gekommen: Ich wollte Corbuccis Stil auf die amerikanische Geschichte übertragen. Was lag da näher, als die Geschichte in die Zeit der Sklaverei in den Südstaaten zu verfrachten?

Nach den rund vierzig inoffiziellen *rip-offs*, die es von Corbuccis Klassiker gibt, präsentieren Sie nun den ersten schwarzen Django und erzählen die Geschichte eines Sklaven, der sich, von seinen Fesseln befreit, an seinen weissen Peinigern rächt.

Ich habe mir gedacht, es wäre cool, einen schwarzen Sklaven zum Helden dieser Geschichte zu machen und diesem Charakter die Möglichkeit zu geben, einen heroischen Rachefeldzug gegen seine weissen Unterdrücker zu führen. Ein Sklave, der seinem Peiniger die Peitsche aus der Hand reisst und zurückschlägt – das ist doch ein extrem starkes Bild.

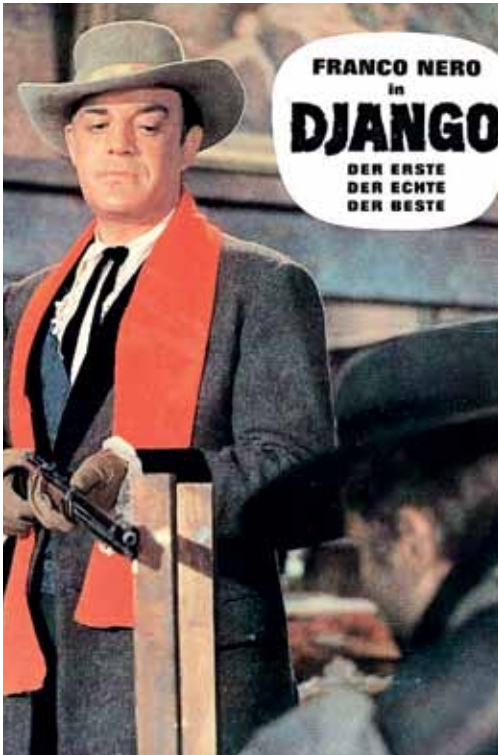
Genau wie bei Ihrem letzten Film, «Inglourious Basterds», wo eine Gruppe jüdischer US-Soldaten auf Nazijagd geht und Hitler tötet, hat auch dieser Plot etwas Märchenhaftes.

Nun, die Grundmuster sind ähnlich. Allerdings schreibe ich bei «Django» die Geschichte nicht um oder erfinde sie neu. Während die Basterds Hitler zur Strecke bringen und den Krieg beenden, tötet Django weder General Lee noch schafft er die Sklaverei ab. Die Geschichte von Django bleibt eine Heldengeschichte vor einem sehr realistischen Hintergrund, sie ist also nicht unbedingt märchenhaft, sondern eher opernhaft überhöht. Ich liebe es immer opernhaft.

Über «Inglourious Basterds» haben Sie einmal gesagt, Sie würden dem Holocaust-Film



«So unwirklich – das finde ich grossartig»: Filmemacher Tarantino.



Erbarmungslos: «Django», 1966.

ein Ende setzen wollen. Nun können Sie mit «Django Unchained» kaum vorhaben, die Reihe von Kinofilmen über die Sklaverei in Amerika zu beschliessen – denn dieses Thema hat auf grosser Leinwand bislang sowieso kaum stattgefunden.

Das ist verdammt richtig! Deshalb würde ich mir wünschen, dass mein Film dieses Thema nicht cineastisch abschliesst, sondern vielmehr dazu beiträgt, es überhaupt zu entdecken. Ich hoffe, dass andere Filmemacher endlich sehen, was für Möglichkeiten dieser Hintergrund bietet. Es lassen sich unglaublich starke Geschichten über die Zeit der Sklaverei erzählen, aber in den letzten vierzig Jahren Filmgeschichte hat das leider kaum mal jemand wirklich probiert. Klar, es gibt Filme darüber im Fernsehen, aber diese sind dramaturgisch so öde, und sie versuchen so krampfhaft politisch und historisch korrekt zu bleiben, dass sie dich als Zuschauer nie wirklich fesseln können. Ich finde tatsächlich, dass ausgerechnet Independent-Filme wie Richard Fleischers «Mandingo», in dem es um Sklaven geht, die sich zur Belustigung ihrer weissen Herren bis aufs Blut bekämpfen sollen, dem Thema im Vergleich dazu viel näher gekommen sind.

Es ist schwer zu glauben, aber doch wahr: In Hollywood sind gerade mal eine Handvoll Filme erschienen, die sich mit der Sklavereivergangenheit der USA befassen. Warum ist das so?

Weil dieses Thema in den USA allgemein kaum stattfindet. Man kann nicht sagen, dass es ein Tabu ist, aber es liegt wohl so etwas wie Mehltau darüber.



Rachefeldzug: Jamie Foxx als Django, 2012.

Das Thema wird verdrängt?

Ich weiss nicht, ob es Verdrängung ist. Vielleicht hat man in den USA einfach nie gelernt, damit umzugehen. Ich meine: Dieses Land ist für zwei Holocausts verantwortlich, den an den indianischen Ureinwohnern und den an den Menschen aus Afrika und der Karibik, und es gründet sogar einen gewaltigen Teil seines Wohlstands darauf. Aber Amerika wurde dafür nie wirklich der Spiegel vorgehalten, geschweige denn wurde es dafür zur Rechenschaft gezogen. Die Deutschen werden immer wieder gezwungen, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen. Wie viele Filme werden in Deutschland noch heute über den Holocaust gedreht? Genau: unzählige. In Deutschland können Sie

«Ich besitze selbst eine Waffe, um mich gegen Einbrecher in meinem Haus zu wehren.»

all das auch schon in Schulbüchern nachlesen. Klappen Sie dagegen – auch heute noch – ein amerikanisches Schulbuch auf, werden Sie eine Menge Geschichten über den Goldrausch finden, aber nur wenige über die Sklaverei. Das ist beschämend, und zwar für Schwarze und Weisse.

Sie haben im US-amerikanischen Süden gedreht, wo die Vorfahren der meisten dort noch lebenden Bewohner Sklaven waren. Was war das für ein Gefühl?

Ich muss zugeben, dass ich bezüglich des Drehortes Bedenken hatte. Wir haben natürlich auch mit schwarzen Schauspielern und Statisten gedreht, die aus dieser Ecke kom-

men. Und der Gedanke, diese Leute auf demselben Boden wieder an Ketten zu legen, wo deren Vorfahren genau dies wirklich einmal durchleiden mussten, hat mir zugesetzt. Es war dann Sidney Poitier, der mir Mut gemacht und gesagt hat: «Hör zu Quentin, du darfst keine Angst vor deinem eigenen Film haben. Wenn du die Leute wie Schauspieler und nicht wie Eigentum behandelst, dann ist alles gut.»

Und wie hat die schwarze Gemeinde vor Ort reagiert?

Positiv, wir haben dort niemanden getroffen, der sich an unserem Film gestört hätte. Allerdings konnte man während der Dreharbeiten einige soziologisch sehr interessante Beobachtungen machen: Wir haben dort all die Szenen über die Farm des weissen Plantagenbesitzers gedreht, den im Film Don Johnson spielt. Auf dieser Farm sollte es sowohl Baumwollpflücker als auch Haussklaven und sogenannte Ponys geben, so wurden damals besonders schöne Sklavinnen genannt, die oft hübsch zurechtgemacht und für viel Geld an wohlhabende Weisse verkauft wurden. Wir haben einen Teil der Szenen mit Statisten gedreht, die an genau diesem Ort aufgewachsen sind und somit bestens über die Geschichte der Sklaverei Bescheid wussten. Und doch konnte man schon nach kurzer Zeit beobachten, wie sich auch hinter der Kamera eine soziale Kluft zwischen ihnen auftat: Die hübschen Ponys schauten auf die einfachen Haussklaven herab, und die Haussklaven schauten auf die armen Baumwollpflücker herab, und die Baumwollpflücker dachten wiederum, die Ponys wären dumme Schlampe...

Sie haben für die Endfassung einige der brutalsten Szenen herausgeschnitten, die in der vorläufigen Fassung noch zu sehen waren. Warum?

Ich wollte, dass das Publikum den Helden, also Django, feiern und ihm am Ende zujubeln kann. Darauf läuft eigentlich der ganze Film hinaus. Und das wäre vielen Zuschauern wohl umso schwerer gefallen, je grösser das Leid dieses Helden zuvor gewesen wäre. Vielleicht wäre der Jubel einigen dann schon im Halse stecken geblieben.

Ihre Filme funktionieren meist nach dem Schema: Auf der einen Seite ist das unsagbare Leid, das dem Helden zugefügt wird. Und auf der anderen Seite die Rache, wenn er dieses mit gleicher Münze zurückzahlt.

Es handelt sich dabei um zwei Arten von Gewalt: Die eine ist für den Zuschauer schwer zu ertragen, etwa wenn ein Sklave von Hunden in Stücke gerissen wird. Die andere, der Teil der Rache, hat demgegenüber dann wieder eine kathartische Wirkung. Wenn die Bösen das zurückbekommen, was sie verdienen, dann ist das Gewalt, die Spass macht, die einfach gute Unterhaltung ist.

Nehmen Sie es nach mehr als zwanzig Jahren im Geschäft überhaupt noch wahr, wenn Sie für solche Gewaltdarstellungen kritisiert werden?

Ich nehme es wahr, aber es interessiert mich nicht. Meine Meinung dazu ist seit Jahren dieselbe: Ich bin überzeugt, dass die Brutalität auf der Leinwand nichts mit den schrecklichen Ereignissen zu tun hat, die im wahren Leben leider immer wieder passieren. Wenn ein junger Mann, der offenbar gestört ist, Amok läuft und wahllos Menschen erschießt, finde ich es geradezu respektlos gegenüber den Opfern, in diesem Zusammenhang über Filme zu sprechen. Dies umso mehr, als die wahren Ursachen für solche Taten doch auf der Hand liegen: Es gibt offensichtlich viele seelisch kranke Menschen in unserer Gesellschaft, um die wir uns besser kümmern sollten. Und es ist bei uns in Amerika einfach viel zu leicht, an Waffen heranzukommen.

Sie befürworten strengere Waffengesetze?

Nicht prinzipiell. Ich besitze selbst eine Waffe, um mich gegen Einbrecher in meinem Haus wehren zu können. Das Problem sind die automatischen Waffen. Es gibt einfach keinen vernünftigen Grund, warum normale Bürger Zugang zu Pistolen haben sollten, mit denen man innerhalb von Sekunden zwei Dutzend Menschen töten kann. Deshalb: Politiker sollten über solche Themen reden und nicht über Gewalt in Filmen.

Gibt es eigentlich Leinwand-Gewalt, die auch für Ihren Geschmack zu weit geht?

Für mich geht es immer dann zu weit, wenn in irgendeiner Form reale Gewalt gezeigt wird. Es gibt Regisseure, die finden es okay, wenn vor der Kamera einem Huhn der Kopf abgerissen wird, aber ich will so

Quentin Tarantino

Quentin Jerome Tarantino wurde 1963 in Knoxville im US-Bundesstaat Tennessee geboren. Der Sohn einer Amerikanerin und eines italienischen Einwanderers war Legastheniker und brach die Schule in der zehnten Klasse ab. Danach jobbte er als Kartenkontrolleur in einem Pornokino sowie mehrere Jahre in einem Videoladen in Kalifornien, während er gleichzeitig mit dem Schreiben von Drehbüchern begann. Ohne je eine Filmhochschule besucht zu haben, drehte er Anfang zwanzig seinen ersten Film «My Best Friend's Birthday» und schrieb das Drehbuch für Oliver Stones «Natural Born Killers». Mit den Gangsterfilmen «Reservoir Dogs» (1992) und «Pulp Fiction» (1994), für den er einen Oscar erhielt, gelang Tarantino der Durchbruch. Er etablierte sich als Regisseur mit einer Vorliebe für B-Movies, ironische Popzitate und explizite Gewaltdarstellungen. Zu seinen erfolgreichsten Werken zählen ausserdem «Jackie Brown» (1997), «Kill Bill» (2003) und «Inglourious Basterds» (2009). Tarantino ist ledig und lebt in Los Angeles. Sein neuer Film «Django Unchained» ist für fünf Oscars nominiert. (cr)

etwas einfach nicht sehen. Man kann mir dann auch sagen, dass dieses Huhn zuvor ein gutes Leben hatte und anschliessend auch noch verzehrt wurde, dass man es also nicht nur für den Film getötet hat, egal! Das gehört einfach nicht auf die Leinwand. Die Kunst des Filmemachens besteht meinem Verständnis nach darin, Illusionen zu schaffen, also nur so zu tun als ob, und nicht wirklich Gewalt anzuwenden.

Über eine Sache müssen wir noch sprechen: die Namen in Ihrem Film. Der Held der Geschichte, ein Sklave, hört auf den Nachnamen Freeman, seine Geliebte auf den Adelsnamen von Shaft, der zugleich auf den gleichnamigen Blaxploitation-Klassiker von 1971 verweist. Und ausgerechnet beim Kopfgeldjäger Dr. King Schultz werden unweigerlich Assoziationen zu einem ermordeten Bürgerrechtler wach.

Ich will den Leuten nicht vorschreiben, was sie mit diesen Namen zu verbinden haben, aber es ist natürlich kein Zufall. Ich denke mir etwas dabei. Und um ehrlich zu sein: Es macht auch Spass, mit den Namen und solchen Zitaten zu spielen.

Wie sind Sie dabei auf die Idee gekommen, Ihre schwarze Protagonistin Brunhilde zu nennen und die gesamte Story mit der urdeutschen Nibelungen-Sage zu verknüpfen?

Diesen Einfall habe ich Christoph Waltz zu verdanken. Während ich am Drehbuch schrieb, hat er mich zu einer Inszenierung von Wagners «Ring» an der Oper von Los Angeles mitgeschleppt. Ich habe nur den «Siegfried»-Teil gesehen, dabei ist mir aufgefallen, welche Analogien es zwischen Siegfried und Django gibt, beide müssen einen übermächtig erscheinenden Gegner bezwingen, um ihre Frauen zu befreien.

Es ist nicht der einzige Verweis auf deutsches Kulturgut. Neben Wagner kommen auch Beethoven und Karl May vor.

Ich habe für den Dreh zu «Inglourious Basterds» ein Jahr in Deutschland gelebt, und da ist einiges hängengeblieben. Einige Leute haben mir da zum Beispiel Karl May nähergebracht, und mich hat sofort seine unendliche Fantasie fasziniert. Seine uneingeschränkte Heldenverehrung und seine ausgeschmückte Version des Wilden Westens sind so unwirklich – das finde ich grossartig. ○

12 OSCAR® NOMINIERUNGEN
BESTER FILM U.A. BESTE REGIE BESTER HAUPTDARSTELLER

ein STEVEN SPIELBERG FILM

DANIEL DAY ~ LEWIS

LINCOLN

TWENTIETH CENTURY FOX, DREAMWORKS PICTURES AND RELIANCE ENTERTAINMENT PRESENT IN ASSOCIATION WITH PARTICIPANT MEDIA
AN AMBLIN ENTERTAINMENT / KENNEDY / MARSHALL COMPANY PRODUCTION A STEVEN SPIELBERG FILM DANIEL DAY-LEWIS "LINCOLN"
SALLY FIELD DAVID STRATHAIRN JOSEPH GORDON-LEVITT JAMES SPADER HAL HOLBROOK AND TOMMY LEE JONES CASTING BY AVY KAUFMAN, C.S.A.
EXECUTIVE PRODUCERS ADAM SOMNER KRISTE MACOSKO KRIEGER MUSIC BY JOHN WILLIAMS COSTUME DESIGNER JOANNA JOHNSTON EDITOR MICHAEL KAHN, A.C.E. PRODUCTION DESIGNER RICK CARTER
DIRECTOR OF PHOTOGRAPHY JANUSZ KAMINSKI EXECUTIVE PRODUCERS DANIEL LUPI JEFF SKOLL JONATHAN KING PRODUCED BY STEVEN SPIELBERG KATHLEEN KENNEDY
BASED ON THE PLAY "TEAM OF RIVALS: THE POLITICAL GENIUS OF ABRAHAM LINCOLN" BY DORIS KEARNS GOODWIN SCREENPLAY BY TONY KUSHNER DIRECTED BY STEVEN SPIELBERG

LINCOLNMOVIE.CH • FOX.CH

JETZT IM KINO



Top 10

Knorr's Liste

1	Django Unchained	★★★★★
	Regie: Quentin Tarantino	
2	Life of Pi	★★★★★
	Regie: Ang Lee	
3	Oh Boy	★★★★☆
	Regie: Jan-Ole Gerster	
4	Les saveurs du palais	★★★★☆
	Regie: Christian Vincent	
5	Beasts of the Southern Wild	★★★★☆
	Regie: Benh Zeitlin	
6	The Hobbit	★★★★☆
	Regie: Peter Jackson	
7	Silver Linings Playbook	★★★★☆
	Regie: David O. Russell	
8	End of Watch	★★★★☆
	Regie: David Ayer	
9	The Sessions	★★★★☆
	Regie: Ben Lewin	
10	Jack Reacher	★★★☆☆
	Regie: Christopher McQuarrie	

Kinozuschauer

1 (-)	Django Unchained	51 801
	Regie: Quentin Tarantino	
2 (1)	Life of Pi (3-D)	12 794
	Regie: Ang Lee	
3 (4)	Schlussmacher	10 932
	Regie: Matthias Schweighöfer	
4 (3)	Silver Linings Playbook	10 897
	Regie: David O. Russell	
5 (2)	The Hobbit (3-D)	8 698
	Regie: Peter Jackson	
6 (7)	Pitch Perfect	4 696
	Regie: Jason Moore	
7 (8)	Silent Hill: Revelation (3-D)	4 423
	Regie: Michael J. Bassett	
8 (-)	Hannah Arendt	4 246
	Regie: Margarethe von Trotta	
9 (5)	Skyfall	4 094
	Regie: Sam Mendes	
10 (9)	More Than Honey	3 488
	Regie: Markus Imhoof	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Das Bourne-Vermächtnis (Universal)
2 (1)	Ted (Universal)
3 (-)	Abraham Lincoln – Vampire ... (Fox)
4 (-)	Paranorman (Universal)
5 (2)	Total Recall (Sony)
6 (4)	Intouchables (TBA)
7 (-)	To Rome with Love (Universal)
8 (3)	The Dark Knight Rises (Warner)
9 (-)	Universal Soldier (TBA)
10 (8)	Was passiert, wenn's passiert ist (Univ.)

Quelle: Media Control



Wie eine düster glühende Kohle: Daniel Day-Lewis als Abraham Lincoln.

Kino

Hitziger Sturkopf

Steven Spielberg porträtiert in seinem dutzendfach Oscar-nominierten Politdrama «Lincoln» den legendären Präsidenten als Realpolitiker. Von Wolfram Knorr

Kein Scherz: Der wilde Hickhack um ein Gesetz ist richtiges Kino. Republikaner und Demokraten, die sich im Kongress wüst beschimpfen; Minister, die um Stimmen schachern; Demokraten, die sich kaufen lassen; und ein republikanischer Präsident, der wie ein Höllenfürst ausrasten kann, um sein Gesetz durchzupeitschen.

Es geht um den 13. Zusatzartikel der US-Verfassung; es geht um die definitive Sklavenbefreiung und ihre rechtliche Absicherung als Voraussetzung bei den Kapitulationsverhandlungen mit den Südstaaten. Es geht um Abraham Lincoln (1809–1865), den 16. Präsidenten der USA, überlebensgross in Stein und Fels als der Stärkste und Gewappnetste gehauen und aufgrund seines Charakterkopfs auch eine schrullenhafte Genrefigur. Im Kino, dem populärsten Mythenmultiplikator, wurde er in dieser Mischung zum hehren Bildsäulenmenschen (John Fords «Young Mr. Lincoln», 1939). Ihn aus dem Marmor zu klopfen, galt, selbst in TV-Filmen der Siebziger, als nicht opportun. Steven Spielberg ist das in seinem zwölfmal nominierten Parlamentarierwortgefechts-Thriller «Lincoln» über weite Strecken gelungen.

Erstmals erscheint er als Realpolitiker im Zwielflicht der Macht machiavellistischer Trickereien und Winkelzüge und zeigt mit veritablem Effort, welch krumme Wege nötig sind, um die

Vision eines vereinigten Landes von Gleichen unter Gleichen durchzusetzen. Lincoln, insinuiert Spielbergs politische wie psychologische Vivisektion, hätte den Bürgerkrieg mit der hohen Opferzahl früher beenden können, wenn er auf den 13. Zusatzartikel verzichtet hätte.

«Lincoln» spielt ausschliesslich 1865, bis zur Ermordung des Präsidenten am 14. April, und brilliert dank Daniel Day-Lewis, der den hageren schlaksigen 1,94-Meter-Kerl mit den kuriosen physiognomischen Zacken und Zinken, seltsamen Klamotten und dem nicht weniger seltsamen Zylinder als hitzigen Sturkopf und komischen Anekdotenerzähler so nah an sich heranlässt, dass die Grenze zwischen «privat» und «gespielt» zu flirren beginnt. Wenn er in der Stickluft von Zigarrenqualm und Flackerlicht vor seinen zögerlichen Kabinettsmitgliedern sitzt, wirkt er wie eine düster glühende Kohle. Day-Lewis' mimische und gestische Energie will nie ins Publikum, sondern er zieht die Zuschauer herüber in die Verwirrung, in den Kampf und schliesslich, statt in den Triumph (nach gewonnener Abstimmung), ins Katerelend beim Ritt übers Schlachtfeld, vorbei an den im Bruderkrieg Gefallenen.

Auch Sally Field als Gattin und Tommy Lee Jones als polternder und radikaler Sklavengegner sind im hochkarätigen Ensemble

Garanten für furios emotionales und intellektuelles Kino. Allerdings hebt Spielberg Lincoln wieder aufs Denkmal – als heroischen Sieger über kleingeistiges Parteiengzänk.

Golo Mann schrieb, der amerikanische Bürgerkrieg sei nur dann eine glorreiche Geschichte, wenn man die Nachkriegszeit ignoriere. Füge man die hinzu, verliere «der edle Funke sich in einem breiten, sehr trüben Strom. [...] Nur drei Jahre nach Lincolns Tod gab das politische Leben der Hauptstadt das Bild beschämenden moralischen Tiefstands; und schuld daran waren seine Parteifreunde.» «Lincoln» lässt das zumindest ahnen. ★★★★★

Weitere Premieren

Flight — Whip Whitaker (Denzel Washington) ist ein Teufelskerl: grosser Pilot und grosser Säufer. Nach einer durchzechten Nacht, mit einer Nase Koks zur morgendlichen Aufmöbelung, besteigt der Captain beschwingt seine Maschine, begrüsst Crew und die hundert Passagiere, steigt mit seinem Fünfzig-Tonnen-Jet dorthin, wo die Freiheit grenzenlos ist – und bekommt Probleme. Nur mit Mühe und gewagten Manövern kann er sein Flugzeug, das ihm völlig ausser Kontrolle gerät, auf einem Acker notlanden. Lädiert endet er im Krankenhaus. Auch wenn einige Tote zu beklagen sind, gilt Whitakers Landung als tollkühne Leistung, wären nur nicht Alkohol



Notlandung: «Flight» mit Denzel Washington.

und Koks in seinem Blut. Obwohl die Maschine eindeutig einen technischen Schaden hatte, will die Luftfahrtbehörde Aufklärung. Es drohen Prozesse, die Whitaker auf die leichte Schulter nimmt. Ein gewiefter Anwalt kann ihn raushauen, wenn er konsequent lügt. Washington hat zwar eine Oscar-Nominierung, aber so richtig überzeugt er als Alki nicht. Beste Rolle: John Goodman («The Big Lebowski») als bräsiger Dealer. ★★★☆☆



Von sanfter Ironie: Dustin Hoffmans «Quartet».

Quartet — Regie-Erstling des 75-jährigen Dustin Hoffman mit einer wunderbaren Rentner-Truppe: Maggie Smith, Tom Courtenay, Pauline Collins und andere. In einem Künstler-Altersheim plant man nochmals einen Auftritt. Es hagelt herrliche Eitelkeiten und Animositäten. Von sanfter Ironie. ★★★☆☆

Gangster Squad — Das Beste am Film, das muss man Regisseur Ruben Fleischer («Zombieland») lassen, ist sein Geschick, eine Riege erstklassiger Mimen für seine reichlich rüde Gangster-Orgie zusammengestellt zu haben: Sean Penn, Nick Nolte, Josh Brolin, Ryan Gosling, Giovanni Ribisi, Emma Stone. Hut ab, aber nicht vor der Story. Die soll angeblich nach einem Sachbuch sein; aber darüber lachen selbst die Hühner. Spielt in den Nachkriegsjahren; die Ästhetik Schmackes, das Ensemble gutgelaunt und der Rest «Zombieland»-mässig. ★★★☆☆

Fragen Sie Knorr

Demnächst kommt eine Neuverfilmung von «The Lone Ranger» mit Johnny Depp als Indianer Tonto ins Kino. Geht das Konzept auf Karl May zurück, und gibt es die Serie aus den Fünfzigern auf DVD? K. M. Basel



Die TV-Serie gibt es auf DVD, das Konzept geht nicht auf Karl May zurück. Ist wohl umgekehrt, denn das Gespann eines Weissen mit einem Indianer hat US-Wurzeln (die «Lederstrumpf»-Romane von J. F. Cooper). Man kann davon ausgehen, dass Fran Striker und George

Trendle, die den unbestechlichen Cowboy mit der Augenmaske für eine Radio-Serie erfanden (1933–1954), von Karl May keine Ahnung hatten. Die TV-Serie, die 1949 startete (bis 1957), war wie die Radio-Sendungen für ein rein kindliches Publikum gemacht. Lone Ranger ist Besitzer einer Silbermine und giesst seine Kugeln aus seinem Silber so – man muss sich das heute auf der Zunge zergehen lassen! –, dass sie seine Gegner nicht töten, sondern nur kampfunfähig machen.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Raserrennen mit Leichenwagen

Von Rico Bandle

Vier Folgen der Krimiserie «Der Bestatter» hat das Schweizer Fernsehen (SRF) gedreht; sollten sie beim Publikum ankommen, werden weitere hinzukommen. Nur: Seit Anfang Jahr sind keine Zuschauerzahlen verfügbar, da bei der neuen Messmethode Fehler aufgetreten seien. Böse Stimmen behaupten, die SRF-Verantwortlichen blockierten die Herausgabe der Zahlen, da die neue Methode einen Einbruch der SRF-Zuschauerzahlen offenbarte. Wie dem auch sei, die Macher von «Der Bestatter» schweben nach drei von vier Folgen noch immer im luftleeren Raum, wissen nicht, wie gut ihre Arbeit beim Publikum ankommt – und vor allem: ob sie damit rechnen können, ihren Job zu behalten.

Wir kennen die Zahlen zwar auch nicht, plädieren aber klar für: weiterdrehen.

Die Serie orientiert sich nicht an den klassischen deutschen Dienstagabend-Krimis, sondern an den raffinierteren US-Serien wie «Six Feet Under». Zu so viel schwarzem Humor wie in der mehrfach preisgekrönten Bestatter-Serie konnte sich das Schweizer Fernsehen zwar nicht überwinden – schliesslich läuft sie in der Prime Time – doch die Serie mit Mike Müller in der Hauptrolle macht trotzdem Spass.

Der bärtige Bestatter, ein Ex-Polizist, beginnt bei jedem Toten von sich aus zu ermitteln – zum Ärger seiner ehemaligen Kollegen von der Kriminalpolizei. Ihm zur Seite steht ein Lehrling, der mit seinen schwarz geschminkten Augen und dem langen Mantel einem Vampirfilm entsprungen zu sein scheint. Die Erzählweise ist angenehm unaufgeregt, das Grusel-element mit den sorgfältig gekämmten und geschminkten Leichen kippt immer wieder ins wohlige Absurde. So bieder der Bestatter auch daherkommt: Geht es um die Aufklärung der Fälle, ist er zu allem bereit. In der letzten Folge machte er mit seinem alten Leichenwagen gar an einem illegalen Raserrennen mit.

Nur die Rahmengeschichte passt nicht: Dass dieser onkelhafte Bestatter und die vitale junge Polizistin einmal ein Paar gewesen sein sollen, das glaubt kein Mensch.

Der Bestatter, Dienstag, 20.05 Uhr, SRF1.

Prominente Gästelisten

Eröffnung des Zürcher Klubs «Aura», Charity-Gala im Sihlcity, Neujahrsumtrunk in Schaffhausen. *Von Hildegard Schwaninger*



Neuer Hotspot: Klubbesitzer Haussener, Freundin Nina Ardizzone.

Eins muss man **Roger Schawinski** lassen: Als echter Medienpionier hat er immer die Nase im Wind. So flatterte eine Einladung ins «Aura» ins Haus, als die meisten noch gar nicht wussten, dass es dieses Lokal gibt. Dort feiert Schawinski im März den fünften Geburtstag von Radio 1. Das «Aura» in der Alten Börse gilt schon jetzt als neuer Hotspot des Zürcher Partylebens. Es wurde am Wochenende eröffnet, Geschäftsführer ist **Philippe Haussener**. Beim Opening zeigte sich vor allem Z-Prominenz begeistert; die A-Promis, die auf der Gästeliste angekündigt waren (darunter **Roger Federer**, der, wie jeder wusste, in Australien ist, und Fifa-Präsident **Sepp Blatter**), erschienen alle nicht.

Dass jemand auf der Liste steht und dann nicht erscheint, kommt öfters vor. So auch bei der Charity-Gala von **Renata Jacobs** zugunsten der «Cartoneros y sus chicos» in Buenos Aires im Sihlcity (Eintritt: 300 Franken). Hotelière **Ljuba Manz**, Verleger-Ehefrau **Raquel Marquard** und Pelzhändlerin **Inger Slupinski** standen auf der Liste, kamen aber nicht. Es waren wesentlich weniger Leute da als letztes Jahr. Schuld gewesen sein soll das Wetter. Unter den Gästen: Modekauffrau **Beatrice Dreher** (immer noch auf der Suche nach dem passenden Klavierlehrer), **Shawne Fielding** (mit roten Haaren), Goldschmiedin **Majo Fruithof**, Tierschützerin **Mia Brunner-Schwer** (die an

diesem Tag mit 78 Jahren zum dritten Mal geheiratet hat).

In der Zürcher Gastroszene ist immer was los. So hat **Dominique Marcus**, die bildhübsche Polospielerin, die kurzzeitig das «Quagli-nos» führte, mit einem eigenen Lokal Fuss gefasst. Sie hat das Café «Höschgasse 33» eröffnet, ein gemütliches Lokal mit feinen Sandwiches, Take-out und freundlichen Mitarbeiterinnen. **Marcus**, die Tochter von **Susi Tribò**, der Frau von Zahnarzt **Marco Tribò**, betreibt



Wetterpech: Renata Jacobs, Katrin Kümin.

auch ein exklusives Catering, ausserdem hat sie eine Personalvermittlung und ist gelernte Haute-Couture-Schneiderin. Multitasking: keine schlechte Idee im rasanten Wettbewerb!

Mindestens einen Kopf gewachsen ist der Publizist **Dr. Matthias Ackeret**, seit sich Martin Walser über seinen Roman «Elvis» äusserte. Jedenfalls zeigte sich Ackeret beim Neujahrsumtrunk von **Norbert Neininger**, Verleger der *Schaffhauser Nachrichten*, glücklich über den Ritterschlag des Schriftstellerkollegen. Walser schrieb im *Südkurier* über «Elvis», dass er das Buch «gnadenlos unterhaltend» finde und – sage und schreibe – dreimal gelesen habe. Der Dichterstern vom Bodensee griff tief in die Poesiekiste: «Die Leuchtkraft dieser Melancholie macht den Leser froh.» Für Insider: Ähnlichkeiten der Hauptfigur mit dem Kolumnisten **Helmut-Maria Glogger** (*Blick am Abend*) sind rein zufällig.

Freiwillig aus dem Leben geschieden ist ein guter Freund von vielen. **Martin Richard Escher** (1950–2012). Er war Journalist, früher bei der *Weltwoche* (Spezialgebiet: Heraldik). Er kam aus einer der besten Zürcher Familien, sein Vater war Schweizer Botschafter in Wien. Er war Mitglied der Zunft zur Meisen, pendelte zwischen Wien und Zürich und war, wegen seiner Klasse, seines Anstands und seiner guten Manieren, überall ein gerngesehener Gast. Zuletzt traf ich den Junggesellen Ende letzten Jahres in Zürich, er erzählte, er werde den Jahreswechsel bei **Prinz Friedrich von Schwarzenberg**, dem Bruder von **Karel von Schwarzenberg** (der für das tschechische Prä-



Macht Leser froh: Publizist Ackeret.

sidentenamt kandidiert), auf dessen Gut in Tschechien verbringen. Dazu kam es nicht mehr. Der Johanniterorden, den Escher lebenslang unterstützte, veranstaltete für ihn eine Seelenmesse in Wien, seinen Freunden schickte Martin Escher einen bewegenden Abschiedsbrief, in dem er ihnen sagte, «dass ich eigentlich überall im Leben bloss ein Fremder war».

Im Internet

www.schwanagerpost.com

Auch aufregend

Die Bürokauffrau Ramona Spielmann, 26, und der Motorradmechaniker Sven König, 27, haben kürzlich geheiratet. Zuvor mussten sie einen Schicksalsschlag meistern.



«Schwerwiegende Veränderung»: Ehepaar König-Spielmann.

Ramona: Wir sind seit bald zehn Jahren ein Paar: Wir waren glücklich, jung und voller Träume. Ich machte eine Lehre als Automechanikerin. Motoren und Technik interessierten mich bereits als kleines Mädchen, es war mein Traumberuf, und nebenbei entwickelte ich mich zu einem Fan von schweren Motorrädern. Das war mein Verhängnis. Vor sechs Jahren verunfallte ich schwer, und seither sitze ich im Rollstuhl.

Sven: Es war ein Schock. Die Zukunft, das ganze Leben gerät durcheinander. Mit Krankheiten, Behinderungen und Limiten setzt man sich im jugendlichen Alter weniger auseinander – um so härter trifft einen der Schicksalsschlag. Anfänglich weiss man nicht, wie mit der Situation umgehen, und als gesunder Mensch fragt man sich natürlich, ob man das durchsteht: Hält die Liebe dieser Zäsur stand?

Ramona: Mein Leben hat sich seither von Grund auf verändert. Heute benötige ich für alles viel mehr Zeit. Die Spontaneität hat gelitten, die Selbständigkeit natürlich auch. Wenn eine solch schwerwiegende Veränderung eintritt, muss man Entscheidungen treffen, vor allem, ob man weitermachen will oder nicht.

Sven: Heute sagt Ramona manchmal: Mein Leben wäre langweilig verlaufen, sässe ich

nicht im Rollstuhl. Wir lachen dann. Für solche Sätze liebe ich meine Frau sehr.

Ramona: Es braucht Willen und Menschen, die einen lieben, um weiterleben zu wollen, und trotzdem empfinde ich meinen Zustand manchmal als übermühsam. Darm und Blase kann ich nicht mehr kontrollieren, auch dass ich die Sensibilität der Hautoberfläche einbüsste, ist ein grosser Verlust. Dass ich einen Menschen an meiner Seite habe, der nicht einfach weglief und mir in der schwersten Zeit meines Lebens zur Seite stand, ist für mich das grösste Geschenk.

Sven: Es kam auch Gutes dazu: Wir lernten neue Menschen kennen, wir unternehmen Dinge, die uns sonst nie in den Sinn gekommen wären. Auch die Liebe funktioniert bestens und in allen Facetten. Anders als sonst, aber nicht weniger schön und aufregend.

Ramona: Die Heirat war die logische Konsequenz aus allem, was wir gemeinsam durchlebten. Der Heiratsantrag erfolgte natürlich auf Rädern: in einem Lamborghini, der eigens zu diesem Zweck gemietet wurde.

www.misshandicap.ch
Protokoll: Franziska K. Müller

Gruppenbild

Von Andreas Thiel — Wie die Bundesrätin Gruppenanfragen durch die Hintertüre schleust.

Thiel: Frau Widmer-Schlumpf, können Sie Posaune spielen?

Widmer-Schlumpf: Nein.

Thiel: Das habe ich mir gedacht.

Widmer-Schlumpf:

Warum?

Thiel: Weil Sie laut rumposaunt haben, der Bundesrat würde nie Gruppenanfragen zulassen.

Widmer-Schlumpf: Na und?

Thiel: Und jetzt haben Sie höchstpersönlich die Zulassung von Gruppenanfragen durch die Hintertüre ins Gesetz geschmuggelt.

Widmer-Schlumpf: Das war der Gesamtbundesrat.

Thiel: Aber es ist auf Ihrem Mist gewachsen. Von der Landwirtschaft scheinen Sie so viel zu verstehen wie vom Posaunenspiel.

Widmer-Schlumpf: Wir wurden von der Realität überholt. Unsere Verhandlungspartner müssen gedopt gewesen sein.

Thiel: Wenn man selber einknickt, hat das nichts mit dem Gegner zu tun. Ausserdem werden Dopingkontrollen sowieso bald abgeschafft.

Widmer-Schlumpf: Wieso?

Thiel: Daniel Vasella sieht eine Möglichkeit, das Image des Radsportes und sein eigenes Image zusammen aufzubessern.

Widmer-Schlumpf: Was hat Vasella mit dem Radsport zu tun?

Thiel: Die Novartis wird in Zukunft auf Tierversuche verzichten, dafür steigt sie als Hauptsponsor in den Radsport ein. Die Radrennfahrer werden künftig mit unterschiedlichen Substanzen im Blut ins Rennen geschickt. Und dann schaut man, wer mit welchem Medikament die Tour de France gewinnt.

Widmer-Schlumpf: Und was mache ich mit meinen Gruppenanfragen?

Thiel: Nehmen Sie die ausländischen Steuerfahnder mit ans WEF.

Widmer-Schlumpf: Wieso?

Thiel: Eine so grosse Gruppe korrupter Politiker und Wirtschaftsverbrecher findet man selten.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Auslese, trocken

Von Peter Rüedi



Sei es aus Not oder aus Notwendigkeit, in Ausnahmefällen gibt es ja auch den virtuellen Trinkgenuss. Unvergesslich ist mir die Geschichte zweier Franzosen. Irgendwo in der Sahara gerieten die beiden in Geiselschaft von Terroristen und kamen, mit Glück, erst nach Monaten wieder frei. Da spielten die Herren, in gemässigten Zonen Liebhaber gepflegter Weine, ein Spiel: Sie rekonstruierten das berühmte Bordeaux-Klassement von 1855 von den Premiers bis zum letzten der Cinquièmes Crus.

Weniger dramatisch, weil (einigermassen) freiwillig, ist die Abstinenz, der ich mich wie viele Weinliebhaber während vier Wochen im Januar/Februar unterziehe. Sie wird mir erleichtert durch die Lektüre eines Buchs, dessen 841 Seiten auch ein Eidetiker nicht memorieren könnte. Richtig, die Rede ist, wie jedes Jahr an dieser Stelle, vom umfassenden Wein-Einkaufsführer der Schweiz, dem «Vinfox». Das Verzeichnis im Telefonbuchformat ist für alle unentbehrlich, die nicht nur nach Tagesbedarf Wein kaufen. Es ist eine Momentaufnahme des Handels Ende November, also nicht auf den Rappen beim Wort zu nehmen (in den gegenwärtigen Zeiten, wo Währungsvorteile gern als karitative Geste in Form von Sonderrabatten an die Kundschaft weitergegeben werden, flackern zuweilen kurzfristige Feuerwerke übers Firmament).

Allein, die Grundstruktur des vielfältigsten Weinangebots der Welt wird sichtbar. Ein Beispiel? Weil ich denn erstens eine Schwäche für die obere Rhone habe und zweitens dieser nur in Gedanken nachgeben kann, nur dieses eine: Den Jahrhundert-Hermitage 2009 der Domaine Jean-Louis Chave (Parker: 100/100 – auch das steht im «Vinfox») findet man bei Les vins d’auteurs in St.Gallen für Fr. 230.–, für Fr. 534.60 aber bei Lucullus in Stans. Der 2005er dagegen (auch er ein Hammer) kostet bei Lucullus «nur» Fr. 321.85, bei Arvi, Melano, dagegen Fr. 816.50. Solche Entdeckungen, zumal bei teuren Weinen, sind im «Vinfox» sonder Zahl zu machen. Besteht nur die Gefahr, dass man ob des Lesegenusses vergisst, zur Praxis zurückzukehren. Zum Griff zum Glas.

Vinfox 2013. Der umfassende Wein-Einkaufsführer. W & H Verlags AG, Postfach 566, 6314 Unterägeri. Fr. 139.–. wuh@datazug.ch

Zeit für den Bleistift

Von Jürg Zbinden

1 — Wer sagt, dass ein Zifferblatt immer weiss zu sein braucht? Die Neuauflage des Uhrenklassikers «Searock», inspiriert vom reduzierten Design der siebziger Jahre, gefällt durch ihre fließenden Formen aus Edelstahl und Bandsätze aus hochwertigem Hartmetall. Das tiefe Meerblau ist der Blickfang, doch ist das Zifferblatt auch in Grün, Braun oder Schwarz erhältlich, und für die Traditionalisten gibt es das Modell auch im klassischen Weiss des Albatros. Seit 1888 besteht die Schweizer Traditions-marke Roamer of Switzerland (Solothurn), sie feiert 2013 ihr 125-Jahr-Jubiläum. Ihre «Searock» in Edelstahl kostet Fr. 699.– (empfohlener Verkaufspreis), die Ausführung in Edelstahl mit Roségold Bicolor Fr. 739.– und in Gelbgold Fr. 759.–. Im Fachhandel oder auf www.roamer.ch (Distributors).

2 — Wie und wo behauptet sich da der gute alte Bleistift? Zuerst zum Wie: durch schlichte Perfektion im Luxuskleid. «Der perfekte Bleistift» vereint alles Wesentliche in sich – Schreiben, Korrigieren und Anspitzen. Der Spitzer ist in den Bleistiftverlängerer eingebaut, der ihn schützt und taschentauglich macht. Unter der Kappe des Stifts verbirgt sich ein austauschbarer Radiergummi. Alles ist auf kleinstem Raum beisammen und stets griffbereit. Zum Wo: buchstäblich überall, auf dem höchsten Berg, im tiefsten Tal, im Flugzeug (da ist das vermeintlich unentbehrliche Handy sowieso verboten), zu Land oder zu Wasser. Erhältlich in zwei Ausführungen: Fr. 285.– oder mit Silberkappe Fr. 465.–. Zu kaufen ist «der perfekte Bleistift» von Faber-Castell bei Papeterie Landolt-Arbenz an der Bahnhofstr. 65 in Zürich und im ausgewählten Papeteriefachhandel.

3 — Wenn Haute Horlogerie und Kunst sich treffen, geht Zeit in eine andere Dimension über. Dafür stehen die schlichten Linien des neuen Chronografen «Vintage 1945 XXL», die an das ästhetische Erbe des frühen 20. Jahrhunderts erinnern – einer Epoche, der sich Girard-Perregaux eng verbunden fühlt. Das automatische Manufakturkaliber GP03300 bildet das Herz des Chronografen. Es misst kurze Zeitintervalle mit einer Präzision, die man auf diesem Niveau erwarten kann. Das Gehäuse ist aus Roségold. Preis auf Anfrage.

1



2



3





Auto

Diese Südkoreaner

Der Hyundai Santa Fe ist ein vielseitiges, gutgemachtes SUV. Bis auf eine Sache. Von David Schnapp

Eigentlich ist es ja ein Zeichen europäischer Arroganz, wenn man sich immer darüber wundert, dass diese Südkoreaner mittlerweile hervorragende Autos bauen (Hyundai, Kia) und äusserst erfolgreich Elektronikartikel erfinden (Samsung, LG). Trotzdem ist es eine Tatsache. Autos von Hyundai erfüllen heute fast alle Wünsche, die europäische Kunden haben; die Technik ist solid, das Design auf der Höhe der Zeit, und was man im Vergleich zum Preis an Leistung bekommt, ist attraktiv.

Der Hyundai Santa Fe zum Beispiel ist in seiner neuesten Form als ziemlich direkte Konkurrenz zum erfolgreichen BMW X3 angelegt. Ein familientaugliches SUV mit hoher Sitzposition, grosszügigen Platzverhältnissen inklusive einer versenkbaren dritten Sitzreihe und moderner Technik, wozu ein Allradantrieb mit Differenzialsperre gehört: Das ist der Santa Fe, der in der Ausführung «Premium» vieles mitbringt, was das Autofahren heute angenehm und komfortabel macht. Zusätzlich ausgestattet mit einem Panoramadach, einer Sechsstufenautomatik und in einem Metallic-Ton lackiert, kostet er 54 180 Franken. Ein ähn-

lich motorisierter und ausgestatteter BMW X3 kostet rund 10 000 Franken mehr. So viel nur zum groben Preisvergleich.

Einmal leer schlucken

Was aber bietet der Santa Fe auf der Strasse? Der Wagen sieht gut aus, die Zeiten sind vorbei, als Autos aus Südkorea vorfuhren, als seien sie in einer Primarschulklasse gezeichnet worden. Der Santa Fe wirkt dynamisch und modern. Einmal leer schlucken musste ich nur, nachdem ich auf dem Fahrersitz Platz genommen hatte. Das Cockpit sieht aus wie eine Leistungsschau von Kunststoffproduzenten, an einigen Stellen kommen vier verschiedene Arten von Hartplastik und anderen unorganischen Oberflächen zusammen. Das wirkt weder optisch noch haptisch besonders angenehm.

Ein Pluspunkt ist das hervorragende Navigationssystem, und vor allem fährt sich der Santa Fe gut. Auch wenn das Fahrwerk eher auf Komfort ausgelegt ist, sind die Rückmeldungen von der Strasse präzise, die elektrisch verstellbare Lenkung wirkt etwas synthetisch, geht aber leicht, und auch in Kurven wankt das SUV nicht übermässig. Der 2,2-Liter-Diesel mit fast 200 PS verbraucht zwar verträgliche 7,5 Liter in der Praxis, ist aber auch kein Leistungswunder. Dennoch, abgesehen von den Kunststoffdarbietungen im Innenraum, gab es nichts, was an dem Hyundai Santa Fe auszusetzen wäre.

Hyundai Santa Fe 2.2 CRDi 4WD Premium

Leistung: 197 PS, Hubraum: 2199 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 190 km/h
Preis: Fr. 49 490.-; Testwagen: Fr. 54 180.-



14.50

Alentejo DOC
Callabriga, 75 cl

Coop verkauft keinen Alkohol an Jugendliche unter 18 Jahren. Erhältlich in grösseren Coop Supermärkten und unter www.coopathome.ch

Für einen Tropfen zum Geniessen.

Bemerkenswert bei diesem Rotwein ist das konzentrierte Bouquet mit deutlichen Röstaromen. Er besitzt eine tolle, moderne Barriquenote mit Vanillearomatik und Kirschenduft. Im Auftakt zeigt er sich weich und füllig mit viel Schmelz und guter Struktur. Sein Säure-Gerbstoff-Verhältnis ist ausgewogen sanft und er hat eine gute Länge mit passenden Gerbstoffen. Ein angenehmer Genusswein, der besonders gut zu Grilladen, kräftigem Käse und Pasta getrunken werden kann.

Für jeden Anlass den passenden Wein.



Für mich und dich.



«Ich Sorge bloss für gute Stimmung»: Juwelier Gruosi.

MvH trifft

Fawaz Gruosi

Von Mark van Huisseling — Unser Kolumnist stellt harte Fragen. Doch der «Juwelenkönig» (*Blick*) ist geschliffen wie ein Diamant.

Ein Haftungsausschluss zum Anfang: Am Tag, an dem ich ihn traf, war er gleich angezogen wie ich (kamelfarbenes Jackett aus Cord, schwarzer Rollkragenpullover, dunkle Hose), das verbindet irgendwie. Ich besuchte ihn in Genf am Sitz der von ihm gegründeten Schmuck- und Uhrenfirma de Grisogono (Umsatz 2011: 71 Millionen Franken, ihm gehören 15 Prozent des Unternehmens). Der Sohn eines Libanesen und einer Italienerin (wir redeten englisch) ist verheiratet mit Caroline Scheufele, der künstlerischen Direktorin von Chopard.

«Ich bin kein Schmuck- oder Uhrenexperte...» – «Ich auch nicht.» – «...ich stelle allgemeine Fragen. Was bedeuten Ihnen schwarze Diamanten?» – «Als ich anfang, arbeitete keiner damit. Man sagte, schwarze Diamanten bringen Unglück, seien billige Steine, und in sechs Monaten werde ich pleite sein. Das war vor zwanzig Jahren, mir brachten sie

Glück...» Sein Büro – grosser Holztisch, viele Fotos von ihm mit Berühmtheiten, voller Aschenbecher (raucht sechzig Zigaretten am Tag) – ist in Plan-les-Ouates, einem Vorort von Genf, im zweiten Stock eines Geschäftshauses, in dessen Erdgeschoss sich eine Migros-Filiale befindet.

«Wie war das Geschäftsjahr 2012?» – «Gut, aber anders. Wir verkauften weniger mittelteure Stücke, dafür mehr von den teuersten.» – «Ich wusste nicht, dass Sie <mittelteure Stücke> haben.» – «Bei uns gibt es Schmuck ab 6000 bis 7000 Franken, Uhren ab 7000 bis 8000; nach oben ist keine Grenze.» – «Es gibt immer Leute mit Geld, bloss nicht immer dieselben, nicht wahr?» – «Es ist mehr Geld da als früher, man fährt in arme Länder und trifft Milliardäre. Als ich ein junger Verkäufer bei Bulgari und Harry Winston war, hatte man mit hundert Reichen zu tun, mit Rockefeller, Rothschild, Aga Khan, Marcos, König Fahd

oder Gianni Agnelli. Heute gibt es, ich weiss nicht wie viele Superreiche, und sie heissen Mr. Smith, Mr. White, Mr. Man-kann-es-nicht-aussprechen-und-kennt-ihn-nicht.» – «Sie senden Fotos von Celebrities mit Ihrem Schmuck an Journalisten; ist das nötig bei so edlen Stücken?» – «Es ist nicht falsch, wenn Stars unseren Schmuck mögen. Sophia Loren zum Beispiel kam zur Eröffnung meines ersten kleinen Geschäfts, sie war ein Star damals. Ich kenne viele Models, Schauspielerinnen und so weiter, ich war mein Leben lang *social*, es ist die Art, wie ich lebe. Ich mache Feste, doch ich verkaufe nie etwas während eines Fests, ich Sorge bloss für gute Stimmung.»

«Recht jung, 60»

«Jetzt zum <Radio Africa>-Teil des Gesprächs – nur schlechte Nachrichten.» – «Okay, fahren Sie fort.» – «Sind Sie jetzt Angestellter der Familie des Präsidenten von Angola?» – «Ich arbeite eigentlich nicht für Familie dos Santos, sie haben in de Grisogono investiert, wir haben jetzt sechs Aktionäre.» – «Ist José Eduardo dos Santos ein Diktator?» – «Das ist nicht relevant.» (Das kam von der Pressesprecherin, die dabei war, und ich freute mich, weil es mich an meine Jugend erinnerte, als ich noch Popstars befragte.) «Ich denke nicht, ich habe ihn nie getroffen. Diktatoren sind aus der Mode, nicht? Ich brauchte einen Partner, mir ging es um das Überleben der Firma, um die Familien der 200 Leute, die für uns arbeiten, und um unsere Zulieferer. Ich sah darin nichts Schlechtes, doch wenn man das Schlechte sehen will, findet man immer etwas.» – «Haben Kunden ein Problem mit dem neuen Mitbesitzer?» – «Das alles ist ein Jahr her, es gab keinen schlechten Zeitungsartikel seither.» (In der *Handelszeitung* kam ein Artikel mit der Überschrift «Retter aus Afrika», den man nicht als gut beschreiben kann; die Zeitung musste eine Gegendarstellung bringen.) «Weshalb haben Sie genau diesen Mitbesitzer gewählt?» – «Ich habe genommen, wen ich bekommen habe; wir standen davor, die Firma zuzumachen.»

«Wie alt sind Sie?» – «Recht jung, 60.» – «Im *Blick* stand einmal, Sie seien 1943 geboren, ein anderes Mal, Sie seien <alterslos> beziehungsweise feierten <irgendeinen> Geburtstag.» – «Unmöglich, man kann mich googeln.» (Bei Wikipedia kennt man ihn nicht, aber etwa auf www.theblemish.com sind Bilder des Fests zu seinem 60. Geburtstag vom 9. August 2012 im «Billionaire Club» auf Sardinien.) «Stimmt es, dass Sie in Scheidung sind?» – «Ja, mittendrin, aber noch nicht geschieden.» – «Hoffen Sie noch?» – «Man hofft, bis man stirbt.» – «Was sollte älter sein, die Frau am Arm eines Mannes oder die Schuhe an seinen Füessen?» – «Die Schuhe.»

Sein liebstes Restaurant: «C» [Cipriani] London, 23/25 Davies Street, London, Telefon +44 20 7399 0500

EINZIGARTIG: DER NEUE LEXUS RX 450h VOLLHYBRID.



TESTEN SIE DIE INTELLIGENTESTE PREMIUM-GELÄNDE-LIMOUSINE MIT NEUEM, DYNAMISCHEM DESIGN UND BEEINDRUCKENDEN INNEREN WERTEN:

BEWAHRTE VOLLHYBRIDTECHNOLOGIE RÜCKFAHRKAMERA LEDERAUSSTATTUNG HEAD-UP DISPLAY
3 FAHRMODI ENERGIEEFFIZIENZ-KATEGORIE B **145 g/km CO₂-EMISSIONEN**** DAB+-RADIO VARIABLER E-FOUR-
ALLRADANTRIEB **6,3l/100 km VERBRAUCH**** LED-SCHINWERFER 299 PS (220 kW) HECKKLAPPENAUTO-
MATIK BLUETOOTH® FÜR AUDIO-/MOBILTELEFONVERBINDUNG DYNAMISCHES KURVENLICHT NAVIGATIONSSYSTEM PARK-
SENSOREN VORNE UND HINTEN **KOMPLETTESTE SERIENAUSSTATTUNG RX 450h F SPORT AB FR. 92 500.-*** RX 450h
IMPRESSION BEREITS AB FR. 75 200.-* DEN NEUEN RX GIBT ES AUCH MIT V6-BENZIN-AGGREGAT ALS RX 350 IMPRESSION AB
FR. 66 300.-* **JETZT PROBE FAHREN.**

lexus.ch

 / LexusSwitzerland

10000.-	PREMIUM FX-OFFER*
3,9%	PREMIUM LEASING*

**LEXUS
HYBRID
DRIVE**

VOLLGARANTIE UND
GRATISSERVICE WÄHREND
100 000 KM
INNERHALB VON 3 JAHREN.



* Premium-Leasing- und Premium-FX-Offer-Konditionen: gültig für Vertragsabschlüsse bis 30.04.2013 und Inverkehrsetzung bis 31.07.2013. Unverbindlicher Basispreis RX 450h F SPORT ab Fr. 102 500.-, abzüglich Premium-FX-Offer (Währungsvorteil, gültig bis auf Widerruf) Fr. 10 000.-, Nettopreis RX 450h F SPORT ab Fr. 92 500.-, Leasingrate monatlich ab Fr. 935,45 inkl. MwSt. Sonderzahlung 25% vom Nettopreis, 48 Monate, 10 000 km/Jahr. Eff. Jahreszins: 3,97%. Kautions 5% des Finanzierungsbetrags. Restwert gemäss Richtlinien der Multilease AG. Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt.
** Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der EG-Richtlinie 715/2007/EWG. Durchschnittswert CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 153 g/km. Die Verbrauchsangaben in unseren Verkaufsunterlagen sind europäische Kraftstoff-Normverbrauchsangaben, die zum Vergleich der Fahrzeuge dienen. In der Praxis können diese je nach Fahrstil, Zuladung, Topographie und Jahreszeit teilweise deutlich abweichen. Wir empfehlen ausserdem den Eco-Drive-Fahrstil zur Schonung der Ressourcen.